Donnerstag, 10. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 8 - 2.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Häftlinge: Insgesamt 2121 aus politischen Gründen verurteilte „DDR"-Bewohner sind nach Angaben der Gesellschaft für Menschenrechte 1984 aus Gefängnissen und *Zuchthäusern der „DDR"* in den Westen entlassen worden. Trotz wiederholter Freilassungen sei die Gesamtzahl der politischen Häftlinge in der „DDR" jedoch noch gestiegen und liege jetzt etwa bei 7000.

Terrorismus: Die gesundheitliche Lage des hungerstreikenden mutmaßlichen Rädelsführers der RAF, Christian Klar, gibt nach Angaben des Stuttgarter Justizministeriums Anlaß zur Besorgnis. Auch bei anderen Hungerstreikenden könne sehr schnell eine Verschlechterung des Zustands eintreten. (S. 6)

Bilanz: Zur Halbzeit der Legislaturperiode will die Bundesregierung im März eine Bilanz der bisher geleisteten Arbeit ziehen und zugleich die Tätigkeitsschwerpunkte für die zweite Hälfte nennen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht dabei im Vordergrund. (S. 10)

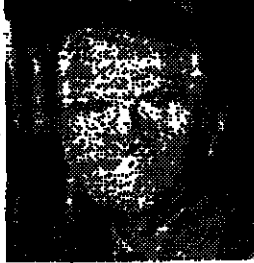
Popieluszko: Der Hauptangeklagte im Thorner Priestermordprozeß, Piotrowski, hat gestern alle Schuld auf sich genommen und versucht, seine Untergebenen zu *entlasten. Er sagte, er sei sicher,* daß er den Priester Popieluszko getötet habe. (S. 8)

Nicaragua: Junta-Chef Ortega übernimmt heute das Amt des ersten Staatsoberhaupts seit der Machtübernahme der Sandinisten 1979. (S. 7)

Absage: Aus Protest gegen die amerikanisch-südkoreanischen Manöver im Februar sagte Nordkorea die für diesen Monat geplanten Wirtschafts- und Rotkreuzgespräche mit Südkorea ab.

Truppen reduziert? Skepsis hat ein Bericht der britischen Militärzeitschrift „Jane's Defense Weekly" ausgelöst, wonach die UdSSR ihre Truppen in Afghanistan auf 76 000 reduziert habe. Moskau, so „Jane's", wolle sich nicht in einen vietnamähnlichen Krieg hineinziehen lassen. Nach anderen Schätzungen stehen 115 000 Sowjets im Land. (S. 10)

ZITAT DES TAGES



» Ratschläge von Dilettanten, auch wenn sie Schriftsteller sind, sind von Übel. In der Politik sind sie eine Katastrophe «

Der Schriftsteller und Diplomat Erwin Wickert, *der zu seinem 70. Geburtstag in* der baden-württembergischen Landesvertretung geehrt wurde (S. 8)
FOTO: BACHERT

WIRTSCHAFT

Kräftig zugelegt: Die Stahlproduktion in der Bundesrepublik belief sich 1984 auf 39,39 Millionen Tonnen – 10,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 1985 wird ein ähnliches Niveau erwartet. (S. 11)

„DDR"-Wirtschaft: Das produzierte Nationaleinkommen stieg 1984 nach amtlichen Angaben um 5,5 Prozent (1983: 4,4 Prozent). Damit sei im vergangenen Jahr das Planziel um 1,1 Prozentpunkte übertroffen worden.

Neue Gesellschafter: Mit je fünf Prozent beteiligten sich die Bayerische Vereinsbank und die Dresdner Bank am Grundkapital des MBB-Konzerns. (S. 13)

Börse: Nachdem zunächst Gewinnmitnahmen das Geschehen an den Aktienmärkten prägten, kam es später wieder zu Kurssteigerungen. Der Rentenmarkt war unverändert. WELT-Aktienindex 167,0 (166,1). BHF-Renten-Index 102,755 (102,735). Performance-Index *100,041 (99,993). Dollarmittel*kurs 3,1672 (3,1385) Mark. Goldpreis 298,35 (302,00) Dollar.

KULTUR

Louvre: Das Zuordnen von Handzeichnungen in den Beständen des Louvre beschäftigt die Experten seit Jahren. Ein Teilergebnis, 150 Zeichnungen des 17. Jahrhunderts, ist der Öffentlichkeit jetzt zugänglich. (S. 19)

Jahr der Musik: Das Eröffnungskonzert des Bundesjugendorchesters in der Bonner Beethovenhalle deutete an, was das Europäische Jahr der Musik 1985 sein will: vorwärtsgewandt und offen über die Grenzen. (S. 19)

Umwelt – Forschung – Technik

Schwimmende Schaumberge auf deutschen Flüssen gehören der Vergangenheit an. Die Maßnahmen zum Gewässerschutz werden ständig verbessert. – Wissenschaftler verlangen mehr Aufklärung über die Möglichkeiten und Risiken der Gentechnologie. Seite 7

SPORT

Motorsport: Porsche-Werksfahrer Jochen Mass ist bei der Rallye Paris–Dakar ausgeschieden. 100 Kilometer vor dem Ziel der siebten Etappe überschlug er sich, blieb aber unverletzt.

Ski Alpin: Drei Schweizerinnen belegten die ersten Plätze bei der Weltcup-Abfahrt in Bad Kleinkirchheim. Marina Kiehl aus München belegte als beste Deutsche Platz sieben. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Feuersbrunst: Bei einem vermutlich auf einen Kurzschluß zurückgehenden Großbrand starben in einem Altenheim nahe Paris wahrscheinlich 42 Menschen, darunter viele Bettlägerige. (S. 20)

Präsidentenvilla: Nachdem er ein halbes Jahr „aus dem Koffer gelebt" hat, ist Bundespräsident Richard von Weizsäcker jetzt in den total renovierten Wohn- und Amtssitz des Staatsoberhaupts, die Villa Hammerschmidt, eingezogen. Seine erste Amtshandlung in der Villa: der traditionelle Neujahrsempfang. (S. 3 und 20)

Wetter: Weitere Schneefälle. Minus 7 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

NATO: Durchbruch in Genf ist ein Verdienst Reagans

Aber Warnung vor der Erwartung schneller Verhandlungserfolge

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

In der NATO wird das Ergebnis der Verhandlungen der Außenminister George Shultz und Andrej Gromyko als Durchbruch betrachtet. Nach mehr als einjähriger Pause könnten Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Supermächten auf breiter Front wiederaufgenommen werden. Für den Erfolg von Genf verantwortlich machen Brüsseler NATO-Beob*achter die Strategie Präsident* Reagans, der unbeirrt von Kritik sein Forschungsprogramm zur Raketenabwehr vorangetrieben habe. Die Sorge der Sowjetunion, Washington könne mit diesem Programm das strategische Gleichgewicht zu seinen Gunsten verändern, habe ihr Einlenken bewirkt.

In verantwortlichen NATO-Kreisen wurde vor der *Annahme* gewarnt, Verhandlungsergebnisse seien bald zu erwarten. Das Treffen Shultz–Gromyko habe nur den Weg für Verhandlungen geebnet, die lange dauern könnten. Man rechnet in Brüssel mit zwei oder drei Jahren, denn die Sowjetunion werde jeden Verhandlungserfolg von Fortschritten auf dem Feld der Weltraumrüstung abhängig machen wollen. Die USA ihrerseits befänden sich in einer Ausgangslage, die es ihnen erlaube, über das Weltraumprogramm Druck auf die Sowjetunion auszuüben.

In Brüssel wurde mit Interesse vermerkt, daß Washington darauf eingegangen sei, auch über Weltraumwaffen zu verhandeln. Dies bedeute jedoch nicht, Washington sei bereit,

SEITE 2:
Vor der Härteprobe
SEITE 6:
Weitere Beiträge

sein Programm zur Disposition zu stellen. Man müsse wohl Präsident Reagan ernst nehmen, wenn er gesagt habe, ein Abwehrsystem sei ethisch *einem Angriffssystem, das die* Menschheit auslöschen könne, vorzuziehen. Gleichwohl seien sich die Amerikaner völlig klar darüber, welch fundamentale strategische Bedeutung die Raumwaffen zur Abwehr gegnerischer Raketen besäßen.

Offenbar habe Moskau seine unmittelbare Forderung, auf dem Feld der Anti-Satelliten-Waffen müsse ein Moratorium vereinbart werden, fallengelassen. Für Europa sei es wichtig, daß die Sowjetunion eingewilligt habe, in separaten Verhandlungen unter einem gemeinsamen Dach über Mittelstreckenwaffen zu sprechen. Dies gelte auch für die strategischen Interkontinentalraketen. Die Darstellung Moskaus, die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen seien gestorben und könnten *nicht* vor Abzug der inzwischen in Stellung gebrachten NATO-Nachrüstungswaffen wiederaufgenommen werden, habe sich als unhaltbar erwiesen. (SAD)

*

wth. **Washington**

Berichte, nach denen der 64jährige Max Kampelman zum Chef-Unterhändler für *diese neue* Gesprächsrunde ernannt werden soll, sind in Washington mit Skepsis und Überraschung aufgenommmen worden. Kampelman, ein Mitglied der Demokratischen Partei, spielte eine maßgebliche Rolle bei den SALT II-Verhandlungen, die in der Reagan-Administration nicht sehr populär sind.

Kohl hofft auf weitere Normalisierung

Positive Auswirkungen auf das deutsch-sowjetische Verhältnis erwartet

THOMAS KIELINGER, **Bonn**

Durchgehend positiv hat Bonn auf die Ergebnisse der zweitägigen Genfer Gespräche zwischen den Außenministern Gromyko und Shultz reagiert. Bundeskanzler Kohl gab sich „gedämpft optimistisch" über die künftigen Verhandlungen, deren Beginn von Washington und Moskau noch festgelegt werden muß.

In der ersten Kabinettsrunde des neuen Jahres äußerte Kohl seine Hoffnung, daß die kommenden Gespräche zwischen den Weltmächten das Ost-West-Klima insgesamt verbessern helfen könnten. Dazu rechnet der Kanzler auch „eine weitere Normalisierung und Vertiefung" des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. In diesem Sinne werde er schon in den Gesprächen mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Antonow argumentieren, der am 22. Januar zur Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission nach Bonn kommt.

In einem Rechenschaftsbericht vor dem Kabinett nannte Außenminister Genscher das Genfer Gesprächsergebnis „ermutigend". Die Vorstellungen der europäischen Regierungen seien vom amerikanischen Außenminister vollauf berücksichtigt worden. Genscher lobte den bestehenden Konsultationsprozeß, in den die Bundesregierung voll eingeschaltet bleiben werde, „um auch weiterhin zu substantiellen Ergebnissen bei den bevorstehenden Verhandlungen beizutragen." Noch am heutigen Donnerstag wird Paul Nitze, der Sonderberater von Außenminister Shultz für Abrüstungsfragen, in Bonn die Bundesregierung umfdassend über das Genfer Ergebnis informieren.

In seinem Bericht vor dem Kabinett hob Genscher hervor, daß sich die Sicherheitspolitik des westlichen Bündnisses, basierend auf der Verbindung von „Verteidgungswillen und Verhandlungsbereitschaft" erneut bestätigt habe. Wörtlich fügte der Bundesaußenminister hinzu: „Wenn man seine Verantwortung im Bündnis erfüllt, wird man gehört und geachtet."

Für die Sozialdemokraten begrüßte der Vorsitzende der SPD-Bundesfraktion, Hans-Jochen Vogel, die Vereinbarung von Genf als einen Weg „für umfassende Rüstungskontrollverhandlungen", der „dem wahnwitzigen Rüstungswettlauf und der unverantwortliochen Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen" hoffentlich „ein Ende machen" werde. Als „gute Nachricht" bezeichnete auch SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz die Absicht der beiden Weltmächte, mit neuen Abrüstungsgesprächen fortzufahren. Die Europäer sollten diese Verhandlungen „konstruktiv begleiten", meinte Glotz auf einer Pressekonferenz in Bonn.

Für die FDP interpretierte der stellvertretende Fraktionssprecher Uwe Ronneburger das Verhandlungsergebnis von Genf als eine „Bestätigung für die konsequente Haltung, die von der Koalition in der Nachrüstungsfrage eingenommen worden ist".

Die weiterhin „starken Meinungsunterschiede" zwischen Sowjets und Amerikanern können nach Meinung des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe nur „im Geiste des Interessenausgleichs" überbrückt werden.

Papandreou löst sich von der NATO

Neuer geheimer Verteidigungsplan / Feind ist die Türkei, nicht mehr der Ostblock

PAUL CHARDON, **Athen**

Mit einem neuen nationalen Verteidigungsplan, der zum größten Teil der NATO nicht mitgeteilt wird, hat die sozialistische Regierung Papandreou mit der Loslösung Griechenlands von der Allianz begonnen. Damit richtet sich nun die offizielle, vom „Verteidigungsrat" beschlossene Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gegen die Türkei, nicht mehr gegen die Warschauer-Pakt-Staaten auf dem Balkan. Zwar wird die Türkei in der Regierungserklärung nicht erwähnt, aber Regierungssprecher Maroudas erklärte eindeutig: „Die Ge*fahr droht im Augenblick aus dem* Osten."

Die neue Verteidigungspolitik soll „im Rahmen der multi- und bilateralen Verträge realisiert werden", heißt es in der Erklärung. Das bedeutet nach Ansicht politischer Beobachter, daß Griechenland die Allianz noch nicht aufkündigen will, um die Militärhilfe der NATO nicht zu verlieren. Ministerpräsident Papandreou hat jedoch erst vor vier Wochen erklärt, Griechenland dulde keine „Unterwerfung" unter ein Blocksystem. Erklärtes Ziel seiner Regierungspartei ist ein neutrales Griechenland in einer atomwaffenfreien Balkanzone außerhalb der Blöcke.

NATO-Kreise in Athen kommentierten den Verteidigungsplan damit, Griechenland wolle zwar die Vorteile der Allianz nutzen, sich aber seinen Verpflichtungen entziehen. Man spricht von einem „Verstoß gegen die Bündnis-Solidarität" durch Athen und weist darauf hin, daß die bisherige Militärhilfe unter der Voraussetzung einer Stärkung der Front gegen die kommunistischen Balkan-Staaten im Norden Griechenlands gewährt worden sei, nicht jedoch zur Aufrüstung gegen die Türkei. Griechenland erhält allein für die vier amerikanischen Stützpunkte in seinem Land jährlich 500 Millionen Dollar Militärhilfe, von der Bundesrepublik anderthalbjährlich Materi:.l und Waffen für 70 Millionen Mark.

Der Austritt der griechischen Streitkräfte aus der Militärstruktur der Allianz ist praktisch schon in den letzten beiden Jahren vollzogen worden. Die Griechen laden keine NATO-Beobachter mehr zu nationalen Manövern ein und nehmen selbst nicht mehr an NATO-Manövern teil. Sie hätten sich selbst „einen Sonderstatus in der Allianz zugemessen", sagte ein NATO-Offizier. Von griechischer Seite wird betont, Gründe für die Abwendung von der NATO seien die teilweise Besetzung Zyperns durch die Türkei 1974 und die Unfähigkeit der NATO, die vierte Armee oder die sogenannte Ägäis-Armee der Türken zu kontrollieren.

Während westliche Diplomaten den neuen nationalen Verteidigungsplan der Griechen als „levantinische Option" bezeichnen, die vor allem innenpolitisch motiviert sei, erklärt die konservative Opposition in Athen, diese keineswegs neue Doktrin könne den griechischen Interessen nur schaden. (SAD)

SPD sieht Ostpolitik gefährdet

„Die fruchtlose Diskussion, ob die deutsche Frage offen sei, sollte beendet werden"

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die SPD sieht die deutsche Außen- und Deutschlandpolitik in der Gefahr, von einer „starken Minderheit aus CDU und CSU" nach „rechts" verschoben zu werden. In einer von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gestern vorgelegten „Bilanz einer Wende" wird die Frage aufgeworfen, ob die Ostpolitik „nach 13 Jahren vor dem Ende" stehe. „Die fruchtlose Diskussion, ob die deutsche Frage offen sei, sollte beendet werden", heißt es in dem 62seitigen SPD-Papier. „In jenem alten – gegen die Realität der DDR gerichteten – Sinn, in dem die Frage von den Konservativen heute aufgebracht wird, ist sie gewiß nicht mehr offen. Und sie kann in keinem vernünftigen Sinn diskutiert werden, solange sie in jenem alten Sinn nicht endgültig begraben ist."

Attackiert werden vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl, der „die erste und erst recht die Chancen für eine zweite Ostpolitik" gefährde, Unions-Fraktionsführer Alfred Dregger, der schon vor Jahren die Ostverträge als „gewaltige Verzichtsverträge" bezeichnet habe, sowie der innerdeutsche Minister Heinrich Windelen, der „Behauptungen" über die deutschen Ostgrenzen aufstelle, „die sich von Gebietsforderungen kaum unterscheiden". Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher sowie* die Unions-Repräsentanten Franz Josef Strauß, Alois Mertes und Volker Rühe sind für Glotz diejenigen, die „versuchen, die für die Außenpolitik notwendige Kontinuität in Grundzügen zu wahren".

Trotz seiner scharfen Kritik an der jetzigen Bundesregierung wurde aus den Glotz-Worten deutlich, daß die SPD jedoch nicht von sich aus die Gemeinsamkeit in der Deutschland- und Ostpolitik aufkündigen will, die im Februar vergangenen Jahres durch eine gemeinsame Bundestags-Entschließung manifestiert wurde.

Offenbar scheint Parteichef Willy Brandt die nach seinem Kanzler-Rücktritt sich selbst auferlegte Enthaltsamkeit aufzugeben und das deutschland- und ostpolitische Feld wieder stärker besetzen zu wollen. Wie sein Stellvertreter Hans-Jochen Vogel kürzlich in kleinem Kreis sagte, „spüre und höre" er von Brandt die Sorge, „daß seine historische Leistung aus Tölpelhaftigkeit und lokalpolitischem Ignorantentum kaputt gemacht wird".

Glotz sprach gestern in diesem Sinne von „unprofessioneller Verstrickung des Bundeskanzlers in eine Schlesierkonferenz". Kohls „wahlpolitischer Opportunismus gegenüber den Vertriebenenverbänden gefährdet die deutsche Ostpolitik".

DER KOMMENTAR

Gemeinsam

THOMAS KIELINGER

Ein „schwieriges, schicksalhaftes Thema" nannte Bundeskanzler Kohl am Rande des Neujahrsempfangs des Bundespräsidenten gestern in Bonn die Genfer Abrüstungsgespräche. Der Ausdruck zeugt von ebensoviel historischer Perspektive wie realistischem Sinn. Die Bundesregierung mißt die Tragweite dessen, was da in zwei Genfer Tagen eingeleitet wurde, ab, und der Kanzler signalisiert einem erwartungsfrohen Publikum, sich nicht von blinden Hoffnungen verführen zu lassen.

Dennoch ist schon jetzt ein besonders positives Faktum zu verzeichnen: Die Amerikaner haben offensichtlich vor, die Konsultationen mit den europäischen Verbündeten ebenso intensiv zu pflegen, wie das während der INF-Verhandlungen der Fall war. Wenn dies durchgehalten wird, kann das Bündnis daran nur wachsen. Es ist durchaus *nichts Selbstverständliches* für die westliche Supermacht, solche Offenheit zu praktizieren; immerhin dringen jetzt Bereiche wie der Weltraum in die Verhandlungsmaterie ein, die den Verantwortungshorizont so mancher Bündnispartner, die entweder keine Nuklearwaffen auf ihrem Staatsgebiet stationieren oder mit der Entscheidung zur Nachrüstung im INF-Bereich noch immer hinterherhinken, übersteigen, um es vorsichtig auszudrücken.

In der Bereitschaft, mit den Europäern eng in Tuchfühlung zu bleiben, spricht die Reagan-Regierung ihre Absicht aus, das Interesse der Europäer am Fortgang der kommenden Verhandlungen voll zu berücksichtigen. Da erscheint es mehr als überflüssig, wenn Stimmen aus der Bonner Opposition (Peter Glotz) jetzt mit dem Stereotyp aufwarten, die Bundesregierung müsse deutsche Interessen „mit Nachdruck einbringen". Das versteht sich im Rahmen von Konsultationen von selbst, zumal da die Amerikaner ihnen freie Bahn brechen.

Nicht europäischer Druck kann die Antwort auf die Bereitschaft der USA sein, en*ge Konsultationen zu pflegen,* sondern die Urteilsfindung zu gemeinsamen Entscheidungen und die verantwortliche Mitwirkung an einer Zukunft, die die ganze Welt betrifft und nicht nach deutschen oder anderen nationalen Interessen parzelliert werden darf.

Anklageschrift an Lambsdorff. Kritik an Strauß

DW. **Bonn**

Dem früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) ist nach Angaben des Bonner Landgerichts die Anklage wegen Steuerhinterziehung und Beihilfe zur Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre zugestellt worden. Die Neunte Große Strafkammer habe dem FDP-Politiker für die knapp 300 Seiten umfassende Anklageschrift eine Erklärungsfrist von zwei Monaten eingeräumt, sagte gestern ein Gerichtssprecher.

Mit Nachdruck hat Bundestagspräsident Philipp Jenninger unterdessen eine Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß über den Flick-Ausschuß des Bundestages zurückgewiesen. In einem Brief an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, erklärte Jenninger, er könne nicht akzeptieren, daß Strauß das Vorgehen des Ausschusses „öffentlich in globaler Weise" als „Schauprozeß" bezeichnet habe. Diese Kritik sei „nicht angemessen" und dem Ansehen des Bundestags nicht dienlich. Er wolle sich dafür einsetzen, daß sich der Bundestag „endlich verbindliche Richtlinien" für die Einsetzung und für das Verfahren von Untersuchungsausschüssen gebe. Der Unmut über die Arbeit des Flick-Ausschusses könne daher rühren, daß Ausschußmitglieder Vorgänge in dem Untersuchungsgremium öffentlich kritisiert hätten, während *„die Arbeit des Untersuchungs*ausschusses zunehmend in die politische Auseinandersetzung geraten" sei.

„Ukraine noch nicht am Ende des Leidensweges"

KNA. **Rom**

Die physischen und moralischen Leiden des ukrainischen Volkes und besonders der ukrainischen Kirche in den vergangenen zehn Jahren hat der katholische Groß-Erzbischof von Lemberg, Miroslaw Iwan Lubatschiwskij, in einer Botschaft an die zwei Millionen Auslands-Ukrainer und an rund vier Millionen „im Un*tergrund" lebende Katholiken in der* Heimat beklagt. Dies ist die erste Botschaft des neuen Metropoliten im Exil an die ukrainischen Gläubigen, die ebenso wie die anderen Christen der Ostkirchen am 7. Januar ihr Weihnachtsfest gefeiert haben. Lubatschiwskij ist der Nachfolger des am 7. September vergangenen Jahres im Alter von 92 Jahren verstorbenen *Kardinals Josif* Slipij.

In einer Botschaft bittet Lubatschiwskij die Muttergottes um Mitleid „mit unserem Volk, das zum Sklaven gemacht worden ist, damit es nicht zugrunde geht, nachdem es seit 100 Jahren von der moskowitischen Besetzung unterdrückt wird". Weiter heißt es in der Botschaft des Slipij-*Nachfolgers: „Wir sind noch nicht* am Ende unseres Leidensweges angelangt. Unser Feind hat nicht nur unser Land genommen, unsere Freiheit und unsere Güter und Kirchen, sondern will uns auch unseren Glauben und unsere Muttersprache, unsere Geschichte und unser Leben als Volk nehmen und uns augenscheinlich in ein sowjetisches Volk umwandeln." *Im Weihnachtsgottesdienst in der* Kathedrale Santa Sofia in Rom warnte der Kardinal vor der Zwangsrussifizierung des ukrainischen Volkes.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Eine Scheibe Zubrot mehr?

Von Peter Gillies

Die nächste Rentenerhöhung zur Jahresmitte liegt fast unterhalb der Schwelle der Wahrnehmbarkeit. Netto beträgt sie vielleicht ein Prozent, vielleicht etwas weniger; der genaue Satz wird im Februar feststehen, wenn die Löhne und Gehälter des Jahres 1984 ermittelt sind. Der Grund: von der Aufstokkung um rund drei Prozent geht ein zweiprozentiger Beitrag zur Krankenversicherung ab.

Aus allen Lagern wird nun die Regierung bedrängt, doch etwas draufzulegen. Dies sollte, so meinen die Rentenstrategen, durch eine Streckung des Krankenversicherungsbeitrags oder durch einen höheren Zuschuß des Bundes geschehen. Wenigstens müsse man die Rentnereinkommen real halten, also bis zur mutmaßlichen Preissteigerungsrate von etwa zwei Prozent aufbessern.

Der Ratschlag ist gutgemeint, aber schlecht durchdacht. In den Rentenkassen herrscht Ebbe, trotz der geringen Erhöhung müssen sie kurzfristig auf Pump zahlen: Es geht um die langfristige Sicherheit der gesetzlichen Altersversorgung. Ein gutgemeinter Eingriff wäre ein weiterer Schritt zur Beliebigkeit eines Systems, das auf Verläßlichkeit angelegt sein muß.

Wer bei einer Aufbesserung um ein Prozent gleich zum Schlagwort der Massenarmut greift, ist schlecht informiert. Tatsächlich hat sich die Einkommenssitation der Rentner in den letzten Jahrzehnten gegenüber den Aktiven erstaunlich verbessert. Auch in den letzten Jahren der Rezession sind die keineswegs hinter die Arbeitnehmer zurückgefallen. In der Nettorechnung – Steuern, Abgaben und Inflationsrate abgezogen – mußten alle Kaufkrafteinbußen hinnehmen. Die Arbeitnehmer verloren zwischen 1980 und 1985 rund 4,9 Prozent ihrer Kaufkraft, die Rentner 4,6 Prozent. 1984 erhöhte sich die Kaufkraft der Alten um 0,4 Prozent, während die der Aktiven um den gleichen Prozentsatz fiel.

Vollends unglaubwürdig würde die Bundesregierung, wenn sie bestimmten Beamtengruppen einen zusätzlichen Nachschlag gewährte, die Rentner aber im Regen stehen ließe. Die Entscheidung ist schmerzlich, muß aber durchgestanden werden. Die Erhöhung 1986 fällt dann wieder besser aus.

Bemühungen Dritter

Von Jürgen Liminski

Namhafte Politiker, die sich nach anstrengenden Jahrzehnten auf ihr verdientes Altenteil zurückziehen, promenieren meist mit ihren Memoiren durch die Welt. Oder gehen ihren Steckenpferden nach, wie der ehemalige Kanzler Österreichs. Kreiskys Hobby ist die PLO. Für sie macht er sich wieder auf Reisen. Bei den Freunden der Sozialistischen Internationale und der Europäischen Gemeinschaft will er nun um Unterstützung für eine neue Nahost-Initiative werben und auch in den USA und in Israel glaubt er, einflußreiche Kreise mit diesem Cocktail früherer Pläne an den Tisch einer internationalen Konferenz zu locken.

Bevor er seine Vorstellungen in Dubai vor der Presse bekanntgab – sie blitzte fast genauso viel wie einst in Wien – traf der reiselustige Pensionär mit seinem noch reiselustigeren Freund und Chef der halben PLO, Arafat, zusammen. Der will die neuen Pläne des alten Freundes dem obersten Gremium der Rest-PLO vorlegen.

In der Sozialistischen Internationale wird der Ex-Kanzler auf Zustimmung stoßen, bei der Europäischen Gemeinschaft jedoch wird das Unternehmen heuer schon schwieriger. Denn die EG hat auf ihrem jüngsten Gipfel in Dublin in den „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates" einige Formulierungen versteckt, die auf eine Ablehnung der von Kreisky und Co. anvisierten internationalen Nahost-Konferenz hinauslaufen. „Noch so große Bemühungen Dritter", heißt es da, „können kein Ersatz für direkte Verhandlungen zwischen den Parteien selbst – den arabischen Staaten, Israel und dem palästinensischen Volk – sein".

Da müßte Kreisky schon noch einmal in die Arena der Aktiven steigen, um die Freunde in der EG erneut umzustimmen, die sich mit deutscher Schubkraft, wie man hört, zu diesen Ansichten durchgerungen haben. Zu allem Unglück muß Kreisky auch noch sehen, wie Kairo wieder den Weg direkter Verhandlungen geht. In der nächsten Woche wollen Israel und Ägypten nach fast dreijähriger Unterbrechung zu zweit über den Grenzort Taba verhandeln. Kreisky sollte besser seine Memoiren schreiben.

Der Fall Sch.

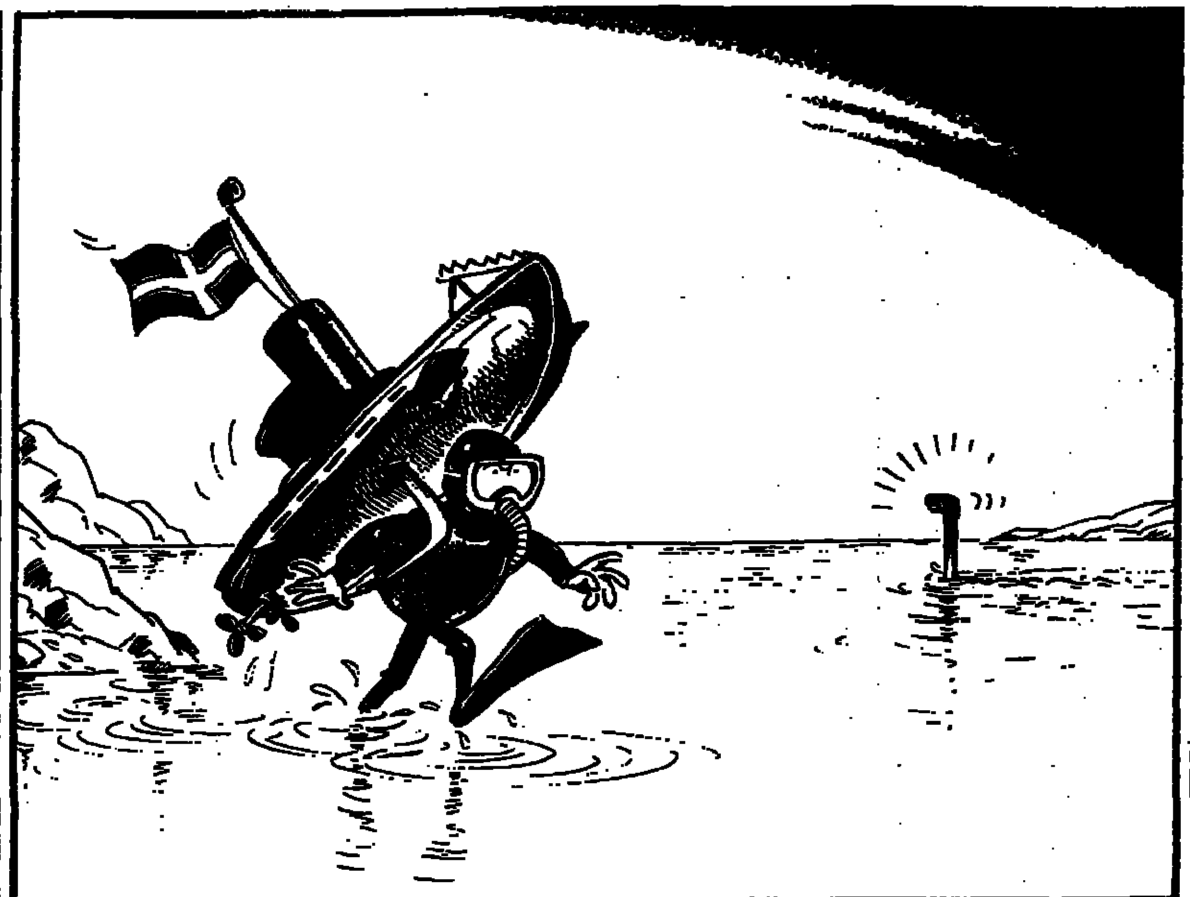
Von Joachim Neander

Ob sich der furchtbare Verdacht gegen den FDP-Politiker Hans-Otto Scholl bestätigt, oder ob (der Gedanke ist kaum weniger schrecklich) das Ganze am Ende als eine verhängnisvolle Verwechslung dasteht, das herauszufinden ist Sache der Behörden. Was sich da inzwischen für ein Wust von Tatsachen und Vermutungen vor einem ausbreitet, ergibt weder belastend noch entlastend ein überzeugendes Bild. Hier ist also allein zu reden von den Reaktionen, die der Fall erzeugt.

Offene, hämische Schadenfreude, wie sie in unappetitlicher und unverhohlen vorverurteilender Art der Kabarettist Dieter Hildebrandt noch am gleichen Abend, den Nachrichten vorausheche1nd, in seiner „Scheibenwischer"-Sendung an den Tag legte, bleibt auf die verschworene Gemeinschaft der Dummköpfe beschränkt. Auch die panikartige Vorabdistanzierung, die der neugewählte baden-württembergische FDP-Vorsitzende Döring zum Besten gab, darf man im Interesse dieser Partei, die rechtsstaatliches Denken und Handeln auf ihr Panier zu schreiben pflegt, nicht ernst nehmen.

Was bleibt, ist Entsetzen. Menschen, die Hans-Otto Scholl seit vielen Jahren kennen, mit ihm nicht nur über Geschäfte und Politik, sondern über Gott und die Welt, über Recht und Unrecht diskutiert haben, die diese seltsame Mischung aus Genialität, Intellekt und Exzentrik selbst dann irgendwie bewundert haben, wenn sie sich als seine Gegner betrachteten – diese Menschen zermartern nun ihre Köpfe, um – falls sich die Sache wirklich so zugetragen hat – eine Brücke zwischen Mensch und Tat zu finden. Mancher wird dabei vielleicht einen erschrockenen Blick in das Labyrinth des eigenen Inneren werfen. Wozu ist der Mensch fähig, in die eine und in die andere Richtung? Wie nah ist er am Abgrund?

Freilich muß diese Nachdenklichkeit auch für die vielen anderen gelten, für vorbestrafte Sittlichkeitsverbrecher, kleine Diebe, Hochstapler, Terroristen. Auch um sie herum quälen sich Nahestehende mit der Frage, wo die Brücke zu ihren Taten sein mag. Der Fall Scholl, gleich wie er ausgeht, kann Anlaß sein, ohne Libertinage und Gesellschaftsanklage hinter Steckbriefen Gesichter zu suchen.



„Bosche moj! – Die Schweden haben Rucksack-U-Boote!!" KLAUS BÖHLE

Vor der Härteprobe

Von Bernt Conrad

Dreizehn Monate nach dem Abbruch der Rüstungskontrollverhandlungen über strategische und Mittelstreckenwaffen hat sich Moskau bereit erklärt, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, ohne daß der Westen – wie gefordert war – zuvor die Stationierung von Pershing 2-Raketen und Marschflugkörpern rückgängig macht. Dieses Ergebnis der zweitägigen Genfer Gespräche der Außenminister George Shultz und Andrej Gromyko ist ein Fortschritt.

Vor Begeisterung über eine teilweise schon vor dem Genfer Treffen gefeierte „neue Runde der Entspannung zwischen West und Ost" aber muß gewarnt werden. Denn Shultz und Gromyko haben kaum mehr als verbale Übereinstimmung erzielt. Die eigentliche Härteprobe wird sich erst bei den bevorstehenden Sachverhandlungen ergeben. Wie schwerwiegend die dabei zu erwartenden Probleme sein werden, zeigte sich schon in den nächtlichen Genfer Pressekonferenzen.

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt: die Mittelstreckenwaffen und die Weltraumrüstung. Besonders die Westeuropäer waren daran interessiert, daß die Mittelstreckenraketen (INF = Intermediate-Range Nuclear Forces) bei der zu vereinbarenden Verhandlungsmaterie nicht unter den Tisch fallen. Tatsächlich hat sich Shultz hier – zumindest formell – durchgesetzt. Denn eine der drei für die Abrüstungsverhandlungen ins Auge gefaßten Arbeitsgruppen wird sich mit der INF-Problematik befassen. Welch geringe Bedeutung die Sowjets dem allerdings beimessen, zeigte sich darin, daß sie keinen Mittelstrecken-Experten zu den Außenministergesprächen hinzuzogen.

Sowjetsprecher Lomejko wollte vor der Presse nicht einmal zugeben, daß seine Regierung die Vorbedingung einer Rückgängigmachung der angelaufenen westlichen Nachrüstung fallengelassen habe. Ihm kann entgegengehalten werden, daß die INF-Waffen im gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen „Statement" ohne Vorbedingung als Verhandlungsgegenstand aufgezählt werden. Das wird die Russen aber nicht daran hindern, bei den kommenden Verhandlungen von neuem den Abbau der stationierten Pershing 2-Raketen und Marschflugkörper und einen Stationierungstopp als Voraussetzung für eine Reduzierungsvereinbarung zu verlangen. Die Moskauer Sicht zeigte Sowjetsprecher Lomejko mit der grotesken Bemerkung: „Das Gerede über SS-20-Raketen ist eine Erfindung." Dahinter muß Taktik vermutet werden, die für den Mittelstreckenteil der Verhandlungen wenig Gutes verheißt.

Ähnlich diffus sieht es bei der Weltraumrüstung aus. Gromyko kann als Erfolg buchen, daß sich Shultz in der Abschlußerklärung die sowjetische Formel zu eigen gemacht hat, ein „Rüstungswettlauf im Weltall" müsse verhindert werden. Nun beziehen die Amerikaner diesen Satz nicht auf sich: Denn ihr Forschungsprogramm für eine „strategische Verteidigungsinitiative" (SDI = Strategic Defense Initiative) soll ja nicht die Weltraumrüstung ankurbeln, sondern durch die Abwehr von Offensivwaffen im Weltraum die Erde sicherer machen. Deshalb hat Shultz in seiner Genfer Pressekonferenz auch keinen Zweifel daran gelassen, daß Präsident Reagan auf die SDI nicht verzichten wird.

Das heißt, die Amerikaner haben den Sowjets in Genf zwar ein verbales Zugeständnis gemacht, in der Sache aber nicht nachgegeben. Und damit werden sich die Russen nicht abfinden. Für sie bildet die Verhinderung amerikanischer Weltraum-Defensivwaffen das entscheidende Motiv für die Rückkehr an den Verhandlungstisch. Denn mit einer erfolgreichen SDI-Entwicklung würde die strategische Bedrohung Amerikas durch die Sowjets dahinschwinden und damit Moskaus Supermachtstellung erheblich reduziert. Deshalb werden die Sowjets in den Verhandlungen nicht aufhören, gegen das Forschungsprogramm Washingtons anzugehen.



Weit voneinander entfernt: Shultz, Gromyko FOTO: AP

Wichtig wird sein, wie weit die Realisierung von Fortschritten auf bestimmten Teilgebieten bei den Abrüstungsverhandlungen von Vereinbarungen auf anderen Teilgebieten abhängig gemacht werden wird. In der Genfer Abschlußerklärung haben Shultz und Gromyko die Wechselbeziehung zwischen den Bereichen der strategischen Waffen, der Mittelstreckenwaffen und der Weltraumrüstung hervorgehoben. Aber ihre Auslegung dieser Formel unterscheidet sich vermutlich sehr voneinander. Der amerikanische Außenminister meinte, man werde sehen, ob Fortschritte in einer Verhandlungsgruppe Auswirkungen auf die Arbeit anderer Gruppen haben werde. Die USA würden bei Teileinigungen auch Teilvereinbarungen abschließen.

Eben dies aber werden die Sowjets nicht tun, weil sie sich damit eines Hebels begäben. So ist kaum mit Abmachungen über Mittelstreckenwaffen zu rechnen, wenn nicht gleichzeitig die sowjetischen Vorstellungen von einer Weltraumabrüstung verwirklicht werden. Andererseits können die USA – und genau dies wünschen die europäischen Verbündeten – Fortschritte in anderen Bereichen ihrerseits von einem russischen Entgegenkommen bei den INF-Waffen abhängig machen. Doch was nutzt das, wenn die Sowjets den Spieß umkehren? Dann bockiert einer den anderen.

Es stehen also harte und langwierige Verhandlungen bevor, deren Ausgang offen ist. Darum keine voreiligen Lobpreisungen eines neuen Tauwetters! Gromykos Sprecher in Genf hat sich dazu realistisch geäußert, indem er jede Schlußfolgerung für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und das West-Ost-Verhältnis vom Verlauf der eigentlichen Verhandlungen abhängig machte.

IM GESPRÄCH Rafael Calderón

Anlehnung an Washington

Von Manfred Neuber

Wenn in Costa Rica – Mittelamerikas demokratischem Musterland – bei der Präsidentschaftswahl in diesem Jahr wie seit Jahrzehnten der Kandidat der jeweiligen Opposition siegt, können die Christlichen Demokraten triumphieren. Ihr Mann für San José heißt Rafael Calderón. Er ist mit einer Mexikanerin verheiratet und 35 Jahre alt; er würde der jüngste Präsident in der Geschichte des Landes werden.

Mit José Napoleon Duarte hat im vergangenen Jahr schon in El Salvador ein christlich-demokratischer Regierungschef sein Amt angetreten. Aller Voraussicht nach wird ihm dieses Jahr in Guatemala der christlich-demokratische Politiker Vinicio Cerezo in die Verantwortung folgen.

Bis auf die formelle Bestätigung durch seine Partei hat Rafael Calderón in Costa Rica die Nominierung bereits sicher, weil sein Konkurrent Oscar Aguilar Bulgarelli aus dem Rennen ausgeschieden ist. Bei der Regierungspartei bemühen sich noch wenigstens drei Bewerber um die Nachfolge des Präsidenten Luis Alberto Monge. Für Calderón spricht nicht nur die demokratische Tradition des wiederkehrenden Regierungswechsels, sondern auch der politische Name: Unter der Präsidentschaft seines Vaters, Rafael Calderón Guardia, wurden die republikanischen Institutionen gestärkt und soziale Reformen vorgenommen.

Der zweite Aspirant der Familie Calderon für das höchste Staatsamt steht ohne Vorbehalte zu den Vereinigten Staaten. Präsident Monges Kurs der „aktiven Neutralität" hält er für einen „schlimmen Fehler"; der Herausforderer meint, ein freies Land könne im Ost-West-Konflikt nicht neutral bleiben.

Nach Ansicht Calderóns würde Costa Ricas Interessen mit einer Politik der Nichteinmischung in Mittelamerika besser gedient sein. Der „sandino-kommunistischen" Junta in Nicaragua wirft er vor, die Souveränität Costa Ricas zu verletzen und die Regierung einschüchtern zu wollen.



Will Präsident werden, wie der Vater es war: Calderón FOTO: DIE WELT

Äußerst skeptisch beurteilt der Hoffnungsträger der christlich-sozialen Partei der Einheit die Bemühungen der Contadora-Gruppe um eine Lösung für Mittelamerika. Calderón sieht dafür bessere Aussichten im Forum der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) – unter Mitwirkung der USA.

Für Costa Rica verspricht er sich Vorteile, wenn dort eine Regierung ähnlicher Ausrichtung wie in Bonn, London und Washington die Führung übernähme. Daß Monge das US-Angebot ausschlug, die Infrastruktur Costa Ricas im unwegsamen Grenzgebiet zu Nicaragua auszubauen, hält er für eine „verpaßte Gelegenheit".

Als Fehlschlag tut Calderón die Bodenreform der gegenwärtigen sozialdemokratischen Regierung ab. Den Campesinos sei zwar Land zugeteilt, aber keine weitere Hilfe gewährt worden. Daß er heute die Einhaltung der Auflagen des Weltwährungsfonds befürwortet und nicht mehr auf eine selbstbewußte Einstellung gegenüber dem IWF pocht, machen ihm konservative Kräfte in den eigenen Reihen zum Vorwurf.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie meint zur Arbeitslosenstatistik:

Die Aussichten bleiben düster. Besonders bedrückend ist, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit ständig zunimmt. Immer größer wird die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die nun schon Jahre stempeln gehen und teilweise ihren Lebensunterhalt bereits mit Sozialhilfe bestreiten müssen. Auf der anderen Seite hat die Schwarzarbeit Hochkonjunktur.

Bild

Sie ärgert sich über Diplomatenpässe:

Wieviel Schindluder ist schon mit dem Diplomatenpaß getrieben worden. Diebstähle, unbezahlte Rechnungen, Betrug, Schlägereien, alles wurde unter den Teppich gekehrt, weil die Täter mit dem Diplomatenpaß wedeln konnten. Dies ist internationale Praxis, von der UNO so gebilligt ... Sie sollte sich in diesem Jahr eine große Aufgabe vornehmen: Diplomaten werden ab sofort wie ganz normale Bürger behandelt, wenn sie gegen Gesetze verstoßen.

Le Monde

Das Pariser Blatt beschäftigt sich mit der Attentatswelle:

Politisch ist der Augenblick zur Wiederaufnahme der Aktionen aus der Sicht der RAF nicht schlecht gewählt. Ihre Sympathisanten sind immer auf die Weigerung der anderen Gruppen der extremen Linken – von den Autonomen bis zu den Revolutionären Zellen – gestoßen, den bewaffneten Kampf als Ziel an sich zu akzeptieren. Die Haltung der pazifistischen Bewegung, die sich wirkungsvoll gegen jede Gewalt gestellt hat, die Einfluß-Kämpfe, die sich gegenwärtig christlich oder sozialdemokratisch ausgerichtete Randgrüppchen liefern, aber auch die Umbildung der Grünen in eine wirklichen Partei lösen bei manchen Jüngeren eine Unzufriedenheit aus, die ausgenutzt werden kann.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er schreibt zur Forderung der südafrikanischen Wirtschaftsverbände nach Gleichberechtigung:

Südafrikas allmächtigem Präsidenten Pieter Willem Botha muss sauer aufgestossen sein, was die führenden Wirtschaftsverbände seines Landes ihm jetzt ins politische Stammbuch geschrieben haben. Und das ausgerechnet auch noch zum Besuch des demokratischen US-Senators Kennedy. Denn die alten Argumente ziehen nun nicht mehr. Schließlich verstehen Südafrikas Wirtschaftsverbände sehr viel von Südafrika. Und ihnen, die den Reichtum dieses Landes managen, auf dem auch die politische Kraft dieses Staates beruht, kann niemand politische Blindheit vorwerfen. Gewiss: auch Eigennutz ist im Spiel, wenn sie ihren politischen Forderungskatalog vorlegen. Garantieren doch nach aller Erfahrung nur zufriedene, freie Arbeiter (und Kunden) ein reibungsloses Geschäft. Arbeiter in Südafrika aber sind vor allem die Schwarzen.

Was den Sozialdemokraten fehlt, ist ein Führer

Peter Glotz legt ein Strategiepapier vor / Von Herbert Kremp

Wenn eine Organisation „Strategiepapiere" entwirft, stimmt mit ihr etwas nicht. Der Vor- und Nachdenker der Sozialdemokraten, Peter Glotz, räumt dies auch ein. Der Partei gebreche es an „Kampagnefähigkeit" und an Anziehungskraft auf jüngere Menschen; sie habe sechs bis sieben Jahrgänge der Nachwachsenden an die Grünen verloren. Das ist ein offenes Wort, aber es berührt nicht die Gründe für den unbefriedigenden Zustand der SPD.

Was ihr eigentlich fehlt, umgeht der Bundesgeschäftsführer: Die Person an der Spitze, die Hoffnungen zu wecken vermag; der Optimismus, der die Sinne erfrischt; die Kompetenz, die Berge versetzt. Die Partei wirkt auf die breite Öffentlichkeit deprimiert. Sie äugt nach den Wählerpotentialen der Friedensbewegung, der Frauen- und Umweltbewegung, der Dritte-Welt-Bewegung und der Arbeitslosen-Initiativen. Die Stimmen, die wir aus diesen Gruppen hören, gleichen Klagechören. Sie stehen am Rand der Bühne, auf der das politische Stück der Republik aufgeführt wird. Warum gelingt es der sozialdemokratischen Partei nicht, sich von exotischer Soziologie zu befreien?

Es gibt wohl keine Nachricht, die das Lager der Opposition während der „stillen Tage" tiefer getroffen hätte, als die über das erstaunliche Wachstum der Zuversicht im Lande. Dies war keine Botschaft vom Rande, sondern aus dem Zentrum. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel reagierte sinngerecht: Er legte Lächeln auf, er versprach, die tägliche Arbeitszeit von 16 auf 14 Stunden zu kürzen und auch einmal „fünfe gerade sein zu lassen". Willy Brandt, der Parteivorsitzende, hüllte sich in Schweigen. Die Partei und die weitere Öffentlichkeit hören wenig von dem Politiker, der 1972 die Hoffnungen auf sich zu ziehen wußte, heute aber zum ersten Repräsentanten der Depression geworden ist. Putzwohl fühlt sich nach eigenem Bekunden nur ein Sozialdemokrat: der ehemalige Bundeskanzler Schmidt – beim Klavierspiel mit Pianistenfreunden.

Die Stimmung beeinflußt die politische Aussage. Auch sie bleibt in der Randposition, die man auch Abseits nennen könnte. Die Sprecher der Sozialdemokraten sehen den Frieden gefährdet, sie wähnen sich in einer Ellenbogengesellschaft, in einem Land voller sozialer Ungerechtigkeit. Lichtblicke gibt es nicht. In der gerade vorgelegten „Bilanz einer Wende, Dokumentation der Deutschland- und Ostpolitik" bleibt die SPD bei der im Februar letzten Jahres im Bundestag erklärten Gemeinsamkeit. Sie kündigt nicht. Aber sie schiebt die Frage nach, ob die Deutschland- und Ostpolitik, wie sie vor dreizehn Jahren eingeleitet wurde, jetzt „vor dem Ende" sei. Ist die deutsche Frage offen oder sind die Akten geschlossen? Eine klare, widerspruchsfreie Antwort vermag die Partei heute nicht zu geben.

Widersprüchlich ist auch die Beziehung zu den Grünen und Alternativen. Börner in Hessen ist nicht vor dem Ende, sondern am Ende. Lafontaine forderte von den Grünen nicht Duldung, sondern Mitverantwortung und erhielt eine Absage. In Berlin kämpft Hans Apel zwischen den Fronten der eigenen Partei. Eine exzentrische Alternative tut sich auf: Apel wird entweder Regierender Bürgermeister oder er verschwindet aus der Politik. Den Sozialdemokraten fehlt es eigentlich nicht an Organisation, wie Peter Glotz meint, sondern an Klarheit, an Identität. Wer sie wählt, kann nicht voraussehen, welche Art Regierung er erhält. Darüber gibt Peter Glotz in seinem Strategiepapier keine Antwort.

Der Aufruf, die „Kampagnefähigkeit" der Partei zu stärken, klingt rätselhaft. Was versteht Glotz unter Kampagnen? Meint er damit wilde Demonstrationen, Straßenaufläufe? Dem Bürger in der breiten Mitte wäre das nicht geheuer; der will sich von etwas überzeugen lassen, von einer bündigen Aussage, von Leistung. Die Kampagne aber verfolgt historisch nachweisbar die Absicht, den Menschen etwas Politisches einzutrichtern. Sie ist ein Begriff aus der Kampfsprache hierarchischer, unliberaler Parteien. In der politischen Sprache unserer Staatsform siedelt das Wort am Rand. Grüne, Alternative, Kommunisten, Faschisten starteten und starten Kampagnen. Sie sind das Gegenteil des Arguments. Da die SPD sich als demokratische Partei versteht, signalisiert eine solche Wortwahl Hilflosigkeit. Und was soll der Inhalt der Kampagne sein? Etwa „Ferien mit der SPD", wie Glotz empfiehlt? Man kann sich einen schöneren Urlaub denken.

Die Thesen zur organisationspolitischen Arbeit der SPD liefern den Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie geistig aus dem Tritt geraten ist. Die Reaktion in der Partei wird gespalten, das Echo in der Öffentlichkeit wird kritisch sein. Die Konturen der Sozialdemokratie bleiben verschwommen. Das fiel bis jetzt nicht überall auf, da die Regierungsparteien und die Bundesregierung dem politisch Interessierten ein volles Beschäftigungsprogramm bieten. Man denkt im Augenblick nur wenig an die SPD als Partei. Sie operiert fern vom allgemeinen Stimmungsstrom. Dies zu ändern, wäre in erster Linie Sache einer neuen Führung.

Für Gäste ist die Villa am Rhein gewachsen

Die Gäste, die gestern Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Neujahrsempfang geladen *hatte, erlebten nicht nur einen* neuen Präsidenten; auch sein Amtssitz, die in tiefen Schnee gehüllte Villa Hammerschmidt, zeigte sich mit einem neuen Gesicht.

Von EVI KEIL

Präsident ist er nun schon seit einem halben Jahr, doch Hausherr in der Villa Hammerschmidt ist Richard von Weizsäcker erst jetzt. In diesen Tagen bezog der Bundespräsident die von Grund auf renovierte Villa am Rhein.

Der Umbau des nach dem geheimen Kommerzienrat Rudolf Hammerschmidt benannten Prunkbaus am Rhein, den der Bund nach dem Krieg für 750 000 Mark erworben hatte, kostete 1,9 Millionen Mark. Offizieller Grund der Renovierung war die veraltete, zum Teil völlig verrottete Heizungsanlage.

Da durch diese Arbeiten größere Eingriffe an Wänden und Decken notwendig waren, nutzte der Bund die Arbeiten zu einer gründlichen Renovierung.

Der Münchner Architekt Professor Otto Meitinger und die Bundesbaudirektion hatten sich das Ziel gesetzt, ein möglichst harmonisches Verhältnis zwischen innen und außen herzustellen. Das hieß für sie, die spätklassizistischen Elemente der Fassade auch im Inneren anklingen zu lassen. Dies ist nach dem Urteil fachkundiger Besucher exzellent gelungen. Und auch der Präsident schien, als er seinen Amtssitz den Bonner Journalisten vorstellte, mit den baulichen Veränderungen zufrieden zu sein.

Richard von Weizsäcker und seine Gemahlin wohnen in den nächsten Jahren zwischen Empire-Mobiliar und einer Anzahl wertvoller Gemälde verschiedener Stilrichtungen. Die Möbel sind Leihgaben aus dem Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel, wo einst Jérôme Bonaparte, beim Volke besser bekannt als „König Lustig", lebte. Doch nicht alles ist echt: Ein Teil der „Empire-Stühle" stammen aus dem Jahre 1984. Die Bilder sind Leihgaben aus den Depots der Bundesländer.

Alle Räume im Parterre wurden in ein blendend kalkiges Weiß getaucht. Die von dem damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel vor zehn Jahren eingebaute blaue Holzdecke im Eßzimmer wurde wieder entfernt.

Die Renovierung läßt erkennen: Richard von Weizsäcker wird das Haus in noch größerem Umfang als seine Vorgänger für Gäste öffnen. Der Präsident verzichtete auf das großzügige Arbeitszimmer der früheren Präsidenten Carstens und Scheel im Parterre. Er richtete sich eher bescheiden in dem ehemaligen kleinen Damensalon ein. Das nur 25 Quadratmeter große Zimmer hat eine Verbindungstür zum „Palmenhaus", in dem sein persönlicher Referent arbeitet.





Die dunkle Holzvertäfelung im Arbeitszimmer des Präsidenten ist verschwunden, die Wände sind weiß gestrichen. Richard von Weizsäcker wählte sich zum Arbeiten den kleinen früheren Teesalon. FOTOS: DPA

Durch den Verzicht auf das repräsentativere Arbeitszimmer wurden drei durchgehende Räume mit Blick auf den Rhein geschaffen, die für Empfänge und Essen genutzt werden können.

Im freundlich-lichten Foyer hängen, dem Wunsch des Hausherrn entsprechend, die Bilder von Reichspräsident Friedrich Ebert und vom ersten Nachkriegsbewohner der Villa Hammerschmidt: Theodor Heuss.

Einige Schritte weiter in Richtung Park hängen im Verbindungstrakt Porträts von Reichskanzler Otto von Bismarck und das Bild des ersten deutschen Reichstagspräsidenten Eduard von Simson. Im früheren Arbeitszimmer der Präsidenten dominiert ein großes Gemälde von Roelant Savery (1576–1639) mit dem Titel „Der Eichwald".

Für Freunde des Expressionismus sind die Wände in dem sich anschließenden Salon eine Augenweide. Mit seinen wilden blau-roten Farben fällt Emil Noldes Werk „Das Meer" ins Auge. Dazu kommen ein früher und später Beckmann, ein Gemälde von August Macke sowie Karl Schmidt-Rottluffs „Mond mit Gartentor".

Im Kaminzimmer wurde der seit zwei Jahrzehnten vermauerte Kamin wieder offengelegt und nutzbar gemacht. Die zahlreichen Empire-Sofas und Sessel haben rabenschwarze Bezüge aus gewebtem chinesischem Roßhaar. Für die Sitzmöbel im kleinen Arbeitszimmer des Präsidenten wählte man grünes Roßhaar.

Hier, wo ein fast zierlicher Schreibtisch und ein schlichter Sekretär den Raum beherrschen, wirkt alles etwas einfacher und bescheidener. Auf dem Schreibtisch steht ein Foto der Mutter des Präsidenten, auf einem kleinen Silbertablett ein Fläschchen Mineralwasser.

Auch die Bilder an den Wänden wirken bescheidener als die in den anderen Räumen. Richard von Weizsäcker schaut auf ein kleines Ölbild mit dem Dom von Erfurt, den er vor knapp einem Jahr besuchte. Im Rükken hängen Stiche mit Porträts von Lessing und Kant. „Das ist die Aufklärung", merkt der Hausherr lächelnd an. Durch das Fenster fällt der Blick des Bundespräsidenten durch den zur Zeit tief verschneiten Park der Villa auf den Rhein.

Als Privatleute werden die Weizsäckers in den nächsten Tagen in die oberen Räume des Hauses ziehen. Das Obergeschoß ist geblieben, wie es war. Nur die drei Räume, die das Präsidenten-Ehepaar beziehen wird, wurden frisch gestrichen. Die Übergangszeit, in der das Ehepaar von Weizsäcker in der früheren Außenministervilla auf dem Bonner Venusberg „aus den Koffern" lebte, so der Präsident, ist nun bald vorbei.

Gestern erlebte das neue alte Domizil seine erste große Premiere: Der Bundespräsident gab seinen Neujahrsempfang.

Wo Japan längst klotzt, kleckern die Deutschen noch

Der Überschuß im deutschen Außenhandel kletterte 1984 auf einen neuen Höchststand. Doch gegenüber Japan mußten die Deutschen ein Rekord-Defizit hinnehmen. Warum – dafür gibt es ein Bündel von Gründen.

Von H.-J. MAHNKE

Auch in Tokio gibt sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann anders als sein Vorgänger. Otto Graf Lambsdorff hatte seine regelmäßigen Visiten in Japan häufig dazu benutzt, eine innenpolitische Diskussion auszulösen, so über die Arbeitsmoral der Deutschen. Martin Bangemann, der am Wochenende wieder in seiner Wohnung in Metzingen erwartet wird, will seinen Gesprächspartnern – er trifft heute Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone – klarmachen, daß an der deutschen Krankheit nichts mehr dran ist, daß die Firmen wieder vor Selbstbewußtsein strotzen, wie Umfragen von BDI und DIHT zeigen, daß sie sich auch technologisch zur Weltspitze zählen, daß sie sich vor den Japanern nicht verstecken müssen.

Obwohl die deutschen Exporte nach Japan von Januar bis Oktober 1984 überproportional um 26 Prozent gestiegen sind, war der Fehlbetrag mit 9,3 Milliarden Mark in diesen neun Monaten bereits höher als im gesamten Jahr 1983, als das bisher höchste Defizit registriert worden war. Denn die japanischen Exporte waren noch steiler nach oben geschossen. Mit 14,92 Milliarden Mark waren sie mehr als zweieinhalbmal so gewichtig wie die deutschen Lieferungen von 5,62 Milliarden.

In diesem Ungleichgewicht sieht die deutsche Delegation nicht das eigentliche Problem. Denn der sture Bilateralismus, also der Ausgleich der Warenströme möglichst mit jedem Land, steht in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich und den USA nicht hoch im Kurs. „Die weltweite, die multilaterale Bilanz muß stimmen", betonte gestern Bangemann in Tokio. „Dies ist für Japan nicht der Fall."

Denn auch die Leistungsbilanz des fernöstlichen Inselreiches, in der neben dem Warenverkehr auch die Dienstleistungen, die Entwicklungshilfe oder die Zahlungen an internationale Institutionen registriert werden, weist seit Jahren gewaltige Überschüsse auf. Für Bangemann „ein gravierendes Problem für die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung". Der enorme Kapitalexport in die USA könne auf Dauer kein Ausgleich sein.

Die Bundesrepublik stand zu Zeiten des Wirtschaftswunders Ende der fünfziger Jahre vor ähnlichen Problemen. Damals griff die Bundesregierung auf Drängen der Partner zu einseitigen Zollsenkungen.

Mit einseitigen Maßnahmen ist dies in Japan so eine Sache. In den vergangenen drei Jahren hat Tokio insgesamt sechs Pakete für eine bessere Öffnung der Märkte geschnürt, die über Zollsenkungen hinausgingen und in denen manche Wünsche und Klagen der Handelspartner berücksichtigt wurden. Auf dem Papier, in den Gesetzen und Verordnungen ist Japan heute liberaler als die Europäische Gemeinschaft. Dennoch: Die japanischen Importe bestehen erst zu 28 Prozent aus Fertigwaren. In der Bundesrepublik und in den USA liegen diese Quoten bei 57 Prozent.

Dies ist die Folge einer ungenügenden Integration Japans in die Weltwirtschaft, jedenfalls auf der Einfuhrseite. Das Inselreich ist zwar nach dem Urteil von Experten kein geschlossener Markt mehr, es weist jedoch eine geschlossene Gesellschaft auf. Parolen wie „Kauft heimische Erzeugnisse", zu denen in Frankreich und Großbritannien immer wieder gegriffen wird, sind in Japan überflüssig. Man tut's auch so.

Bangemann kann sich morgen, wenn er die großen Kaufhäuser Hankyu und Seibu in der Ginza besucht, davon überzeugen, daß den ausländischen Produkten allenfalls Marktnischen bleiben, daß sie in der Regel sehr teuer angeboten werden, oft zum Leidwesen der Exporteure, die so kein Massengeschäft machen können. Hinzu kommt ein schwieriges Vertriebssystem, das Nicht-Japaner kaum durchschauen können.

Mit solchen Problemen müssen sich die Japaner nicht herumschlagen. Ihre Export-Offensiven, die sich auf wenige Produkte beschränken, sorgen für Unruhe, bringen die Märkte in anderen Ländern in Unordnung. Sie stützen sich auf das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik, die beispiellos ist. So werden gemeinsam zukunftsträchtige Produkte geortet und ihre Entwicklung mit staatlicher Hilfe vorangetrieben. Die Firmen bauen riesige Produktionsanlagen, deren Kapazitäten am Weltmarkt orientiert sind. Die Chancen für andere Anbieter sind gering.

Lambsdorff hat hierfür den Begriff des Protektionismus der dritten Generation geprägt, den Bangemann jetzt in Tokio aufgegriffen hat. Nicht Unternehmen stehen, falls sich dieses Verhalten weiter durchsetzt, dann im Wettbewerb, sondern Staaten. Dieses muß den Welthandel, eine der Hauptquellen des Wohlstands, treffen.

Viele Industriestaaten drängen die Japaner zur Zurückhaltung, zu Exportselbstbeschränkungs-Abkommen. Dieses stranguliert auch den Warenaustausch und löst das Problem nicht. Denn die Japaner können ihre Erzeugnisse zu höheren Preisen absetzen, was ihre Fähigkeit stärkt, sich auf weitere Produkte zu werfen.

Aus deutscher Sicht ist dies kein Ausweg, auch wenn er von anderen EG-Staaten stark favorisiert wird. Die deutschen Firmen geben sich selbstbewußter, sie wollen über verstärkte Exporte nach Japan das Problem entschärfen. Einige können in den letzten Monaten Erfolge vorweisen. Ob dies reicht, ist fraglich. Ohne Veränderungen in Japan selbst werden auch die schönsten Programme, die in Tokio jetzt wieder propagiert werden, nicht viel nutzen. Aber dies braucht Zeit.

Das schwarze Harlem ist für Weiße zum Geheimtip geworden

Jahrzehntelang verfiel Harlem und wurde zum größten Slum Amerikas. Doch nun siedeln sich wieder Weiße und wohlhabende Schwarze hier an und beginnen mit der Sanierung. Einer Sanierung freilich, die unter den Armen *umstritten ist, weil sie an ihr* bislang kaum teilhaben.

Von HANS-JÜRGEN STÜCK

Jedesmal wenn Stefan Bosworth, Lehrer in New York, seine Eltern in Kalifornien besucht, hat er ein „Schockerlebnis", denn plötzlich sind in Geschäften und Restaurants fast alle Menschen weiß. Das ist kein Wunder, denn Bosworth, ein Weißer, wohnt im New Yorker Schwarzen-Viertel Harlem, wo er oft tagelang kaum einen Weißen sieht.

Der 37jährige Lehrer gehört zu der kleinen, aber langsam wachsenden Zahl weißer Harlem-Bewohner, die zusammen mit gut verdienenden Schwarzen ein Zeichen gesetzt haben: Seht her, wir leben hier, allen Vorurteilen zum Trotz, und fühlen uns sogar wohl dabei. Ihre Zahl beläuft sich mittlerweile auf einige hundert.

Noch sind die neu Zugezogenen, meist Akademiker, eine kleine Vorhut. Doch nicht wenige New Yorker, darunter Grundstücksmakler mit guter Nase, glauben schon jetzt, daß in Harlem, seit Jahrzehnten nicht nur die Kapitale Schwarz-Amerikas, sondern auch einer der schlimmsten Slums der USA, eine spektakuläre Wende zum Besseren nicht mehr ausgeschlossen ist.

Auf den ersten Blick scheint dies kaum vorstellbar. Die meist verkommenen Häuserzeilen zwischen Manhattans 100. und 155. Straße, mit vielen Gebäuden, die ausgebrannt, verlassen oder mit Brettern zugenagelt sind, bieten nach wie vor einen schauerlichen Anblick. Doch zumindest unter Kennern wird dort schon wieder manches Grundstück als Geheimtip gehandelt, und manche Straßenzüge, wie ein Abschnitt der 146. Straße, wo Lehrer Bosworth neben einem schwarzen Klinik-Psychologen ein Haus gekauft hat, erstrahlen wieder in neuem Glanz.

Beredter Zeuge für den Wandel in Harlem, so beschränkt er auch noch auf einige „neighbourhoods" sein mag, ist auch Sylvia Woods, die ein Restaurant an der Lenox-Avenue betreibt. „Vor zehn Jahren war hier nie ein weißes Gesicht zu sehen", so sagt die resolute Gastronomin (Spezialität Maisbrot und gegrillte Rippchen), „aber jetzt ist meine Kundschaft am Wochenende immer zu 40 Prozent weiß, und an Werktagen zumindest zu 25 Prozent." Die meisten ihrer weißen Besucher sind Theater-Fans, die sich wieder nach Harlem wagen.

Was sich derzeit im Viertel abspielt, wo sich schon an mehreren Straßen schwarze und weiße Mittelschicht angesiedelt hat, würde anderswo schlicht Stadtsanierung heißen. In Harlem und anderen Slums in Amerika nennt man dies „Gentrification", was soviel wie Sanierung mit soziologischem Aufwertungseffekt bedeutet.

Doch für viele der knapp 300 000 Schwarzen, die in Harlem wohnen – vor zehn Jahren waren es noch knapp 400 000 – ist „Gentrification" längst zum Reizwort geworden. Sie können sich keine Hauskäufe oder teuren Renovierungen leisten und müssen neidvoll zusehen, wie wildfremde Weiße oder Schwarze zum Verkauf anstehende Gebäude erwerben und zu Oasen des Wohlstands ausbauen. Deshalb gilt, seit „Gentrification" begann, ein ungeschriebenes Gesetz, daß dies behutsam erfolgen muß.

So weigert sich zum Beispiel die Stadt New York, der – meist aufgrund von Pfändungen – fast 60 Prozent des Viertels gehört, die vielen tausend Häuser und Wohnblocks in ihrem Besitz zu versteigern, da dies zu einer Explosion aufgestauter Ressentiments führen könnte. Der Stadt gehören auch Hunderte von heißbegehrten „Brownstones", schmucken Reihenhäusern mit idyllischem Treppenaufgang und mindestens 12 Zimmern, wie Lehrer Bosworth seit einigen Jahren eins besitzt.

„Gentrification tötet!", war auf Protestschildern zu lesen, die Demonstranten hochhielten, als Bürgermeister Koch und der New Yorker Gouverneur Mario Cuomo eine Besichtigungsfahrt zum wiedererstrahlten Glanzpunkt des Viertels, einem renovierten Einkaufszentrum, und dem wiedereröffneten traditionsreichen Apollo-Varieté-Theater an der 125. Straße unternahmen.

Die „Gentrifier" wie Bosworth und Nachbar Craig Polite kauften vor zwei, drei Jahren, als die Preise noch im Keller waren. Beide sind von ihren „Brownstones" begeistert, und ihre Schilderung des Harlemer Alltags entspricht kaum den Horrorgeschichten, die im restlichen New York über das Viertel kursieren.

Bosworth hat zwar zwei Schäferhunde, die Frau und Söhnchen Ilan Gesellschaft leisten und nachts jeden Einbrecher verjagen würden. Doch die Zähne fletschen mußten sie noch nie. „Von Kriminalität haben wir hier noch nichts gespürt", so Bosworth, „das einzige Problem, das wir in Harlem haben, sind die schlechten Geschäfte. Zum Einkauf müssen wir nach New York fahren." Damit meinte er den südlichen Teil Manhattans, die Welt der Weißen.

„Denken Sie nur, was für eine Gegend", schwärmte Nachbar Polite, „Duke Ellington und Louis Armstrong wohnten einst um die Ecke, und zu meiner Klinik kann ich laufen. In 20 Minuten bin ich mit der U-Bahn im Stadtzentrum oder mit dem Auto am Tennisplatz in New Jersey."

In Harlems besseren Gegenden, wo schon punktuell Renovierungen stattgefunden haben, sind die Grundstückspreise längst wie jene, die anderswo in New York City gefordert werden. Dies schuf Bitterkeit bei den Altbewohnern, so zum Beispiel bei Pfarrer Calvin Butte, der schon lange eine bessere Bleibe für sich und seine Familie sucht. „Als ich jüngst ein passendes Haus besichtigte", so der schwarze Geistliche einer armen Baptisten-Gemeinde, „wollte der Makler 135 000 Dollar (umgerechnet 400 000 Mark) dafür haben, da habe ich nur mit dem Kopf geschüttelt und bin traurig nach Hause gegangen."

Pfarrer Butte und andere prominente Schwarze bangen zwar um die Identität ihres Schwarzen-Viertels, aber auch sie hoffen, daß sich „Gentrification", behutsam betrieben, dennoch zum Vorteil der Minderbegüterten auswirkt. Die Hoffnung gründet sich vor allem darauf, daß letztendlich ganz Harlem samt Geschäftswelt und Infrastruktur davon profitieren muß, wenn sich immer mehr Sanierungs-Projekte herausbilden.

Trotz mancher Bitterkeit also – die schmuck wieder hergerichteten „Brownstones", das Apollo-Theater aus Louis Armstrongs Glanzzeiten, in dem wieder die allseits beliebten Talentproben für schwarze Sänger und Tänzer stattfinden, sind schon Hoffnungsschimmer. Aber ob es jemals wieder dazu kommt, daß wie in den zwanziger Jahren allabendlich Zehntausende zum Vergnügen nach Harlem pilgerten – das muß der Zukunft überlassen bleiben. (SAD)

Der Fo
der den Abstand



Die neue Mittlere Mercedes-Klasse 200 D – 300 E

Mit der neuen Generation seiner Mittleren Klasse präsentiert Mercedes-Benz die richtungweisende Weiterentwicklung seiner weltweit erfolgreichen Fahrzeugkonzeption: die Mercedes-Limousinen mit großzügigem Raumkomfort für Beruf und Familie. Automobile, die das klassische Anliegen unseres Hauses in einer neuen Wertdimension erfüllen: Ihnen wiederum ein wesentliches Mehr an Wohlbefinden zu geben für das tägliche Fahren. Ein überlegenes Plus an Fahrqualität und Leistung bei frappierend weniger Verbrauch. Noch mehr entspannende Atmosphäre und Sicherheit, Wertsubstanz und Zuverlässigkeit. Und nicht zuletzt die kraftvolle Ausstrahlung einer ebenso eleganten wie funktional begründeten Form.

Der einzigartige Innenraum-Charakter: Mercedes-typische Geborgenheit, großzügige Bewegungsfreiheit. Neue Sitze. Elektronische Heizregelung. Die Akustik: Wohltuende Summe aus Laufruhe, konsequenter Schalldämpfung und der überlegenen Aerodynamik – mit 0,29 bis 0,30 c_W internationale Spitzenklasse – und das ohne die Nachteile starker Innenraumaufheizung oder eingeschränkten Raumkomforts.

Ein neues fahrerisches Erlebnis – eine beispielgebende Klasse aktiver Sicherheit. Neuentwickelte Motoren bei Benzinern und Dieseln. Mit Leistungen, Laufkomfort und Hochleistungs-Dauerfestigkeit, die klare Leitmarken nach oben setzen. Während Gewicht, Verbrauch, Abgaszusammensetzung und Außengeräusch mit neuen Idealwerten nach unten zeigen. Dabei ist die vollständige Kapselung des Triebwerks bei allen Diesel-Modellen ein richtungweisender Beitrag zum akustischen Umweltschutz.

Jedes Modell der neuen Generation hat einen Verbrauch im Euro-Mix von weniger als 10 Litern. Dem stehen – im Vergleich zu den Vorgängern – bis zu 30% mehr Beschleunigung gegenüber. Nach Mercedes-Prinzip schon in den unteren Drehzahlbereichen.

In siebenjähriger Entwicklung entstand eine völlig neue Sechszylinder-Generation. Mit mechanisch/elektronisch gesteuer Benzin-Einspritzung – das technologis Optimum an Zuverlässigkeit und Präzisi Einspritzung und Zündung durch Mik prozessor gesteuert. 140 kW (190 PS) be 300 E, Beschleunigung in 7,9 Sekunden 0 auf 100 km/h bei höchster Laufruhe u extrem niedrigem Verbrauch.

Zur Antriebsqualität in neuer Größeno nung addieren sich die revolutionieren Vorzüge des Mercedes-Fahrwerks Dämpferbein-Vorderachse und Rauml ker-Hinterachse. Fahrkomfort und Fahr bilität – auch bei engagierter Kurvenfah nicht zuletzt durch die 15-Zoll-Räder Niederquerschnittreifen. Insgesamt o mal gesichertes Fahren, auf dem Sektor a ver Sicherheit Bestätigung der unangefo tenen Kompetenz von Mercedes-Benz. Sie gilt auch für Fahrerplatz und Bed

هكذا من الأصل

F tschritt,
un deutlich macht.

ungskomfort: Konsequent ergonomisch – hne Effekte – für größtmögliche Entspannung und klare Fahrerinformation. Und mit öllig neuen Komfort-Ideen, die nicht uletzt der Sicherheit dienen: Fahrersitz mit Höhenverstellung und Verstellung der Sitzissenneigung, Kopfstützen mit Handrad in er Höhe verstellbar, elektronisch gesteuerte Gurtstraffer serienmäßig an beiden ordersitzen; Kontrollanzeigen für Motoröl, ühlmittel und Scheibenwaschwasser. Dan Lampenausfallkontrolle der gesamten ußenbeleuchtung. Eine weitere, völlig eue Idee wurde perfekt realisiert: Der hubesteuerte Panorama-Scheibenwischer mit em größten Wischfeld aller heute gebauten KW (86% der Frontscheibe).

Imweltfreundliche Technologie ist bei Mercedes-Benz selbstverständlich.

▸ Fahrzeuge mit katalytischer Abgasreinigungsanlage sind von Anfang an im Angebot. Sie können diese Fahrzeuge aber auch für den nachträglichen Einbau der Anlage vorbereiten lassen.

▸ Wenn Sie sich jetzt für keine dieser beiden Möglichkeiten entscheiden: Jeder heute gebaute Mercedes-PKW ist in der Zukunft mit einer Abgasreinigungsanlage nachrüstbar.

▸ Alle PKW-Modelle von Mercedes erfüllen bereits heute die ECE-Norm 15/04, die erst ab 1986 vorgeschrieben ist.

▸ Mercedes-Diesel sind von Natur aus schadstoffarm und damit umweltfreundlich. Für sie ist „bleifrei“ oder „verbleit“ von vornherein kein Thema.

Neue Werte zählen im gesamten Fahrzeug: Eindrucksvolle Gewichtsreduzierungen bis zu 135 kg gehen einher mit noch mehr Fahrzeugstabilität und Sicherheit. Und diese hochstabile Leichtbauweise ist kein Widerspruch zur weitergesteigerten Mercedes-typischen Wertbeständigkeit und Zuverlässigkeit.

Andere Automobilhersteller lenken das Augenmerk der Käufer auf diese oder jene technische Besonderheit, die anderweitigen Durchschnitt überdecken soll. Anders bei Mercedes – auch bei der neuen Fahrzeug-Generation. Sie ist der Beweis für Kompetenz in allen Bereichen, die allein den umfassenden Fortschritt und damit diesen unerreichten Gesamtnutzen schafft. „Kein Zweifel. Noch nie war Mercedes so fortschrittlich wie heute.“ (auto, motor und sport, Heft 24/84).

Eine Probefahrt läßt Sie erleben, was dieser Fortschritt bedeutet.

Das Programm
der neuen Mercedes-Generation:

	kW/PS		kW/PS
200 D	53/ 72	200	80/109
250 D	66/ 90	230 E	100/136
300 D	80/109	260 E	125/170
		300 E	140/190



Mercedes-Benz
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Positives Echo auf die Warnung von Wernitz

Sicherheitsbehörden: Hungerstreik mit RAF abgestimmt

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Sicherheitsdienststellen in der Bundesrepublik Deutschland halten die momentane Sicherheitslage wegen der erneut aufflammenden Terrorismus-Aktivitäten für „bedrohlich". Bereits seit dem Sommer 1984 war die Kommunikation zwischen den inhaftierten Gewalttätern stärker geworden, hatten sich neue Aktionen angekündigt. Die Hungerstreiks waren immer wieder hinausgeschoben worden – so die Erkenntnisse der Behörden –, weil die einsitzenden Terroristen warteten, bis sie durch neue Gewalttaten der RAF „von außen unterstützt werden" konnten.

Insofern wird die Warnung des SPD-Bundestagsabgeordneten Axel Wernitz als durchaus angebracht und als „Zeichen von Verantwortungsbewußtsein" angesehen. Der Parlamentarier sei im übrigen als Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses ja auch „gut informiert". Dennoch wird angemerkt, daß sich Wernitz mit seiner Forderung nach der Wiedereinführung der Kontaktsperre für inhaftierte Terroristen „in voller Schärfe" doch sehr unklar ausgedrückt habe. Das Gesetz sei bis heute in Kraft, die Anwendung der Kontaktsperre aber eben an ganz bestimmte, eng umrissene Voraussetzungen geknüpft. Vor allem müsse eine „gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person" durch eine terroristische Vereinigung vorhanden sein. Dies wird richterlich nachgeprüft.

Der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum sprach gestern gegenüber der Hannoverschen Neuen Presse ebenfalls davon, daß man „die kriminelle Energie der Rest-RAF nicht unterschätzen" dürfe. Er forderte, im Bundestag über die gegenwärtige Sicherheitslage „in aller Ruhe zu diskutieren". Doch warnte Baum – in ähnlichen Worten wie am Vortag ein Sprecher von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann – davor, daß „Hysterie kein guter Ratgeber ist". Er unterstrich die Absicht seiner Partei, entgegen den Wernitz-Gedanken zu einer „Liberalisierung des geltenden Kontaktsperre-Gesetzes" zu kommen. Den Auftrag für entsprechende Überlegungen hat Justizminister Engelhard seit vielen Monaten. Wie gestern vom baden-württembergischen Justizministerium bestätigt wurde, besteht bei dem hungernden RAF-Häftling Christian Klar inzwischen „Anlaß zu Besorgnis". Auch bei seinen Gesinnungsgenossen könne bei einem Andauern des Hungerstreiks „eine eventuell sehr schnell eintretende, dramatische und lebensbedrohende Verschlechterung des Gesundheitszustands" eintreten.

Die drei Ebenen: Häftlinge, „Legale" und „harter Kern"

WERNER KAHL, Bonn

Ein einziger Mann hatte Anfang der siebziger Jahre die Chance gehabt, die erste und seitdem virulenteste deutsche Terrorgruppierung zu enttarnen. Doch kurz bevor die „Rote Armee Fraktion" (RAF) am 14. Mai 1970 in den Untergrud tauchte und dem Staat sowie Repräsentanten der Gesellschaft den bewaffneten Kampf ansagte, sah sich dieser in den „harten Kern" eingeschleuste V-Mann Urbach durch kurzsichtige, wenn nicht gar vorsätzlich manipulierte Anweisungen der damaligen Staatsschutzbehörden gezwungen, sich aus der Szene zurückzuziehen. Dabei war dieser V-Mann im Kreis von Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Andreas Baader wegen seiner einfachen Herkunft und seines handwerklichen Geschicks ein hochgeschätztes Mitglied der Gruppierung geworden. „Du bist ja unser einziger Proletarier", lobt ihn APO-Anwalt Horst Mahler, der sich der RAF angeschlossen hatte.

Seitdem ist es den deutschen Sicherheitsbehörden nicht mehr gelungen, einen V-Mann im Führungskreis des terroristischen Kerns zu installieren. Für Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und die Staatsschutzpolizeien in den Bundesländern läuft es nach Expertenurteil bei der RAF so weiter, „wie es dort seit Anfang der siebziger Jahre läuft": Außerhalb des Untergrundkommandos, dem „harten Kern", agieren in der Öffentlichkeit politische Gruppen als Initiativzirkel. Sie traten in früheren Jahren als Folterkomitees, antifaschistische Gruppen und Solidaritätskomitees zur Unterstützung von Hungerstreiks auf. Dies ist auch seit Dezember 1984 wieder zu beobachten. Dieser sogenannte legale Arm ist nach einer Idee von Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin gebildet worden. Die „Legalen" sind das Scharnier sowohl für Leute aus dem Terrorismus, die inhaftiert sind, als auch für die RAF-Mitglieder, die im Untergrund operieren. Das engere Umfeld ist die Drehscheibe, über die Verbindungen in die Haftanstalten und zu ausgewählten Funktionsträgern im Untergrund laufen.

Bei der „Roten Armee Fraktion" wird nach wie vor auf drei Ebenen gehandelt:

- Die Häftlinge in den Haftanstalten bilden die Ebene der Gefangenen; sie streben – gegenwärtig mit der neuen Hungerstreikkampagne – die Anerkennung als „Kriegsgefangene" und die Zusammenlegung zu einer Großgruppe an;
- politische Anhänger der RAF, die sich der Strategie der Gruppierung zugehörig fühlen und auch mal für eine Unterstützeraktion in Frage kommen, bilden die Ebene des sogenannten legalen Arms der „Roten Armee Fraktion";
- auf der dritten Ebene agiert – scharf abgeschottet – das Kommando, in der Umgangssprache von Behörden und Medien „harter Kern" genannt. Diese Mitglieder verstehen sich als militärischer Arm der RAF. Sie haben die Brücken hinter sich abgebrochen und leben als „Illegale" mit falschen Papieren, verschaffen sich Ausrüstung und Geld durch Überfälle und bisher nicht aufgeklärte Solidaritätsspenden. Eine vor Jahresfrist einsetzende öffentliche Diskussion in der terroristischen Szene über eine Amnestie wurde durch die Mehrheit der RAF-Häftlinge wie durch das Unterstützerumfeld und das Untergrundkommando beendet, die RAF werde ihren Kampf nicht aufgeben. „Also insofern haben wir eine klare Antwort, daß von einer Auflösung der ‚Roten Armee Fraktion' nicht die Rede sein kann", äußerte sich bereits im Frühsommer 1984 der Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, gegenüber der WELT.

Das Potential der inzwischen personell und logistisch aufgefrischten Terrorgruppe reicht nach Ansicht der Sicherheitsexperten aus, um Aktionen zu machen, etwa vergleichbar mit den Mordanschlägen auf Repräsentanten der Justiz (Generalbundesantwalt Siegfried Buback), der Banken (Jürgen Ponto) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (Hanns Martin Schleyer) im Jahre 1977. Schwerpunkt der Anschlagsstrategie ist die NATO, dazu gehören vor allem Einrichtungen des amerikanischen Verbündeten. Repräsentanten des Staates und der Gesellschaft sollen individuell bestraft werden. Für solche „Bestrafungsaktionen" will die RAF Bombenfallen legen und Raketenschützen einsetzen.

Shultz: Ein wichtiger Schritt / Lomejko: Nützliche Gespräche

In der Sache weit voneinander entfernt

BERNT CONRAD, Genf

Die USA und die Sowjetunion wollen innerhalb eines Monats auf diplomatischem Wege den Zeitpunkt und den Ort neuer Abrüstungsverhandlungen festlegen. Diese Verhandlungen sollen von Delegationen der beiden Supermächte mit je drei Arbeitsgruppen für strategische Atomwaffen, nukleare Mittelstreckenwaffen und atomare Weltraumwaffen geführt werden. Das ist der Kern einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung, die in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch kurz vor Mitternacht zum Abschluß der zweitägigen Gespräche der Außenminister George Shultz und Andrej Gromyko in Genf bekanntgegeben wurde.

Shultz, der gestern morgen nach Washington zurückflog, um sofort Präsident Reagan zu unterrichten, bezeichnete das Ergebnis als einen „wichtigen Schritt" auf einem langen Wege. „Unsere Diskussionen waren offen, geschäftsmäßig und nützlich", stellte der US-Außenminister fest. Beide Seiten hätten genug Flexibilität gezeigt, um zu einer Vereinbarung zu kommen. Die Vereinigten Staaten würden an die in den Verhandlungen zur Debatte stehenden schwierigen Probleme mit einer „positiven und konstruktiven Haltung", aber auch mit Realismus und ohne Illusionen herangehen.

Vor seiner Abreise aus Genf erklärte Gromyko, die Gespräche seien nicht einfach gewesen. „Dennoch ist ein gewisser Schritt bei der Herstellung eines Dialogs zwischen unseren beiden Ländern gemacht worden". Einschränkend fügte der sowjetische Außenminister hinzu, in diesem Zusammenhang sei zu beachten, „dies ist bloß ein Schritt, verglichen mit den ungeheueren Aufgaben, die im Laufe der Verhandlungen über Weltraum- und Atomwaffen besprochen und durch einvernehmliche Lösungen bewältigt werden müssen."

Zu einem kritischen Zeitpunkt der Gespräche hat der sowjetische Außenminister nach Angaben des Leiters der US-Rüstungs-Kontrollbehörde, Kenneth Adelman, mit der vorzeitigen Abreise gedroht. Er habe seine Drohung mit der Ablehnung der amerikanischen „Strategischen Verteidigungsinitiative („Krieg der Sterne") begründet.

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Lomejko, nannte die Gespräche zum Abschluß genauso wie Gromyko einen „ersten Schritt" und bezeichnete das Treffen als „wichtig und nützlich". Entscheidend seien aber jetzt die bevorstehenden Verhandlungen selbst.

Besonderes Gewicht legte der Sowjetsprecher auf die von Gromyko in der Abschlußerklärung durchgesetzte Formel, Ziel der Abrüstungsverhandlungen werde es sein, „einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern" und ihn auf Erden zu beenden.

Unmittelbar zuvor hatte Shultz allerdings klargemacht, daß die Amerikaner gar nicht daran denken, ihr von Moskau heftig kritisiertes Forschungsprogramm für eine „strategische Verteidigungsinitiative" im Weltraum (SDI) zu stoppen. „Wir werden die Programme durchführen, die im Interesse unseres Landes liegen", betonte der US-Außenminister. „Und Präsident Reagan betrachtet das SDI-Programm als im Interesse unseres Landes liegend. Es dient der Verteidigung". Shultz fügte hinzu: „Wir haben all das diskutiert. Alles wird offen sein für die Erörterungen". Der Minister räumte ein, daß es hier Differenzen mit den Sowjets gebe.

Als die abwechselnd in der sowjetischen und der amerikanischen UNO-Mission in Genf geführten zweitägigen Gespräche am Dienstagabend gegen 20 Uhr nach einer abschließenden fünfeinhalbstündigen Sitzung zu Ende gegangen waren, hatten die rund 900 akkreditierten Korrespondenten noch stundenlang auf die Bekanntgabe der Ergebnisse warten müssen. Erst um 23 Uhr trat Shultz im Interconti-Hotel vor die immer ungeduldiger werdende Presse und verlas das gemeinsame amerikanisch-sowjetische „Statement".

Darin hieß es, beide Seiten stimmten überein, daß sich die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen mit einem „Komplex von Fragen der Weltraum- und atomaren Waffen sowohl strategischer als auch mittlerer Reichweite" befassen sollten, „wobei alle diese Fragen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu erörtern und zu lösen sind". Nukleare Waffen sollten begrenzt und reduziert und die „strategische Stabilität" gestärkt werden.

Shultz betonte, es gebe keinen Plan für ein Folgetreffen auf Außenministerebene, wenngleich man bei Bedarf wieder zusammenkommen werde. Auch ein Gipfeltreffen zwischen Reagan und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko sei nicht erörtert worden.

Als Sowjetsprecher Lomejko gefragt wurde, ob Moskau während der neuen Verhandlungen fortfahren werde, SS- 20-Raketen zu stationieren, antwortete er unwirsch: „Das ist eine Frage ohne Substanz. Das Gerede über SS- 20 ist eine Erfindung". Lomejko wollte auch nicht ausdrücklich zugeben, daß Moskau auf seine Forderung verzichtet habe, vor neuen Mittelstreckenverhandlungen die schon in Westeuropa stationierten amerikanischen Pershing- 2-Raketen abzubauen.

Auf die Frage, ob sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen jetzt verbessern würden, erwiderte Lomejko zurückhaltend, das hänge von beiden Seiten ab. Man könne nur auf positive Auswirkungen der Genfer Einigung hoffen. Von einem „neuen Anfang der Entspannung" wollte der Sowjetdiplomat ebenfalls noch nicht sprechen.

Das Echo der sowjetischen Presse ist zurückhaltend

DW. Moskau/Genf

Die sowjetischen Medien haben gestern morgen zunächst kommentarlos die gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko und Shultz aus Genf veröffentlicht. Weder die amtliche Nachrichtenagentur Tass noch der Rundfunk berichteten über die Pressekonferenz von Shultz und die Äußerungen des sowjetischen Pressesprechers Wladimir Lomejko. Westliche Beobachter in Moskau rechnen mit einer offiziellen Interpretation der Genfer Ergebnisse erst nach einer Information des Politbüros, dessen Sitzungen gewöhnlich donnerstags stattfinden, durch Außenminister Gromyko.

Zur Analyse der abgeschlossenen Gespräche, so erklärte der Sonderkorrespondent des sowjetischen Fernsehens in Genf, Valerian Sorin, sei „noch Zeit nötig". Sofortige Schlüsse zu ziehen, sei nicht möglich. Sorin kritisierte zugleich die „bourgeoise Propaganda", die die sowjetischen Vorschläge zum Thema Abrüstung „schweigend übergangen oder deformiert" habe. Die Sowjetunion habe in Genf ihren „guten Willen zur Vermeidung des Atomkriegs" unter Beweis gestellt. Es sei politisch bedeutsam, daß bei dem Treffen nicht nur die amerikanische Seite, sondern auch die Öffentlichkeit über die sowjetische Haltung informiert worden sei. Zwischen Moskau und Washington sei jedoch „noch viel zu tun auf dem Weg gegenseitiger Verständigung".

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" hat die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung veröffentlicht und in einer kurzen Meldung über Abschluß und Begleitumstände der Genfer Gespräche informiert. Darüberhinaus verbreitete die amtliche Nachrichtenagentur ADN den Wortlaut der Erklärung Gromykos vor seiner Abreise.

Gemeinsame Erklärung

DW. Genf

Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der USA und der Sowjetunion:

„Wie vorher vereinbart, fand am 7. und 8. Januar 1985 in Genf ein Treffen zwischen George Shultz, dem Außenminister der Vereinigten Staaten, und Andrej Gromyko, dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Außenminister der UdSSR, statt.

Während des Treffens erörterten sie Gegenstand und Ziele der bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über atomare und Weltraumwaffen. Die beiden Seiten stimmen darin überein, daß Gegenstand der Verhandlungen ein Komplex von Fragen sein wird, welche die Weltraum- und atomaren Waffen, sowohl strategischer als auch mittlerer Reichweite, betreffen, wobei alle diese Fragen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu erörtern und zu lösen sind. Ziel der Verhandlungen wird es sein, wirksame Übereinkünfte auszuarbeiten, deren Ziel es ist, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden, die atomaren Waffen zu begrenzen und zu verringern und die strategische Stabilität zu festigen.

Die Verhandlungen werden auf jeder Seite von einer Delegation geführt, die in drei Gruppen gegliedert ist. Die beiden Seiten sind der Ansicht, daß die bevorstehenden Verhandlungen schließlich ebenso wie alle generallen Bemühungen zur Begrenzung und Verringerung der Rüstung zur vollständigen und allseitigen Beseitigung von Kernwaffen führen müssen. Der Termin des Beginns der neuen Verhandlungen und der Ort dieser Verhandlungen werden auf diplomatischem Wege innerhalb eines Monats vereinbart."

Washington zeigt jetzt vorsichtigen Optimismus

FRITZ WIRTZ, Washington

Es herrscht erleichterte, wenn auch spürbar gezügelte Zufriedenheit in der amerikanischen Administration über den Ausgang der Genfer Gespräche. Man vermeidet und unterdrückt deutlich jede Siegeseuphorie. „Es ist dies noch nicht die Stunde der Sieger und Verlierer, es ist die Stunde der Verhandler", erklärte ein hoher amerikanischer Beamter.

Dagegen gab sich der ehemalige Außenminister Henry Kissinger keinerlei Mühe, seine Genugtuung zu bremsen. „Es war der bestmögliche Ausgang, der zu erreichen war", erklärte er gestern im Fernsehen. „Alle Verhandlungen, die vor 13 Monaten von den Sowjets abgebrochen worden waren, sind wieder aufgenommen. Die amerikanische Öffentlichkeit hat Grund, optimistisch zu sein. Wir müssen jetzt nur Geduld zeigen."

Kissinger ist der Meinung, daß die Sowjets auf eine Vereinbarung mit dem Westen hinarbeiten. „Sie haben erkannt und eingesehen, daß sie mit Drohungen nicht weiterkommen. Wenn wir jetzt nicht übereifrig werden, können wir unser Verhandlungsziel erreichen", meinte Kissinger, der sich im Augenblick in Hongkong aufhält.

Robert McFarlane, der Sicherheitsberater Präsident Reagans, räumte ein, daß den Sowjets gewisse Zugeständnisse gemacht werden mußten, um ihnen die Zustimmung zu Neuverhandlungen abzuringen. „Es war jedoch ein Geben und Nehmen."

Dieses amerikanische Zugeständnis ist die Bereitschaft, mit den Sowjets in den bevorstehenden Verhandlungen über die „strategische Verteidigungsinitiative" Präsident Reagans, den sogenannten „Krieg der Sterne", zu diskutieren. Kenneth Adelman, der Direktor der amerikanischen Abrüstungs-Behörde, erklärte jedoch: „Diskussion bedeutet nicht Kapitulation." In der amerikanischen Administration betonte man deshalb mit Nachdruck: „Von einer Aufgabe oder Einschränkung des Forschungsprogramms am SDI-Projekt kann keine Rede sein. Wir halten es nach wie vor für den besten Weg zu einer strategischen Stabilisierung zwischen Ost und West, obwohl es nicht gelang, die Sowjets in Genf davon zu überzeugen."

Man ist in Washington jedoch darauf eingerichtet, daß die Sowjets ihren Propagandakrieg gegen das SDI-Konzept weiter fortsetzen werden, allein schon, um die Bündnispartner zu verunsichern. Sicherheitsberater McFarlane erklärte sich vor allem zufrieden darüber, daß nicht nur eine, sondern gleich drei nukleare Gesprächsrunden eröffnet werden.

Er wird nach seiner Rückkehr aus London, wo er Premierministerin Thatcher über die Genfer Gespräche informierte, in Washington jedoch vor allem die Frage der amerikanischen Skeptiker und Kritiker der Abrüstungsgespräche beantworten müssen, wie weit die drei verschiedenen Gespräche miteinander verbunden sind, das heißt, ob und wie weit an einem Verhandlungstisch Zugeständnisse gemacht werden könnten, um festgefahrene Gespräche an einem anderen Tisch wieder in Gang zu bringen. Diese Kritiker fürchten, daß dabei amerikanische „Essentials" wie beispielsweise die neue nukleare Verteidigungsstrategie plötzlich zu Tausch- und Verhandlungsobjekten werden könnten.

Diese Bedenken deuten an, daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Administration über Taktik und Substanz der neuen Abrüstungsgespräche noch nicht überwunden ist. Sicherheitsberater McFarlane lobte jedoch die enge und loyale Zusammenarbeit aller amerikanischen Delegationsteilnehmer in Genf. Der Teamgeist in der US-Delegation sei außerordentlich gut gewesen. Im übrigen treffe es nicht zu, daß McFarlane von Präsident Reagan als „Aufpasser" dem Außenminister Shultz zur Seite gestellt wurde.

Kreisky legt Friedensplan für Nahost vor

DW. Dubai

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky will einen neuen Friedensplan für den Nahen Osten präsentieren und in den USA und Israel um Unterstützung dafür werben. In Dubai, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), sagte Kreisky, sein Plan kombiniere vier Elemente: Den Friedensplan von US-Präsident Ronald Reagan aus dem Jahr 1982, die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates, und die Vorschläge der Sowjetunion für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz, sowie den arabischen Friedensplan, ebenfalls von 1982.

Nach dem Willen des österreichischen Politikers soll sich eine Nahost-Aktionskomitee konstituieren, um innerhalb von sechs Monaten die verschiedenen Initiativen auf einen Nenner zu bringen. Daran sollte sich eine internationale Nahost-Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen anschließen.

Kreisky zeigte sich jedoch skeptisch über die Chancen seiner Initiative. Der Frieden sei für den Nahen Osten nur schwer zu erreichen, erklärte er. Vordringliches Ziel müsse es daher sein, einen Zustand der „friedlichen Koexistenz" in der Krisenregion zu erreichen.

„8. Mai, Tag der Befreiung von Hitler"

DW. Berlin

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, hat sich in die Diskussion um die Gestaltung 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eingeschaltet. Der 8. Mai sei zu allererst der Tag, an dem das nationalsozialistische Regime und mit ihm der Zweite Weltkrieg zu Ende ging.

Ohne die Niederlage des Hitler-Regimes wäre der Weg der demokratischen Neuorientierung in der Bundesrepublik Deutschland niemals möglich gewesen. Der 8. Mai sei daher ein Tag der Befreiung, nicht des Zusammenbruchs. Als Tag des Zusammenbruchs müsse der 30. Januar 1933, Hitlers Machtergreifung, angesehen werden. Besonders der jungen Generation müsse verdeutlicht werden, daß dieser Tag den „Zusammenbruch politischer Vernunft und menschlicher Gesittung" in Deutschland bedeute. Eine Lehre, die aus diesem Datum gezogen werden könne, sei die Notwendigkeit, den Radikalismus zu bekämpfen, erklärte Galinski.

Westbindung Berlins betont

SAD, Los Angeles

Als „Schlüsselstadt für die deutsch-amerikanischen Beziehungen" und „politisches Herzstück der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland" hat der Berliner Innensenator Heinrich Lummer bei einer Diskussionsveranstaltung in der Universität von Kalifornien in Los Angeles seine Heimatstadt bezeichnet. Lummer erläuterte seinen Zuhörern, daß Westbindung aus deutscher Sicht „gemeinsamer atlantischer Schutz der Freiheit, aber zugleich auch selbstbewußter Umgang mit Freiheit, auch unter Freunden" bedeute. Gerade in Berlin hätten sich die Ergebnisse der NATO-Politik, Verteidigunsfähigkeit mit der Dialogbereitschaft zum Osten zu verbinden, bewährt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

NOTIZEN

Starkes Wachstum

Boston (SAD) – Erstaunliche Erfolge mit einem künstlichen Wachstumshormon haben amerikanische Ärzte bei zwei wachstumsgestörten Kindern in der Universitätsklinik von Virginia erzielt. Die beiden Jungen im Alter von acht und zehn Jahren wuchsen während der Behandlungszeit (6 Monate) wesentlich schneller als sonst: Der eine zweimal (um 3,7 cm) und der andere fünfmal (um 7,5 cm) so schnell.

Bewerbungsfrist läuft ab

Dortmund (DW.) – Alle angehenden Studenten, die im Sommersemester 1985 mit ihrem Studium beginnen wollen, müssen sich beeilen. Am Dienstag nächster Woche (15.1.) um 24 Uhr läuft die Bewerbungsfrist bei der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund ab. Die Bewerbungen müssen bis zu diesem Zeitpunkt bei der ZVS eingegangen sein, das Datum des Poststempels reicht nicht aus. Die ZVS hat deshalb am Schlußtag der Bewerbungsfrist bis Mitternacht geöffnet. Wer bis jetzt noch keine Bewerbungsunterlagen angefordert hat, kann dies entweder schriftlich (Postfach 8 000, 4600 Dortmund 1) oder telefonisch (0231/1081-381 oder -382) erledigen.

Neues Berufsbild geplant

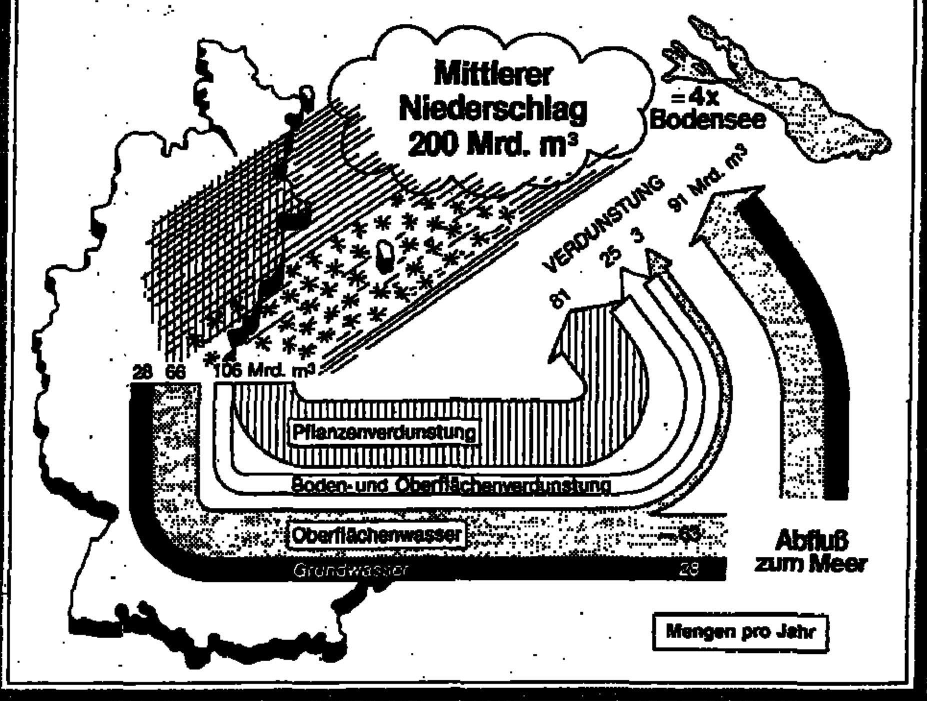
Düsseldorf (dpa) – Wegen der ständig steigenden Anforderungen an den Umweltschutz will das nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerium prüfen, ob ein neues Berufsbild (Umweltchemiker) geschaffen werden sollte. Das Ministerium hält die bei den Kommunen beschäftigten Lebensmittelchemiker zwar für befähigt, den Zustand von Wasser, Abwasser und Nahrungspflanzen zu beurteilen. Bei der Bodenbegutachtung jedoch hätten diese Fachleute „nur in Einzelfällen durch ihre Berufspraxis" Erfahrungen sammeln können.

Verseuchte Eisfelder

Mendoza (APF) – Eine polnisches Expeditionsteam beginnt in dieser Woche in Argentinien mit dem Aufstieg auf den 6 959 Meter hohen Andengipfel Aconcagua, um die dort festgestellte radioaktive Verseuchung der Eisfelder zu messen. Die Gruppe hatte bereits in den peruanischen Anden, im Hindukusch und im Himalaya ähnliche Versuche durchgeführt.

Es gibt kaum ein Feld, auf dem der Umweltschutz über so lange Erfahrungen, über ein so weit entwickeltes Know-how und über vergleichbare Erfolgsbilanzen verfügt wie beim Gewässerschutz. Anders als bei den Fragen der Luftverschmutzung, die mit dem Waldsterben eine neue, wissenschaftlich noch gar nicht erfaßbare Dimension gewonnen haben, und anders als beim Bodenschutz, der erst in jüngster Zeit ins Blickfeld ökologischer Vorsorgepolitik geraten ist, wurde beim Gewässerschutz das Grundgerüst bereits in den 70er Jahren geschaffen.

Mit der Qualität des Wassers geht es schon seit Jahren bergauf



Die jährliche Niederschlagsmenge wird in der Bundesrepublik auf etwa 200 Milliarden Kubikmeter beziffert. Das entspricht einem Volumen, das viermal den Bodensee füllen könnte. Ein geringer Teil davon – 28 Milliarden Kubikmeter – gelangt auch tatsächlich ins Grundwasser. Hiervon wiederum werden nur rund neun Milliarden Kubikmeter zur Trinkwassergewinnung benutzt.

QUELLE: HOECHST

Die Hiobsbotschaften von gefährlichen Wasserverunreinigungen reißen nicht ab. Dabei muß die Bevölkerung Meldungen verarbeiten, die oft kaum noch miteinander in Einklang zu bringen sind.

So ist es keineswegs ein Sonderfall, wenn das angesehene Institut Fresenius im hessischen Taunusstein mitteilt: „Im Rhein wieder Baden möglich", und wenn der hessische Umweltminister fast am selben Tage erklärt: „Rhein und Main sind zwar sauberer, laden aber noch nicht zum Baden ein" und die Warnung hinterherschickt: „Keine Fische aus dem Main essen". Wie kommen diese Widersprüche zustande?

Die Zeit der schwimmenden Schaumberge aus den 60er Jahren ist für Deutschlands Ströme vorbei. Im Zuge einer großstrategischen Planung nach dem Vorbild amerikanischer Kampagnen konnte die Gewässergüte seit Anfang der 70er Jahre erheblich verbessert werden. Aus dieser Zeit stammen das Wasserhaushaltsgesetz (1976), das Abwasserabgabegesetz (1978) und das Waschmittelgesetz (1975).

Hinzu kamen EG-Richtlinien wie die Gewässerschutzrichtlinie von 1976, deren weitreichende Anforderungen an die Einleitung von Schadstoffen für die Mitgliedstaaten verbindlich sind. Allein von 1971 bis 1981 haben die Gemeinden in den Bau von Kläranlagen und Kanalisationen fast vierzig Milliarden Mark, Industrieunternehmen dafür weitere zwölf Milliarden Mark investiert.

Allerdings können mit diesen Anlagen nur die biologisch abbaubaren organischen Stoffe sowie Nährstoffe wie Nitrate und Phosphate aus den Abwässern herausgefiltert werden. Die imponierende neue Technologie erweist sich als weitgehend stumpf gegen jene Verschmutzungspartikel, die in der unvorstellbar geringen Konzentration von einem Millionstel Gramm pro Liter Wasser bereits heimtückische Wirkungen entfalten: Schwermetalle und organische Mikroverunreinigungen wie Organochlorverbindungen und halogenierte Kohlenwasserstoffe.

Gewässerexperte Karl-Hans Heil vom hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz: „Diese Stoffe waren wegen ihrer geringen Konzentration vor fünf bis sechs Jahren noch gar nicht erfaßbar. Sie lassen sich im Gewässer auch heute noch kaum feststellen, eher schon in den Sedimenten, im Schlamm, am ehesten jedoch in den Fischen. Die Stoffe sind schwer oder gar nicht abbaubar. Sie reichern sich in der Nahrungskette an und wirken zum Teil eindeutig kanzerogen (krebserzeugend)."

Die Situation der Gewässer ist also schizophren. Während als letzte und modernste Stufe der Abwasserreinigug in diesen Monaten an vielen Orten gleichzeitig Großanlagen der neuen Generation von Bio-Hochreaktoren in Betrieb gehen, während das biologische Zustandsbild der früher hochbelasteten Flüsse Rhein und Main durchweg um ein bis anderthalb Güteklassen verbessert ist und sich schon wieder Fische in einer seit Jahrzehnten unbekannten Artenvielfalt in den Strömen tummeln, nimmt die Sorge vor einer Bedrohung durch schleichende Umweltgifte noch immer zu. Hauptgrund dafür: Immer neue dieser naturfremden Stoffe werden identifiziert, erst die wenigsten sind überhaupt bekannt.

Ausgereifte Analyseverfahren gibt es heute erst für 60 bis 100 von diesen Stoffen, die durch Umwandlungsprozesse der chemischen Industrie entstehen, ihre Gesamtzahl aber wird auf weit über 45 000 geschätzt. Die Transportwege, die Wirkungen und der Verbleib, erst recht aber die Kombinationswirkungen selbst der bereits bekannten Stoffe sind der wissenschaftlichen Analyse bisher weitgehend verborgen geblieben.

Ebenso vage klingen die Mutmaßungen der Experten über die Wirkung der hochmodernen Bio-Hochreaktoren auf diese Mikroverunreiniger: „Wir hoffen", sagt der hessische Gewässerexperte Heil, „daß diese Anlagen mit ihrem Aktivkohlezusatz wenigstens einen Teil dieser organischen Stoffe zurückhalten werden – wir wissen nur noch nicht welche und in welcher Größenordnung".

Die Bundesregierung hat in dieser Situation angekündigt, daß die Vorsorgemaßnahmen verstärkt werden sollen. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will insbesondere die Anwendung des „Standes der Technik" für die Behandlung gefährlicher Stoffe durchsetzen sowie Schwermetalle und organische Halogenverbindungen aus der Quelle mit Abgaben belegen, um den Druck auf Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen zu verstärken.

Wie bei der Bekämpfung der Luftverschmutzung, beim Bodenschutz und beim Schutz der Nordsee erweist sich der Bundesinnenminister dabei mindestens auf EG-Ebene als Pionier – was ihm sogar ein Lob aus Hessen einträgt, das so gern ein „Gegengewicht" zu Bonn bilden möchte. „Die Bundesrepublik", so der hessische Gewässerexperte Heil, „ist im Gewässerschutz diejenige Nation, die in der EG am stärksten drängt und am meisten zu Lösungen beiträgt".

DANKWART GURATZSCH

Mehr Aufklärung über Gentechnik gefordert

Karlsruher Tagung zu Risiken der Molekularbiologie

Mit Angst, Furcht und Mißtrauen verfolgt die Öffentlichkeit die Entwicklung der Gentechnik. Was Wissenschaftler in ihren Laboratorien erarbeiten, erscheint dem Bürger wie ein „Buch mit sieben Siegeln".

Daß man Insulin, Wachstumshormone, Interferon, Impfstoffe sowie andere Arzneimittel von Bakterien herstellen lassen kann, empfindet der Laie als Segen. Daß die oberste amerikanische Gesundheitsbehörde jetzt die Erlaubnis gegeben hat, bestimmte Erbkrankheiten, die bislang einer Therapie nicht zugänglich waren, durch gezielte Manipulation an der genetischen Information von Zellen zu behandeln, wird selbst von Experten als Eingriff in die Würde des Menschen angesehen.

Mit den vielfältigen Möglichkeiten der modernen Gentechnologie und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft befaßten sich jetzt Experten auf einer Fachtagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Karlsruhe. Thema: Gentechnologie und Biotechnik. Einigkeit bestand darin, daß durch Aufklärung die in der Öffentlichkeit vorhandenen Ängste und Unsicherheiten abgebaut werden müssen. Dies sei, zugegebenermaßen, ein sehr langwieriger, aber notwendiger Prozeß, an dem alle – nicht nur Wissenschaftler – mitzuwirken hätten.

Das Mißtrauen, das die Öffentlichkeit der Gentechnologie entgegenbringt, hat zweifellos seine Wurzeln in einem großen Informationsdefizit.

Freiheit der Forschung muß erhalten bleiben

Können nicht doch eines Tages – trotz aller anderslautenden Beteuerungen der beteiligten Forscher – einmal Bakterien die Sicherheitsbarrieren der Laboratorien durchbrechen, sich unkontrolliert vermehren und sich mit Windeseile über unseren Planeten ausbreiten? Welche Konsequenzen zeigen genetische Manipulationen im Tier- und Pflanzenreich? Kühe, die mehr Milch geben, und Nutzpflanzen, die höhere Ernteerträge liefern, können vielleicht eines Tages die Nahrungsprobleme in der Dritten Welt lösen.

Vom Politiker, der nur selten etwas mehr von der komplizierten Materie versteht und der auch die Tragweite der modernen Entwicklung nicht übersehen kann, fordert man hingegen Gesetze zum Schutz vor den möglichen Gefahren der Gentechnik. Ist der Politiker dabei nicht überfordert? Kann er überhaupt den Überblick haben, der für das politische Handeln praktisch unentbehrlich ist?

Weit entfernt von Mendelschen Gesetzen

Für Professor Knud Caesar vom Institut für Nutzpflanzenforschung, Acker- und Pflanzenbau der TU Berlin besteht kein Zweifel: Staat und Politik sind aufgerufen, Grenzen festzulegen, die einerseits den Fortschritt nicht behindern, aber andererseits die Gefahren, die aus dem Tun der Forscher erwachsen könnten, einzudämmen. Auch wenn im gleichen Atemzug verlangt wird, die Freiheit der Forschung nicht einzuschränken, wird man ernsthaft über diese Forderung diskutieren müssen.

Die Vorträge und Diskussionen konnten kein Patentrezept liefern, wie wir morgen mit den Möglichkeiten der Gentechnologie und der Biotechnik leben können. Doch wurde überaus deutlich, wie kompliziert die Sachverhalte sind. Ganz entscheidend ist, daß man – und damit sind im Prinzip alle angesprochen – über die Probleme vorurteilsfrei und offen miteinander redet. So gesehen, ist diese interdisziplinäre Tagung durchaus als Erfolg zu werten, auch wenn sich Wissenschaftler, Politiker, Philosophen und Theologen nicht immer der gleichen Sprache bedienten.

Die moderne molekularbiologische Genforschung hat kaum noch etwas mit den Mendelschen Gesetzen gemeinsam. Genmanipulation darf aber auch nicht mit der künstlichen Befruchtung oder mit dem Problemreis „Retortenbaby" verwechselt werden. Daß gewisse Berührungspunkte bestehen, ändert prinzipiell nichts an der Tatsache, daß es sich bei der Genforschung um einen sehr differenzierten, für die Zukunft bedeutungsvollen Wissenschaftsbereich handelt.

BERND STEFAN

Vorwürfe gegen Kirche und politische Führung

DW. Thorn

Der Prozeß um den Mord an dem oppositionellen polnischen Priester Jerzy Popieluszko in Thorn erhielt am Mittwoch durch erbitterte Vorwürfe des Hauptangeklagten Grzegorz Piotrowski einen stark politischen Akzent. Die Verhandlung wirkte durch seine Äußerungen zeitweise wie ein Tribunal gegen die katholische Kirche Polens, gegen den ermordeten Geistlichen und gegen die angebliche Duldsamkeit der politischen Führung des Staates. Mit erregter Stimme begründete Piotrowski, der degradierte Hauptmann im Innenministerium, seine Handlungsweise mit einer Verbitterung über die Untätigkeit der Führung gegenüber Rechtswidrigkeiten der Kirche und Popieluszkos.

So sei kurz vor seiner Verhaftung beschlossen worden, daß der Vikar Zych, der in einen Mord an einen Polizisten verwickelt sei, auf Intervention der Kirche aus dem Gefängnis in ein Kloster gehen durfte. Piotrowski sagte weiter: „Wie kann man ruhig sein, wenn man Informationen über die Zusammenarbeit eines Bischofs mit der Gestapo hat und mit dieser Information nicht durchkommt?" (Angeblich soll es sich um Bischof Tokarczuk in Przemysl handeln.) „Wie kann man ruhig sein, wenn man weiß, daß sich die 80 Millionen Zloty (Geld der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität"), um die es in dem Prozeß in Breslau geht, in der Kurie von Bischof Gulbinowicz befanden und dieser einen auslachte, wenn man zu ihm ging, um das Geld zu holen?" fragte der Angeklagte.

Mit der gleichen dramatischen Fragestellung, wie man dabei ruhig sein könne, zählte der Hauptangeklagte auf, daß ein Bischof die polnischen Polizei-Sondereinheiten (ZOMO) mit der Gestapo verglichen habe, daß der katholischen Kirche ein Steuererlaß bewilligt wurde, obwohl diese im letzten Quartal 480 000 Dollar vom Hilfsfonds für die Ostkirchen erhalten habe, und daß die Kirche Zoll-Freiheit für „Luxus"-Autos in Höhe von 30 Millionen Zloty (750 000 Mark) bekommen habe. Auch angesichts der Erziehung zum „Haß gegen den Staat" in bestreikten Schulen, in den katholischen Freizeitgruppen „Oasen" und bei der akademischen Seelsorge könne man nicht ruhig sein, sagte Piotrowski.

„Das hätte unser Primas Wyszynski nicht getan"

Die Kritik an Kardinal Glemp ist grundsätzlicher Natur

RUDOLF CANNE, Warschau

Seit dem Mord an dem Warschauer Arbeiterkaplan Jerzy Popieluszko will die Kritik von Priestern und katholischen Laien an der Führungsrolle des polnischen Primas Jozef Kardinal Glemp nicht enden. Ihm wird vorgeworfen, dem kommunistischen Regime in einer Art und Weise entgegenzukommen, „wie dies unser Primas Wyszynski nicht getan hätte". Während Hunderttausende Polen in den Oktobertagen unmittelbar nach der Entführung Popieluszkos in den Kirchen für seine Rettung beteten, habe Kardinal Glemp eine „private Pastoralreise" nach Ost-Berlin angetreten und sich sechs Tage lang geweigert, die Entführung auch nur zu kommentieren. Und dann habe er endgültig verboten, den Obduktionsbefund zu veröffentlichen, den der kirchliche Vertrauensarzt von der Leiche Popieluszkos erstellt hatte und der im Vergleich zur Regierungsversion sehr viel brutalere Folterungen des Geistlichen befürchten läßt.

Diese harte Kritik, die auch nach den Worten Glemps während des Thorner Prozesses nicht verstummt ist, kommt vor allem aus den Reihen derjenigen Geistlichen, die sich nicht scheuen, das politische und soziale Unrecht in Polen offen anzuprangern und die deshalb bei den Gläubigen hohen Rückhalt und sogar Verehrung erfahren. Henryk Jankowski, als Pfarrherr der Sankt Brigitten Kirche im Danziger Werftbezirk zugleich Beichtvater und Freund Lech Walesas, gehört zu diesen Priestern ebenso wie der Jesuitenpater Mieczkowski aus Lodz, Ignacy Tokarczuk, Bischof von Przemysl und der Breslauer Erzbischof Henryk Gulbinowicz. Das sind die prominenteren Namen.

Die Seelsorger werfen dem polnischen Primas fehlendes diplomatisches Fingerspitzengefühl und politisches Ungeschick im Umgang mit den kommunistischen Machthabern vor. Daß der Primas aus nationaler politischer Verantwortung sich dem Regime nicht völlig verschließen darf, versteht jeder. „Aber warum kommt er ständig ohne Zwang der Militärregierung entgegen, statt General Jaruzelski als Bittsteller warten zu lassen?" fragt einer von ihnen.

Viele besorgte Priester vermissen Rückhalt und Unterstützung angesichts ständig zunehmender Attaken der staatlichen Medien und der Justiz gegen ihre seelsorgerische Arbeit. Statt dessen hatte Kardinal Glemp Prälat Jankowski und Kaplan Popieluszko noch im letzten Januar zur „Mäßigung" ermahnt.

Prälat Henryk Jankowski, der zu den vom Regime „bestgehaßten" Seelsorgern zählt und wohl nur durch seine Bekanntheit im Westen bisher einer „Entführung" durch den Geheimdienst entgangen ist, fühlt sich in seiner Arbeit zwar stets durch Papst Johannes Paul II. bestärkt, doch „Hilfe oder Verteidigung durch den Primas in Warschau habe ich nicht erhalten. Auch nicht, als der Militärstaatsanwalt mich im letzten Frühjahr wegen ‚Mißbrauch der Religionsfreiheit' angeklagt hatte", beklagt er sich.

Am 24. November 1984 wies der polnische Primas unter dem Aktenzeichen 2728/84/P alle Pfarrherren der Warschauer Kirchen an, daß „Pfarrer Stanislaw Malkowski in den Kirchen der Erzdiözese Warschau nicht mehr Gottes Wort verkünden" dürfe. Ausgenommen davon sei nur Malkowskis Kirche im Warschauer Stadtteil Wolka Weglowa. Grund für dieses Predigtverbot an allen anderen Kirchen, das die Wochenzeitung der Untergrund-„Solidarität", „Tygodnik Wojenny", einen „purpurnen Knebel" nannte, seien „Klagen und sogar Entrüstung von Gläubigen", wonach Malkowski ungeachtet mehrerer Abmahnungen weiterhin zu „weltliche" Predigten halte, die „weder Gottes Wort verkünden, noch mit echtem Patriotismus zu tun haben". Der vom Primas nicht offen zugegebene Vorwurf von „zu politischen Predigten", die Regierungssprecher Jerzy Urban zuvor laut angeklagt hatte, trifft einen alten Freund Popieluszkos, der mit seinen symbolreichen Predigten bei den Gläubigen beliebt ist und der Popieluszkos „Messen für die Heimat" in der Stanislaw-Kostka-Kirche fortzuführen begonnen hatte.

Die Frage, warum er sich mit seinen Predigten auf „Politik" einlasse, hatte Malkowski in einer Predigt wenige Tage zuvor beantwortet: „Ein guter Hirte hat die Verpflichtung, seine Schafe vor den Wölfen zu verteidigen. Wer jedoch den ‚guten Absichten' der Wölfe vertraut und seine Herde in falsche Sicherheit wiegt, der ist ein schlechter Hirte."

Ämtertausch ohne „Verlierer"

Regan ist jetzt Stabschef im Weißen Haus / Baker übernimmt das Finanzministerium

FRITZ WIRTH, Washington

Es ist immer noch Wanderzeit in der Reagan-Administration. Nachdem in den letzten Wochen Innenminister Clark, Erziehungsminister Bell, Umweltminister Ruckelshaus und der stellvertretende Stabschef im Weißen Haus und enge Vertraute Michael Deaver ihren Hut genommen hatten, überraschte Präsident Reagan jetzt die Öffentlichkeit mit einem Ämter-Tausch zwei seiner wichtigsten Mitarbeiter. Sein bisheriger Stabschef James Baker übernimmt künftig das Finanz- und Wirtschaftsressort. Der bisherige Finanzminister Donald Regan zieht als Baker-Nachfolger ins Weiße Haus ein.

Noch mehr als der Tausch selbst hat die Art überrascht, in der er zustande kam; denn es sieht so aus, als sei Präsident Reagan selbst einer der letzten gewesen, der davon erfahren hat. Es gab in den letzen Wochen vor Weihnachten einige kaum verschlüsselte öffentliche Hinweise Bakers, daß er im zwar einflußreichen, aber höchst aufreibenden Job des Stabschefs amtsmüde geworden sei und eine neue Tätigkeit in der Administration anstrebe.

Finanzminister Regan las davon in der Zeitung und entwickelte die Idee eines Ämter-Tauschs. Voraussetzung sei jedoch, so betonte Regan, daß Bakers Stellverteter Deaver dabei nicht übergangen werde. Wenn Deaver Bakers Amt wolle, werde er, Regan, die Sache nicht weiter verfolgen.

Der Wechsel überraschte selbst Eingeweihte

Deaver hatte jedoch schon lange wissen lassen, daß er wieder Privatmann werden wolle. Er kündigte denn auch vor einer Woche an, daß er aus der Reagan-Administration ausscheiden werde.

Finanzminister Regan und Deavers Vorgesetzter Baker kamen überein, daß Deaver dem Präsidenten ihren beabsichtigten Ämtertausch vortragen solle. Das geschah am Montag. Reagan erbat Zeit, die „Sache zu überschlafen", und erklärte sich 24 Stunden später damit einverstanden. „Ich habe Verständnis für ihren Wunsch, denn beide haben in ihren gegenwärtigen Ämtern vier schwere Jahre hinter sich", erklärte der Präsident.

Dennoch hat dieser Wechsel selbst Eingeweihte überrascht. Der Stabschef des Weißen Hauses ist nach dem Präsidenten der wichtigste, einflußreichste und mächtigste Mann in der Administration. Er ist der engste Ratgeber des Präsidenten und bestimmt maßgeblich die Richtung seiner Politik, besonders im innenpolitischen Bereich mit. Die Bedeutung dieses Amtes ist unter Präsident Reagan noch weiter gestiegen, da er ein Mann ist, der mehr als seine Vorgänger dazu neigt, Arbeit zu delegieren.

Nachdem der enge Reagan-Vertraute Michael Deaver, den Reagan als unersetzbar bezeichnete, seinen Abschied angekündigt hatte und der bisherige Reagan-Berater Edwin Meese in naher Zukunft aus dem Weißen Haus ausscheiden wird, um das Amt des „Attorney General" zu übernehmen, deutete alles darauf hin, daß die Macht und der Einflußbereich Bakers noch weiter ansteigen würden.

Genau diese Konstellation aber hatte Baker wachsender Kritik des konservativen Flügels der Republikaner ausgesetzt. Der Präsident hatte in den letzen Wochen nicht nur seine ihm loyal dienende „kalifornische Troika" verloren, es schieden mit Meese und Clark zugleich auch zwei der wichtigsten und letzten konservativen Stützpfeiler aus seiner direkten Umgebung aus.

Der Gedanke, daß James Baker nun allein die Szene um den Präsidenten beherrschen sollte, bereitete in diesen konservativen Kreisen Unbehagen. Baker galt in ihren Augen als ein Pragmatiker, der dazu neigt, Reagans Politik zu verwässern.

Sie erinnerten sich ferner daran, daß der Texaner Baker in den letzten acht Jahren bei Präsidentschaftswahlen sich zweimal in direkter Opposition zu Reagan befunden hatte. Baker hatte 1976 die Kandidatur Gerald Fords gegen Reagan unterstützt und leitete im Jahre 1980 die Kampagne von George Bush für die Präsidentschaftsnominierung der Republikanischen Partei gegen Reagan. Er wechselte nach der Nominierung Reagans dann jedoch in dessen Lager über.

Der konservative Flügel war deshalb über den Abgang Bakers aus dem Weißen Haus nicht unglücklich, obwohl Donald Regan als dessen Nachfolger kaum ihr Traumkandidat ist. Regan ist ideologisch nicht festlegbar. Seine Stärke ist eher das administrative Management, was ihn fürs neue Amt durchaus geeignet macht. Seine Loyalität zum Präsidenten und dessen Politik stand niemals in Zweifel. Gemäßigte Republikaner wie der neue Mehrheitsführer im Senat, Robert Dole, sprachen von einem „Wechsel ohne Verlierer".

Es ist kaum anzunehmen, daß sich der politische Kurs der Reagan-Administration durch diesen Ämtertausch spürbar verändern wird. Allerdings ist zu vermuten, daß die von Regan initiierte Steuerreform plötzlich wieder bessere Chancen hat, verwirklicht zu werden. Regan besitzt in seiner neuen Position mehr Hebel, um sie in die Tat umzusetzen. Er erhielt von Reagan außerdem die Zusage, weiterhin Kabinettsmitglied zu bleiben, was für einen Stabschef des Weißen Hauses nicht selbstverständlich ist.

Mehr Rückendeckung für George Shultz

Regan ist damit nun zur Schlüsselfigur der Administration geworden. Zu seinen engsten Freunden im Kabinett gehört Außenminister George Shultz, dessen Position mit dieser Rückendeckung im Weißen Haus noch stärker geworden ist.

Angesichts dieser fast hektischen Bewegung innerhalb der Spitzenpositionen der Administration stellt sich dringender als je zuvor die Frage nach der künftigen Rolle der bisherigen UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick. Sie hatte Präsident Reagan vor 14 Tagen wissen lassen, daß sie sich wieder ins Privatleben zurückziehen wolle, nachdem Reagan ihr mitgeteilt hatte, daß er für sie keinen adäquaten Spitzenplatz frei habe. Frau Kirkpatrick wäre jedoch mit hoher Sicherheit mit dem Angebot, die Rolle Bakers im Weißen Haus zu übernehmen, für weitere vier Jahre für ein Verbleiben in der Administration zu ködern gewesen.

Der konservative Flügel der Republikaner hält Jeane Kirkpatrick, die nach wie vor der Demokratischen Partei angehört, für einen der letzten konservativen Stützpfeiler in der Administration und hat in den letzten Tagen den Druck auf Reagan verstärkt, eine Schlüsselposition für sie zu finden. Reagan hat ein weiteres Gespräch mit Jeane Kirkpatrick arrangiert. Es soll nach seiner Vereidigung am 21. Januar stattfinden.

Jetzt ziehen die Sandinisten die Zügel wieder an

WERNER THOMAS, Miami

Heute läßt sich der bisherige Junta-Chef Daniel Ortega während einer feierlichen Veranstaltung zum ersten Präsidenten des sandinistischen Nicaragua vereidigen. Obgleich dieses Ereignis einen neuen Abschnitt der revolutionären Herrschaft markierten soll, bleibt alles beim alten.

Ortega will einige Ministerien umbesetzen, nicht die Schlüsselressorts. Sein Bruder Humberto erhält das Verteidigungsministerium. Tomas Borge wird weiterhin an der Spitze des Innenministeriums stehen, zu dem der Polizei- und Sicherheitsapparat zählen. Wheelock kümmert sich weiter um die Landwirtschaft. Carlos Nunez, bislang Vorsitzender des Staatsrates, wird Präsident der Nationalversammlung.

Die Ortegas, Borge, Wheelock und Nunez gehören dem sandinistischen Politbüro „Direccion Nacional" an, dem wichtigsten Entscheidungsgremium, das neun Mitglieder umfaßt. Die Mehrheitsverhältnisse sind von den Wahlen nicht beeinflußt worden: Nach wie vor kann die pragmatischer eingeschätzte Ortega-Fraktion die Dogmatiker um Tomas Borge überstimmen. Alle Vertreter der „Direccion Nacional" verfolgen jedoch das gleiche Ziel: Nicaragua soll marxistisch werden.

Ein lateinamerikanischer Diplomat in Managua erwartet, daß die Sandinisten nach einer kurzen politischen Liberalisierungsphase die Zügel jetzt wieder straffen. Die „Prensa", das einzige Sprachrohr der Opposition, wird schärfer denn je zensiert. Oppositionspolitiker werden an der Ausreise gehindert. Die Hoffnungen des Indianerführers Brooklyn Rivera auf eine Autonomie für die Indio-Bevölkerung der Atlantik-Küste haben sich zerschlagen.

In der Umgebung des Erzbischofs Miguel Obando y Bravo werden die Aussichten für einen erfolgreichen Abschluß des neuen Dialogs zwischen der Kirche und den Sandinisten skeptisch beurteilt.

In der Nationalversammlung (96 Sitze) haben die Sandinisten (61 Abgeordnete) die absolute Kontrolle über alle parlamentarischen Initiativen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Nationalversammlung ist die Formulierung einer neuen Verfassung, die höchstwahrscheinlich den Weg zum Sozialismus weisen wird.

(SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nachdenkliches

„Wie endgültig ist die Oder-Neiße-Linie?": WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Bernt Conrads hervorragender Dokumentarbericht über die Oder-Neiße-Linie rief mir die Anfänge dieser Diskussion ins Gedächtnis, insbesondere einen Aufsatz hierzu, den Hubertus Prinz zu Löwenstein bereits während des Krieges, im Mai 1944, in der führenden amerikanischen Zeitschrift „Catholic World" veröffentlichte. Er ist von hohem, nicht nur historischem Interesse, und ich könnte mir denken, daß er für Sie und vielleicht für einen größeren Leserkreis unter mehreren Aspekten lesenswert sein könnte.

Da ist einmal der Rückgriff auf die deutsch-polnische Grenzfrage noch vor Hitler, u. a. Stresemanns Haltung gegenüber einem „Ost-Locarno".

Da ist der Aufsatz als Dokumentation für den Kampf gegen eine Oder-Neiße-Linie, den Löwenstein und einige wenige andere Emigranten, etwa Friedrich Stampfer, der frühere Chefredakteur des „Vorwärts", von Anfang an in aller Öffentlichkeit gegen solche totalitären Annexionen und Vertreibungen, sei es durch Hitler, sei es durch Stalin, geführt haben. In einem anderen seiner Artikel – er erschien am 15. April 1944 in der liberalen, wir würden sagen sozialdemokratischen Zeitschrift „New Leader" in New York – erklärte Prinz Löwenstein geradezu prophetisch, sollte sich bei den Verhandlungen über den kommenden Frieden eine so undemokratische und morallose Politik, wie Stalin sie forderte, durchsetzen, so würde der Sieg der Demokratien nur ein kurzer Waffenstillstand sein.

„The Third World War, of which already there is so much talk, would be bound to ensue from ist – not because Germany, broken and devastated, is so insatiably warlike, but because, across the Elbe River, the two rival und competing groups of Powers will be predestined to fight for ultimate mastery. However, this too would prove mutual suicide, dragging to the garve the last vestiges of a civilization."

Da ist ferner der Gedanke, daß die deutsch-polnische Grenze niemals durch Gewalt, sondern nur durch die Verständigung zwischen frei gewählten Regierungen in Deutschland und Polen wird gestaltet werden können.

Von grundlegender Bedeutung schließlich ist, damals wie heute, die Überzeugung des Aufsatzes, daß ein dauerhafter Friede eben nur auf das Recht und die Freiheit gegründet werden kann. Damals hat man, obwohl es für die Zukunft unbestreitbar besser gewesen wäre, auf die Stimme der Emigranten, die diesen Standpunkt vertraten, nicht gehört. Heute könnte man etwa führende Männer der russischen Emigration dazu befragen. Ich weiß, daß etwa Wladimir Maximow und, wie er mir sagte, Alexander Solschenizyn mit ihm, der Meinung sind, Rußland sei krank, weil es sich gewaltsam so viele Völker und Gebiete einverleibt habe, die ihm nicht zustehen und die es freigeben müsse.

Beunruhigend, deutlicher gesagt, erschreckend ist die Tatsache, daß seinerzeit, als die Machtverhältnisse entsprechend zu sein schienen, so viele in Deutschland bereit waren, weite Gebiete, auf die wir kein Recht haben, Deutschland zuzuschlagen, und daß heute wiederum eine viel zu große Minderheit bereit zu sein scheint, weite Teile Deutschlands, auf die wir moralisch und juristisch ein klares Recht haben, preiszugeben – nur weil wiederum ein totalitäres Regime große Macht hat und das Recht verachtet.

Das eine ist so charakterlos und gefährlich wie das andere, und es ist kein Wunder, daß andere Nationen eine so opportunistische Haltung erschreckend und gefährlich finden. Daß der gegenseitige Gewaltverzicht unumstößlich sein muß, ist selbstverständlich – wir müssen es, was uns betrifft, mit allem Nachdruck und immer wieder bekräftigen. Was aber darüber hinausgeht, ein Verzicht auf das Recht als solches also, würde uns unglaubwürdig machen, selbst bei den Polen, und keine Achtung bringen.

Dr. V. Zühlsdorff,
Bonn 2

*

„Ostpolitik: Genscher wehrt sich gegen das böse Wort von Verzicht und Verzichtlern": WELT vom 31. Dezember

Schon in wenigen Jahrzehnten wird man in ganz Deutschland den Kopf schütteln über einen kleinmütigen einstigen westdeutschen Außenminister,

... der nicht mehr an den großen Macht- und Interessenwechsel in der Geschichte und die sich daraus als unumgänglich erweisende gemeinsame Zukunft aller Deutschen in einem Staat und in den Grenzen ihrer historischen Siedlungsgebiete glauben wollte und der – als wäre er der polnische Außenminister – sogar die völkerrechtswidrigen Bestrebungen polnischer Revisionisten und Chauvinisten, ostdeutsches Staatsgebiet zu annektieren, eifrig und pflichtwidrig unterstützte.

... der jene verfassungstreuen Schlesier rügte, die ihn in Deutschlands tiefer Erniedrigung mit ihrem der Wahrheit entsprechenden Motto für ihr Bundestreffen nur an seine Pflicht erinnerten, nicht – Arm in Arm mit den östlichen Annexionisten – zu unserem Schaden nachträglich etwas in die Ostverträge hineinzudeuten, was nicht in ihnen enthalten ist.

... der uns im Orwell-Jahr 1984 wie der „Große Bruder" einreden wollte, daß Verzicht Erfolg bedeute und daß „Verzichtler" Erfolgspolitiker seien, obwohl der „böse" Wehner in seinen besten Jahren uns eintrichterte, daß Verzichtler „Strolche" seien.

... der die „Solidarität" der Polen bewunderte, sie aber seinen von den Polen vertriebenen ostdeutschen Landsleuten verweigerte.

... der als gescheiterter Vorsitzender einer seit Jahren nur noch durch Leihstimmen existierenden und ständig vom politischen Kollaps bedrohten Partei zuviel über sein politisches Überleben nachdachte und in seiner weltweiten hektischen fliegenden politischen Geschaftlhuberei so sehr dem nihilistischen und völkerrechtsfeindlichen Tagesmief der 80er Jahre verfallen war, daß er die sich für die Jahrtausendwende zugunsten Deutschlands bereits andeutende neue politische Weltkonstellation gar nicht mehr sah.

H. Darsow,
Itzehoe

Deutschlandfunk

„Der Bund schaltet sich in die Medienpolitik ein": WELT vom 31. Dezember

Es wäre gut gewesen, wenn Staatssekretär Prof. Schreckenberger vom Bundeskanzleramt beim Gespräch mit der WELT („Der Bund schaltet sich in die Medienpolitik ein", Ausgabe Nr. 305 vom 31. 12. 84) einen Blick in das „Gesetz über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts" geworfen hätte. Da hätte er nichts gelesen darüber, „daß sich der Deutschlandfunk ... entsprechend seinem Auftrag in erster Linie an die Menschen in Mitteldeutschland richten soll". Im Gesetz heißt es vielmehr in Paragraph 5 unzweideutig: „Zur Veranstaltung von Rundfunksendungen für Deutschland und das europäische Ausland wird eine ... Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen Deutschlandfunk errichtet."

Deutschland – das meint die Bundesrepublik mit ihren 61 Millionen Einwohnern genauso wie die DDR mit ihren 17 Millionen, nicht mehr, aber auch nicht weniger, und zum europäischen Ausland gehört das verbündete Italien genauso wie Polen. Und wenn Prof. Schreckenberger sich das Programmschema des Deutschlandfunks über eine beliebige Woche hätte erläutern lassen – sein Amt ist ja im Rundfunkrat des Deutschlandfunks durch einen sehr kundigen Beamten vertreten –, dann hätte er rasch lernen können, in welch vielfältiger Weise sich der Deutschlandfunk von einer x-beliebigen Landesrundfunkanstalt unterscheidet, im deutschen Programm; vom Europa-Programm gar nicht zu reden! Die DDR jedenfalls sieht es so:

Das Programm des Deutschlandfunks sei „auf die fortgesetzte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und eine imperialistische Wiedervereinigung Deutschlands gerichtet" – O-Ton „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft" in Ost-Berlin –; der volle Text liegt im Bundeskanzleramt seit Juli 1984 vor ...

Wer Hörerverluste beklagt, der muß auch bereit sein, für Abhilfe zu sorgen, indem er beispielsweise tatkräftig dazu beiträgt, daß der Deutschlandfunk so rasch wie möglich die ihm zugedachten UKW-Frequenzen auf Sendern nahe der Zonengrenze nutzen kann. Sender, die nun allerdings überwiegend in unionsregierten Ländern errichtet werden sollen. Wie schön wäre es, wenn Prof. Schreckenberger sich in diesem Sinne beispielsweise bei den Ministerpräsidenten Barschel und Albrecht für die Interessen des Deutschlandfunks einsetzen würde; auch der Bundespostminister wie das Bundesinnenministerium können da eine Menge tun. Aber natürlich – es wäre Prof. Schreckenberger und seinen Parteifreunden ganz gewiß lieber, der Deutschlandfunk würde seinen kritischen Blick von der Bundesregierung weg ganz und gar auf die Herren in Ost-Berlin richten. Mit dem gesetzlichen Auftrag freilich hätte das nichts mehr zu tun!

Paul O. Vogel,
Mitglied im Rundfunkrat des Deutschlandfunks,
Hamburg 1

Wort des Tages

„Was hat die Politik, die Wirtschaft, die bloße Partei den Abendländern zu lehren, sofern sie nicht das humanistische oder das christliche Ideal als treibende Kraft jeweils in sich birgt?"

Stefan Andres; deutscher Schriftsteller (1906–1970)

Personalien

GEBURTSTAG

Blechtrommler **Grass** hat einmal von **Erwin Wickert**, dem Poeten und langjährigen Diplomaten im Auswärtigen Amt, gesagt, hier handele es sich „um einen straffen Herrn, der es verstehe, seine Leidenschaften in Reih und Glied antreten zu lassen". Grass korrigierend, in seiner Laudatio zum 70. Geburtstag von Erwin Wickert, fand dagegen Literaturkritiker **Marcel Reich-Ranicki**, bei Wickert handele es sich doch wohl eher um einen Mann, der auf gut preußische Weise gelernt habe, Gefühle und Leidenschaften zu verbergen, Haltung zu bewahren. Wie unterschiedlich die Eindrücke: Der Diplomat Wickert hinterließ beachtliche Spuren im Auswärtigen Amt, so als Botschafter in Rumänien und in Peking. Und wie er nun selbst gesteht, ist er glücklich, daß der öffentliche Dienst, das Auswärtige Amt, keinen Anstoß an seiner umfangreichen literarischen Tätigkeit nahm.

Erwin Wickert wurde in der baden-württembergischen Landesvertretung gefeiert: Eingeladen zum Geburtstagsempfang hatte die Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, die getreulich Wickerts Werke in ihr Verlagsprogramm aufnahm. Zur Gratulation kamen die beiden früheren Bundespräsidenten **Karl Carstens** und **Walter Scheel**, der ehemalige Außenminister **Gerhard Schröder**, die einstigen Staatssekretäre in Bonn **Rolf Lahr**, **Berndt von Staden** und **Hans Neusel**, AA-Staatssekretär **Andreas Meyer-Landrut**, Bonns Regierungssprecher und ehemaliger AA-Sprecher **Jürgen Sudhoff**, Kanzleramtsminister Dr. **Friedrich Vogel** und viele frühere Botschafterkollegen. Zu ihnen zählten **Günter Diehl** und **Franz Krapf**, auf dessen Initiative hin Wickert 1955 zum zweiten Mal in den Auswärtigen Dienst eintrat, kurz nachdem, so erinnert sich Krapf, Wickert von einem indischen Guru geweissagt worden war, in seinem Leben werde sich eine entscheidende Wende vollziehen.

EHRUNGEN

Mit der Bronzemedaille des Europäischen Verdienstordens der „Fondation du Mérite Européen", Sitz Luxemburg, ist **Carl Doehring**, der Vorsitzende der „Europäischen Vereinigung für Eigentumsbildung" ausgezeichnet worden. Die Ordensverleihung fand auf Initiative von Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** und **Gaston Thorn**, dem bisherigen Präsidenten der EG-Kommission, statt. Die Gesellschaft wurde 1960 zum Andenken an den verstorbenen Bundesschatzminister Dr. **Hermann Lindrath** gegründet. Sie bemüht sich seitdem um die Förderung der Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand. Die Devise der Fondation du Mérite Europeen, die den Orden seit 1970 verlieht, heißt: „Europa wollen, seine Probleme kennen und zu dessen Verwirklichung beitragen".

*

Zum 22. Todestag des FDP-Politikers **Wolfgang Döring** (17. Januar) sind die Vorstände der Döring-Stiftung und des FDP Landesverbandes Nordrhein-Westfalen übereingekommen, das gemeinsame Domizil ihrer Geschäftsstelle in der Düsseldorfer Sternstraße in „Wolfgang-Döring-Haus" zu benennen. Gleichzeitig wird der langjährige Geschäftsführer der Stiftung, **Karl-Heinz Schnücke**, in den Ruhestand verabschiedet und sein Nachfolger, **Klaus Reimer**, in sein Amt eingeführt.

AUSZEICHNUNGEN

Der geschäftsführende Gesellschafter der größten deutschen Fahrradfabrik, der Otto Kynast GmbH & Co KG in Quakenbrück, **Werner Kynast**, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

*

Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, **Günter Braun**, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden.

Monsignore **Alfred Berchtold**, von 1948 bis 1978 Leiter des Sozialinstituts der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Süddeutschlands, ist im Alter von 81 Jahren in Bad Reichenhall gestorben. Berchtold war seit Anfang der 30er Jahre in der katholischen Arbeiterbewegung tätig. Insgesamt sieben Jahre mußte er in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald verbringen. Nach 1945 trug er entscheidend zum Wiederaufbau der katholisch-sozialen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland bei. 1952 gehörte Berchtold zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB). Bis Anfang der 80er Jahre arbeitete er im Vorstand der AKSB mit.



VERANSTALTUNG

Gäste aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland und den USA trafen sich zu einem Jagdessen auf Schloß Gymnich. Gastgeber war Schloßbesitzer **Jörg Baron von Holzschuher**.

Unter den Jagdgästen waren der frühere Bundespräsident **Walter Scheel**, Italiens Botschafter **Luigi Ferraris**, der Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium **Noel C. Koch**, der amerikanische Heeresattaché **Bernhard McDaniel**, der deutsche Industrielle **Wendelin von Boch**, Inhaber von Villeroy und Boch, der frühere deutsche Büro-Unternehmer **Anton Graf von Faber-Castell**, **Friedrich Christian Flick** und der Chef des Hauses Schaumburg-Lippe, **Fürst Philipp**. Jagdkönig bei einer vorhergegangenen Jagd wurde **Friedrich Wilhelm Fürst zur Wied**.

Von links: die Österreicherin **Cäcilia Gräfin von Goess-Saurau** und der Chef des Hauses Thurn und Taxis, **Johann Fürst von Thurn und Taxis**.

FOTO: EVI KEIL

„Krieg der Bomber“ – Dokumentation über die Zerstörung deutscher Städte

Bilder von zeitlosem Schrecken

Flammensäulen schießen hoch auf, Menschen taumeln an den Rändern des Infernos in einer Luft, die keinen Sauerstoff zum Atmen hergibt. Ein Verzweifelter umklammert einen kleinen Sandeimer: seine Familie liegt unter Trümmern begraben.

Die Bilder zeitlosen Schreckens vom Feuersturm auf Köln in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 1942 sind eingegangen in die Geschichte. Sie entstammen den Archiven in beiden Teilen Deutschlands, in England und den USA. 150 000 Meter Film-Material wurden gesichert. Kameraleute haben sich dem Nazi-Verbot, Niederlage und Zerstörung zu dokumentieren, widersetzt, um ein Stück Zeitgeschichte festzuhalten, das künftigen Generationen als Abschreckung dienen könnte.

Dem Autor Jochen von Lang ist es gelungen, mittelbar und unmittelbar Beteiligte und Überlebende zur Herausgabe von Dokumenten und zum Bericht über persönliche Erlebnisse zu bewegen. Andere Zeugen, wie der umstrittene Sir Arthur Harris, unversöhnlicher Nazigegner und als Chef des britischen Bomberkommandos zur Ausrottung der deutschen Zivilbevölkerung entschlossen, lebten streng abgeschirmt. Er ist 91 Jahre geworden; kurz nach seinem letzten Interview mit den Fernsehredakteuren ist er gestorben.

Der „Bomber-Harris“ ließ sich nur im Vertrauen auf eine faire und ausgewogene Berichterstattung dazu bewegen, seine Philosophie des „area bombing“, des Flächenangriffs auf den zivilen Feind mit dessen Nachfolge-Generation zu erörtern. „Ist es moralischer, Soldaten zu töten und Trauer und Elend über ihre Familien zu bringen?“ fragt Harris. Und er fügt hinzu: „Alle großen Kriege sind immer Kriege gegen die ganze Nation. Sie sind keine Boxkämpfe einzelner Individuen.“

„Es begann mit einer Lüge“, die erste Folge, schildert den 10. Mai 1940 als einen Unglückstag besonderer Art für Freiburg im Breisgau. Frauen und Kinder mußten sterben, weil die

Krieg der Bomber (1) – ARD, 20.18 Uhr

Bomben, die die deutsche Luftwaffe für Dijon bestimmt hatte, irrtümlicherweise schon über Freiburg ausgeklinkt wurden. Der verantwortliche Leutnant Paul Seidel nahm das Geheimnis dieses schrecklichen Irrtums mit ins Grab.

Eilig frisierte die Goebbels'sche Propagandamaschine den unglückseligen Bombenanschlag als „terroristischen Angriff der Alliierten“ und benutzte ihn zum Anlaß, den „Gegenschlag“ auf die Zivilbevölkerung Londons zu rechtfertigen. Aber auch dort läuft die patriotische Stimmungsmaschine u. a. mit Chorkonzerten, von denen der britische Kommentar schwärmt: „Leute, die so singen, werden nicht besiegt!“

Hitlers Rußlandfeldzug gibt den Engländern Zeit, die Vergeltung vorzubereiten. Die Bilder der Verheerung gleichen sich nach „siegreich“ durchgeführten Operationen in Coventry und Manchester, in London, in Lübeck und Köln, das im Würfelspiel um sein Überleben noch vor Hamburg dran glauben mußte, „weil Hamburg im Nebel lag“ und die Radartechnik noch in den Kinderschuhen steckte.

Nicht nur das Buchkonzept des Buch- und Fernsehautors Jochen von Lang ist um eine subtil ausgewogene Darstellung des heiklen Themas vom Bombenkrieg bemüht. Auch die Umsetzung durch Berichte von Augenzeugen, ergänzt mit dokumentarischen Einblendungen, besticht durch die Schlichtheit in Aussage und Präsentation. Verzicht auf gängige Übertreibungen der Besserwisser von heute, die für das Gestern nur den einäugigen „Blick zurück im Zorn“ übrig haben, wirkt wohltuend.

Die Geschichte im Kriegs- und Nachkriegsdeutschland, gespiegelt am Schicksal des eigenen Volkes und dem des damaligen Gegners, ist allemal stark genug, um als Dokument zu wirken. Aufwühlend, fast unerträglich für diejenigen, die solche und ähnliche Bombennächte miterlebt haben, bewegend und zur Diskussion anregend für die Jüngeren.

INGRID ZAHN

KRITIK

Viel Geld für ein paar bunte Blüten

Es ist ein eigen Ding mit der Bonner Kultur: Wer immer sich damit beschäftigt, gerät leicht ins lamentieren. Auch Dietmar N. Schmidt, Theaterkritiker und gescheiterter Kasseler *Schauspieldirektor, kam in seinem* ARD-Beitrag **Kultur in Bonn – Hauptstadt verpflichtet** nicht über ein paar belanglose Absichtserklärungen und pittoreske Momentaufnahmen hinaus.

Gewiß ist es hübsch anzuschauen, wenn Luxemburgs Botschafter Adrien Meisch in der spanischen Residenz seine Klavierkünste vorführt. Oder Bonns Oberbürgermeister prominenten Gästen unablässig die Hände schüttelt. Oder Opernchef Ribér wortreich kundtut, Bonn habe ein anderes Publikum als beispielsweise Karlsruhe.

Die eigentlichen Probleme blieben dabei freilich weitgehend auf der Strecke. Die vielen bisher gescheiterten Konzepte, für die Bundeshauptstadt den rechten Kulturanzug zu schneidern, wurden erst gar nicht erwähnt. Entsprechend blaß blieb die Darstellung möglicher Perspektiven.

Wer Schmidts Sendung ohne Vorkenntnisse sah, mußte zu dem Ergebnis kommen: Mit viel Geld werden Bonn ein paar bunte Blüten aufgepfropft. Das ist nicht ganz unrichtig. Nur muß man dazu sagen, warum das *so ist. Schmidt stolperte durch sein* Thema wie viele Bonn-Reporter das tun: Von Äußerlichkeiten verführt, ohne Detailkenntnis und ohne erkennbaren Willen, sich auf die Identitätsprobleme einzulassen, die dieser Stadt zugemutet werden.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Sonne, Strand und Slibowitz

Die Serie heißt **Der Sonne entgegen** (ARD), und die, die da zur Sonne streben, sind sogenannte Aussteiger, ein gestreßter Ehemann etwa oder ein *überdrüssiger modischer* Maler. Sie haben das brave Leben satt und flüchten an die jugoslawische Adria. Dort zeigt die Regie viel Sonne, viel Strand und noch viel mehr Slibowitz. Die Herren Aussteiger kommen zwar einzeln an, aber sie finden sich sehr bald zusammen und beginnen ihr sonnendurchglühtes und versoffenes freies Leben. Was weiter aus ihnen wird, weiß keiner.

Die erste Folge zeigt nur die Disposition, das heißt: das aus vorklischierten Gründen unerträgliche Leben daheim und das ebenso vorgefertigte freie Leben am Strand Dalmatiens. Hermann Leitner, der Regisseur, hat es gewiß nicht leicht, aus diesem urlaubsreifen Drehbuch ein Stück Leben zu machen. Aber wie auch immer, er schafft es. Man sieht zu, man lacht, man läßt sich vor allem von dem schönen jugoslawischen Küstenort korrumpieren, schließlich ist man einverstanden. Wer hätte das erwartet bei den drögen, auf Humor gequälten Anfangssequenzen.

Man wird abwarten müssen, wie es weitergeht. Man wird es fröhlich tun, das Abwarten. *Dafür sorgen die vielen munteren Episoden der Serie, dafür sorgen die aufgekratzten Darsteller.*

REGINA ROSTOW

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

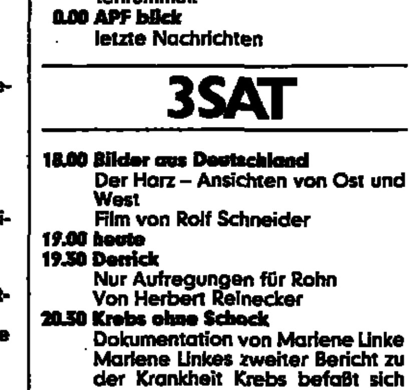
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Julia
Komödie
11.50 Umschau
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Tiere im Alpenzoo
16.55 Kernbeißer
Rettet die Frösche!
Unken und Salamander, Frösche und Kröten finden sich in unseren Gefilden wegen der zunehmenden Umweltzerstörung nur noch selten. Das Kernbeißer-Team spürte deshalb Exemplare der 360 Millionen Jahre alten Amphibien auf und stellt die wechselwarmen Tiere in den Mittelpunkt der heutigen Ausgabe des Jugendmagazins.
17.40 Tele-Lexikon
Arbeitslieder mit Don Paulin
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Krieg der Bomber
Eine zeitgeschichtliche Dokumentation in fünf Teilen
1. Es begann mit einer Lüge
Buch: Jochen von Lang
Dokumentation: Peter Latzel
Regie: Erich Bottlinger
21.15 *Karel, Hits und Karneval*
Aufzeichnung aus der Stadthalle in Fürth
Der Prager Sänger Karel Gott lädt zu einer Show ein, bei der auch Angelika Milster, Felix Holzmann und das Tanztheater Brasil Tropical zu Gast sind.
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Das Mädchen auf der Treppe
Von Martin Gies
Regie: Peter Adam
Mit Götz George, Eberhard Feik, Anja Jaenicke, Günter Lamprecht u. a.
Eines Abends findet Schimanski auf seiner Treppe sitzend das Mädchen Katja, dessen Mutter ermordet wurde. Die Mutter war Geschäftsführerin eines Restaurants, das als Drogenumschlagplatz gilt.
0.35 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 ... doch die Mode bringt's hervor
Zur Kulturgeschichte der Kleidung
Von Manfred Liersch und Jürgen Voigt
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 *Die Höhlenkinder*
2. Teil: Das vergessene Tal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Eine reizende Familie
Die Modebuben
19.00 heute
19.30 Der große Preis
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe „Aktion Sorgenkind“
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Sterbehilfe
Darf der Arzt sich dem Todeswunsch seines Patienten, der den Freitod sucht, beugen? Oder macht der Arzt sich strafbar, wenn er den verantwortlichen Willen eines Menschen, der aus dem Leben scheiden möchte, respektiert? Was hat Vorrang: Das Selbstbestimmungsrecht des Patienten über seinen Körper oder die Pflicht des Arztes, Leben zu erhalten?
21.45 heute-Journal
22.05 Die Kinder des Sieges
oder: Von den Mühen, den Frie-*den zu gewinnen*
Vietnam – zehn Jahre nach dem Krieg
Bericht von Manfred Rohde
22.50 Peter Hofmann Special
Ein Tenor auf Abwegen
Immer nur Wagner – das füllte den Tenor Hofmann auf Dauer nicht aus. Also begab er sich in den Rock-Underground und schmetterte „Yesterday“, „House of the Rising Sun“ und ähnliches. Das Ganze klang dann so, als ob Lohengrin zur elektrischen Gitarre sänge.
0.10 heute



Die Stadt Köln war eines der Angriffsziele im „Krieg der Bomber“ (ARD, 20.18) FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der nackte Kuß
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Constance Towers u. a.
Drehbuch und Regie: Samuel Fuller
21.45 Landschaft mit Denkmal und Leuten
Industriearchitektur im Ruhrgebiet
22.15 Ein Leben für den Tanz
Die Wanderungen der Tatjana Gsowsky
23.00 Subway
0.10 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Der Seehund
19.30 Wo Tiere noch unter sich sind
20.00 Tagesschau
20.15 Atlantic City, USA
Französisch-kanadischer Spielfilm (1980)
Mit Burt Lancaster, Michel Piccoli u. a.
Regie: Louis Malle
21.55 Kultur aktuell
22.45 Promenadenkonzert
Melodien von Johann Strauß
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
19.05 Autoreport
19.20 Immer die verflixten Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Shirley MacLaine u. a.
20.55 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Die Seelen voll in leeren Zeilen ...
22.30 Malu (2)

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Schalltot
Erster Spielfilm des Züricher Regisseurs Fred van der Kooij
Mit Peter Wyssbrod u. a.
20.55 Bildbetrachtung
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Vis-à-vis
Gemeinsames deutsch-französisches Regionalprogramm
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Für die Wirtschaft durch die Wirtschaft
Die private Manager-Hochschule Koblenz
22.30 Landesspiegel
„Der Stadtstreicher“
Farbe in der Architektur
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Requiem für eine Nonne
Drama von William Faulkner
21.00 Rufer in der Wüste
Christliche Dichter im Dritten Reich
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Bumerang
Deutscher Spielfilm (1959)
23.35 Rundschau
23.40 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
(Amerikanische Hitparade)
14.00 *Die Waltons*
Großer Familientag
15.00 Siehste!
Pusteblume
Im Winter
15.30 Musicbox
Aktuelle Videoclips mit Informationen, Klatsch und Tratsch aus der Pop-Szene
16.30 Pernise
Kameradiebe
17.00 Simon Templar
und eine Kiste voll Diamanten
18.00 Fauna Iberica
Iltisse, Teil 2 und Hillbilli Bären
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Kali-Yug (2)
Aufruhr in Indien
Deutsch-ital.-franz. Spielfilm (1963)
Mit Lex Barker, Senta Berger, Klaus Kinski u. a.
Regie: Mario Camerini
Der mutige junge Arzt Dr. Palmer, der um 1880 in Indien für Freiheit und Gerechtigkeit kämpft, ist im Gefängnis gelandet. Er wird von einer Tänzerin befreit, weil die fanatische Kali-Yug-Sekte einen Arzt braucht. Durch sein menschliches Verhalten beweist Dr. Palmer, daß nicht alle Engländer Ungeheuer sind. Aber die Liebe der Tänzerin weist er zurück ...
20.30 High Chaparral
Mein Freund Wind
21.30 APF blick
– Aktuell
– Rundblick
– Sport und Wetter
22.15 *Derek Flint – Hart wie Feuerstein*
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit James Coburn u. a.
Regie: Douglas Gordon
Diesmal hat Derek Flint es mit einem Trupp von Amazonen zu tun, die sich des amerikanischen Atom-Zentrums bemächtigen wollen. Der Film ist eine gelungene Parodie auf den üblichen Agentenrummel.
0.00 APF blick
letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Der Harz – Ansichten von Ost und West
Film von Rolf Schneider
19.00 heute
19.30 Derrick
Nur Aufregungen für Rohn
Von Herbert Reinecker
20.30 Krebs ohne Schock
Dokumentation von Marlene Linke
Marlene Linkes zweiter Bericht zu der Krankheit Krebs befaßt sich vor allem mit der modernen Nachsorge, die künftig schon vor der Entlassung des Patienten aus der Klinik einsetzen soll. Kein Mediziner-Bericht, sondern eine menschliche Studie, die das Klinikgeschehen vorwiegend aus der Sicht des Kranken spiegelt.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
22.30 Schauplätze der Weltliteratur
Leere Felder
Stefan Zweigs letztes Werk „Schachnovelle“
Film von Reinhart Hoffmeister
23.20 3SAT-Nachrichten

Ein erfülltes Leben ist vollendet.

Dr. Heinz Ziegler
* 18. 10. 1913 † 6. 1. 1985

In liebevoller und dankbarer Erinnerung nehmen wir Abschied.

Im Namen aller Angehörigen
Liselotte Ziegler geb. Schlemmer
Wolfgang Ziegler
Renate Ziegler
Annette Ziegler

2000 Hamburg 70, Am Husarendenkmal 49

Beisetzung am 14. Januar 1985 um 13.30 Uhr auf dem Öjendorfer Friedhof, Halle 1, Hamburg 74.

Wir trauern um

Dr.-Ing. Albrecht Czimatis

Nach seiner Rückkehr aus langjähriger Kriegsgefangenschaft, die erst 1954 endete, war Herr Dr. Czimatis seit 1955 dem Hause Otto Wolff in den verschiedensten Funktionen aufs engste verbunden. Herr Dr. Czimatis übernahm zunächst die Leitung unseres Büros Düsseldorf und wurde 1957 Geschäftsführer der damals neu gegründeten Düsseldorfer Plastic-Werk (DPW) Otto Wolff GmbH in Ratingen. Im Jahr 1964 trat er in den Ruhestand.

Herr Dr. Czimatis war ein Mann untadeligen Charakters. Er war hart gegen sich selbst und verlangte von seinen Mitarbeitern viel. Sein Organisationstalent und seine Führungsqualitäten kamen unserem Hause zugute, Qualitäten, die er bereits als technischer Offizier im Generalstab und später als Frontoffizier bewiesen hatte.

Wir werden Dr. Albrecht Czimatis nicht vergessen.

Für den Vorstand der
OTTO WOLFF
Aktiengesellschaft
Otto Wolff von Amerongen

Ein Leben hat sich vollendet.

Dr. Heinz Ziegler
* 18. 10. 1913 † 6. 1. 1985

Als Gründungsgesellschafter und langjähriger Geschäftsführer hat er die Entwicklung unseres Institutes geprägt. Sowohl als Persönlichkeit als auch als Fachmann hat er Ziele gesetzt, die für uns Gültigkeit behalten. Dies um so mehr, als er uns deren Realisierung vorbildlich vorgelebt hat.

Gesellschafter, Geschäftsführung und Mitarbeiter
Hansa-Baulabor Dr. Ziegler GmbH
Hamburg

Beisetzung am 14. Januar 1985 um 13.30 Uhr auf dem Öjendorfer Friedhof, Halle 1, Hamburg 74.

Wir trauern um

Dr. Heinz Ziegler
* 18. 10. 1913 † 6. 1. 1985

Ihm verdanken wir die Qualität unserer Produkte und den Erfolg unserer Verfahren.

Darüber hinaus verlieren wir einen väterlichen Freund und Berater.

Gesellschafter, Geschäftsführung und Mitarbeiter
H. Lafrentz GmbH & Co.
Hamburg

Dr. Heinz Ziegler
* 18. 10. 1913 † 6. 1. 1985

Eine harmonische Zusammenarbeit ist nach über drei Jahrzehnten zu Ende gegangen. Über das Fachliche hinaus war sie getragen von gegenseitigem Respekt und gemeinsamem Erfolg. Über allem stand stets die menschliche Verbundenheit.

Familie Niko Lafrentz
Hamburg





Renten: Regierung will noch abwarten

PETER JENTSCH, Bonn

In der Diskussion um die Höhe der Rentenanpassung in diesem Jahr aufgrund eines niedrigeren durchschnittlichen Einkommens der aktiv Beschäftigten im Jahre 1983 als ursprünglich erwartet, die Bundesregierung vor einer Entscheidung erst die konkreten Zahlen der Einkommensentwicklung aus dem Statistischen Bundesamt abwarten. Regierungssprecher Peter Boenisch kündigte aber gestern nach der Kabinettssitzung an, daß am kommenden Montag ein Koalitionsgespräch über die Rentenproblematik stattfinden soll. Er bestritt, daß dieses Gespräch erst aufgrund der aktuellen Entwicklung, die eine Rentenanpassung unter einem Prozent (bisher 1,07 Prozent) als möglich erscheinen läßt, zustandegekommen sei.

Das Kabinett stimmte in wesentlichen Punkten den Änderungen des Bundesrates für das Arbeitszeitgesetz der Bundesregierung zu. Dabei geht die Bundesregierung nach wie vor von dem Ziel aus, den Tarifvertragsparteien bei der Festlegung der zulässigen Höchstarbeitszeit im Interesse der Gesundheit der Arbeitnehmer und eines praxisnahen Arbeitsschutzes mehr Befugnisse und mehr Verantwortung zu übertragen. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sagte dazu im Kabinett: „Die Tarifparteien haben Vorfahrt. Was sie lösen können, soll der Staat nicht reglementierend an sich ziehen.

Im einzelnen sieht das Gesetz ein grundsätzliches Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit vor, und zwar für alle Arbeitnehmer. Ausnahmen bleiben im bisherigen Umfang zulässig, wobei aber mindestens ein Sonntag im Monat frei sein oder ein Ersatzruhetag gewährt werden muß.

Auch am Grundsatz des Acht-Stunden-Tages wird festgehalten. Dabei werden aber Verlängerungsmöglichkeiten der werktäglichen Höchstarbeitszeit bis zu zehn Stunden bei anderer Verteilung der Arbeitszeit ermöglicht. Auch die Fragen der täglichen Mindestruhezeit und der Ruhepausen werden geregelt, wobei den Tarifpartnern in Anpassung an betriebliche Erfordernisse abweichende Regelungen von den gesetzlichen Grundnormen ermöglicht werden.

Die Bundesregierung erwartet von den Tarifpartnern, daß sie dieses Instrument insbesondere angesichts der notwendigen betrieblichen Flexibilisierung rege nutzt.

Sowjetische Truppen in Afghanistan reduziert?

„Jane's Defense": Moskau fürchtet vietnamähnlichen Konflikt

AP, London

Die Sowjetunion hat nach Angaben der britischen Militärzeitschrift „Jane's Defense Weekly" ihre Truppen in Afghanistan reduziert. Sie sei entschlossen, sich nicht in einen Konflikt nach Art des Vietnamkrieges hineinziehen zu lassen. In einem Bericht des Sowjetexperten Mark Urban heißt es, die Stärke der sowjetischen Truppen in dem zentralasiatischen Land betrage derzeit 76 000 Mann. Dies seien weit weniger Soldaten, als zu Beginn der sowjetischen Intervention am Jahresende 1979 nach Afghanistan gebracht worden seien.

Urbans Angaben stehen im Widerspruch zu Meldungen westlicher Medien und Angaben der Freiheitskämpfer, denen zufolge die Sowjets seit 1980 ihr Engagement in Afghanistan verstärkt haben sollen. Das in London ansässige internationale Institut für strategische Studien hatte die Zahl der sowjetischen Truppen in Afghanistan im Oktober auf 115 000 Mann beziffert. Demgegenüber kommt Urban in seiner Rechnung auf 52 000 Mann Kampftruppen und 24 000 Mann logistische Einheiten, darunter auch dem Geheimdienst KGB unterstellte Einheiten in Regimentsstärke und 1500 Mann Grenzpolizisten zur Bewachung sowjetischer Einrichtungen sowie hoher Zivilisten und Militärs. Wenn es die Kampflage erfordere, würden jedoch kurzfristig Verstärkungen aus Südsibirien eingeflogen.

Urban kommt zu dem Ergebnis, daß die sowjetischen Truppen bei den Kämpfen in Afghanistan bisher eine „begrenzte Rolle" gespielt haben. Der Grund für die Verringerung der Truppen liege in einer Änderung der sowjetischen Taktik und in der Rückführung von Kriegsmaterial, das sich für Kampfhandlungen in den Bergen als ungeeignet erwiesen habe.

Dies bedeute jedoch nicht ein absehbares Ende der sowjetischen Präsenz in Afghanistan. Vielmehr stünden den sowjetischen Soldaten noch „viele afghanische Winter" ins Haus. Die sich daraus ergebende Belastung habe einen erhöhten Konsum von Drogen und Alkohol unter sowjetischen Soldaten zur Folge, schreibt Urban, der Gelegenheit hatte, mit sowjetischen Deserteuren zu sprechen.

Die meisten der aus den zentralasiatischen Sowjetrepubliken stammenden Soldaten aus der ersten Stunde seien inzwischen von unerfahrenen jungen Wehrpflichtigen, meist russischer Herkunft, ersetzt worden.

Aus der ungenügenden Ausbildung der jungen Rekruten ergebe sich die Schwierigkeit bei der Kriegführung mit kleinen Einheiten, wie sie für einen Sieg über die rund 90 000 Partisanen notwendig seien.

Glotz: SPD kampagnefähig machen

Verluste bei Jungwählern und mangelndes Vertrauen in die Kompetenz der Partei

PETER PHILIPPS, Bonn

In der Bonner Parteiführung der SPD ist man unzufrieden über das Bild der eigenen Partei im Land. Angesichts der in den Augen der Wähler immer noch ungenügenden Kompetenz der SPD auf den wichtigsten Politikfeldern sowie des Verlustes ganzer Jahrgänge von Jungwählern an die Grünen wird vor allem über die Gründe der mangelhaften „Mobilisierungs- und Kampagnefähigkeit" nachgedacht. Die Frage der personellen Verkörperung von mehr Kompetenz ist zwangsläufig weiterhin zurückgestellt worden.

Die neuesten Ergebnisse des ZDF-„Politbarometers" haben die Probleme der SPD einmal mehr verdeutlicht. Das Kompetenzvertrauen der Wähler auf den Schwerpunktfeldern der Politik zeigt, daß die Sozialdemokraten auch aus schwachen Ergebnissen der Regierungskoalition kaum Vorteile ziehen können: Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vertrauen zwar nur 30 Prozent auf die Regierung, aber die alte Arbeiterpartei SPD bringt es sogar nur auf 23 Prozent. Beim Thema Renten lautet das Verhältnis 29 zu 25 Prozent zugunsten der Koalition, bei der Frage nach einem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung sogar 45 zu 16 Prozent. Allein für den Umweltschutz halten die Bürger die SPD für kompetenter: Doch es sind nur 22 Prozent gegenüber 17 Prozent für die Regierung.

Vor allem die „mangelnde Kampagnefähigkeit" der Partei-Untergliederungen ist es, die Glotz wie der stellvertretende Parteichef Vogel – in einem WELT-Gespräch zum Jahreswechsel – unisono für die schlechten Werte verantwortlich machen. Der Bundesgeschäftsführer hat in einem zehnseitigen, internen Thesen-Papier zur Jahreswende versucht, die Defizite der SPD aufzulisten. Die Überlegungen sind inzwischen allen Vorstandsmitgliedern zugegangen.

Die SPD, schreibt Glotz, habe „nur dann eine Mehrheitschance, wenn unser politischer Einfluß in unterschiedliche soziale Milieus hineinreicht". Aus unterschiedlichen Gründen habe man „in den späten siebziger Jahren nicht nach diesem Prinzip gehandelt". Als positives Zeichen des Umdenkens wird ausdrücklich angeführt, daß die SPD „heute in der Friedensbewegung gut vertreten" sei, wobei diese allerdings „krisenhaft um ihr Selbstverständnis ringt". Die „Frauenbewegung", die „Arbeitsloseninitiativen" sowie die „Umweltbewegung" werden als weitere, positive Engagement-Bereiche genannt. Aber es komme „zu selten vor, daß wir selbst die Initiative zu großen, Tausende oder Zehntausende von Menschen in Bewegung setzende Aktionen und Demonstrationen aufrufen". Glotz: „Mit einem Wort, die Partei muß die Kampagnefähigkeit zurückgewinnen." Die SPD müsse es in Zukunft wieder schaffen, sowohl Massendemonstrationen als auch Einzelinitiativen wieder „in ihr Repertoire aufzunehmen". Und sie dürfe nicht darauf verzichten, „die modernen Kommunikationstechniken zu nutzen".

Nachdrücklich erinnert Glotz in seinem Papier daran, daß seine Partei „in sechs bis sieben Jahrgängen der jungen Generation erhebliche Verluste" erlitten habe. Es sei auch nicht „automatisch" so, daß die jungen Leute, die mit 18 Jahren Grüne gewählt haben, „mit 25 oder 30 Jahren den Weg zur SPD finden". Er appelliert: „Deswegen ist es nicht nur ein Problem der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, ob diese Arbeitsgemeinschaft aus internen Gruppenkonflikten herausfindet und wieder die einflußreichste Jugendorganisation der Bundesrepublik Deutschland wird".

Ähnlich „trist" wie bei den Jung-Wählern sieht es für Glotz bei den Selbständigen aus. Zwar habe die letzte Bundeskonferenz der Partei-Arbeitsgemeinschaft „einen gewissen Aufbruch" gebracht, doch im „gesamten Kommunikationssystem der Selbständigen ist die Sozialdemokratie kaum vertreten".

Zu den Maßnahmen, die Glotz zur Behebung der parteiinternen Misere vorschlägt, gehört auch die Wiederbelebung der alten Parteischule, auf der zwischen 1906 und 1914 die Funktionäre ausgebildet wurden: Man müsse ausdem Irrweg zurückfinden, der die Entwicklung vom „politischen Sekretär" zum „rein organisatorischen Geschäftsführer" auf allen Parteiebenen gebracht habe.

Hessens FDP will Einigung mit SPD und CDU

DW. Wiesbaden

Die hessische FDP sieht in einer landespolitischen Verständigung zwischen SPD, CDU und Freien Demokraten eine Alternative zu dem vorerst gescheiterten rot-grünen Bündnis. Ein „Mindestmaß an Abstimmung in der Sache" sei zwischen den drei großen Parteien möglich, heißt es in einem Beschluß des FDP-Landesvorstandes, den der Landesvorsitzende und Fraktionschef im Landtag, Wolfgang Gerhardt, gestern in Wiesbaden vorgelegt hat. Er fügte hinzu, es sei nicht nötig, jedes landespolitische Problem zu einer Glaubensfrage zu machen.

Gerhardt bekräftigte die Bereitschaft der FDP zur Verabschiedung eines Landeshaushalts mit der SPD. Allerdings müßten die Sozialdemokraten die Änderungsvorschläge der FDP mit einem Volumen von rund 220 Millionen Mark berücksichtigen und Klarheit darüber schaffen, ob ihre Zusammenarbeit mit den Grünen endgültig beendet sei oder wiederaufgenommen werden solle. Die FDP stehe für „Alibigespräche" bis zur Kommunalwahl am 10. März nicht zur Verfügung, sagte Gerhardt. Sie lehne auch eine Koalition mit der SPD oder die Duldung der SPD-Minderheitsregierung von Ministerpräsident Holger Börner ab. Für eine Neugestaltung der Landespolitik mit FDP und CDU müsse die SPD erklären, daß sie an dem Bündnis mit den Grünen nicht mehr festhalte.

Spitzenpolitiker der Sozial- und der Freidemokraten trafen sich gestern in Wiesbaden zu einer Unterredung über mögliche Lösungen der hessischen Etatkrise. Die zweite Lesung des Haushaltsentwurfs mit einem Umfang von rund 22,5 Milliarden Mark war vom Landtag im Dezember 1984 auf unbestimmte Zeit verschoben worden, nachdem sich im Plenum wegen des Bruchs der rot-grünen Kooperation keine Mehrheit für das Gesetz abgezeichnet hatte. Nach der Begegnung mit der FDP wollen die Sozialdemokraten am Donnerstag und Freitag auch mit der CDU und mit den Grünen verhandeln.

Im Gegensatz zur FDP, die eine Regierungsbeteiligung ausschließt, verlangt die CDU eine große Koalition als Voraussetzung für die Verabschiedung des Etats. Dagegen knüpfen die Grünen ihre Zustimmung zu dem mit der SPD vereinbarten Haushaltsplan an Zugeständnisse der Sozialdemokraten in der Kernkraftpolitik.

Städtetag spricht von einem Skandal

H. H. Bonn

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Günter Samtlebe, hat es als „Skandal" bezeichnet, daß die Arbeitslosigkeit weitgehend von den Kommunen bezahlt wird: 1983 hätten 1,7 Millionen Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen (neun Prozent mehr als 1982). Bei rund 400 000 der 1,7 Millionen sei Arbeitslosigkeit die Ursache der Bedürftigkeit gewesen. Samtlebe schätzt die Belastung der Gemeinden hieraus auf rund eine Milliarde Mark jährlich. Die Gemeinden könnten, wie von ihnen immer wieder gefordert, ihre Bauinvestitionen erhöhen, wenn sie bei der Sozialhilfe entlastet würden und wenn Bund und Länder ihnen Zusagen bei der Steuerverteilung – speziell Umsatz- und Gewerbesteuer – machen würden (s. WELT v. 5. Januar).

SPD-Vorschläge zu Arzneimittelrecht

PETER JENTSCH, Bonn

Die SPD-regierten Bundesländer und die SPD-Bundestagsfraktion wollen gemeinsam in Bundesrat und Bundestag einen Gesetzentwurf zur Novellierung des seit 1976 geltenden Arzneimittelrechts einbringen. Darin fordert die SPD eine Beschränkung der kostenlosen Abgabe von Arzneimittelmustern auf höchstens sechs Muster pro Jahr und längstens drei Jahre lang für neu in den Verkehr gekommene Präparate.

Gleichzeitig sollen Medikamente mit ungünstigem Nutzen-Risikoverhältnis künftig nicht mehr zugelassen werden. Darüberhinaus wird für alle Arzneimittel die Angabe eines Verfalldatums sowie ein Werbeverbot für nicht rezeptpflichtige Schmerzmittel und für Schlankheitspräparate gefordert.

CSU: Kompromisse haben Grenzen

rtr, München

Die CSU hat am Vorabend ihrer Klausurtagung im oberbayerischen Wildbad Kreuth die Grenzen ihrer Kompromißbereitschaft in der Bonner Regierungskoalition hervorgehoben. Das Parteiorgan „Bayernkurier" schrieb gestern, die CSU erfülle ihren Auftrag in der Koalition mit der „Bereitschaft zur fairer Partnerschaft". Der Kompromiß gehöre zum Alltag einer Koalition, ende aber dort, „wo die Preisgabe eigener Grundsatzpositionen beginnen würde". In Parteikreisen hieß es, in Kreuth dürfte die CSU erneut ihre Unzufriedenheit mit dem äußeren Erscheinungsbild und der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung zum Ausdruck bringen. In Kreuth tagen die 51 Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

Korea: Dialog verschoben

dpa, Seoul

Nordkorea hat kurzfristig zwei Termine zur Wiederaufnahme des innerkoreanischen Dialogs in der zweiten Januarhälfte auf unbestimmte Zeit verschoben. Als Grund nannte Radio Pjöngjang gestern das amerikanisch-südkoreanische Großmanöver „Team Spirit '85", das von Februar bis Mitte April stattfinden soll.

Dennoch erneuerte der südkoreanische Staatschef Chun Doo Hwan am selben Tag in seiner Neujahrsansprache vor der Nationalversammlung in Seoul seine Bereitschaft zu einem innerkoreanischen Gipfeltreffen, das einen „entscheidenden Anstoß zur Verringerung der Spannungen, für den Frieden und die Wiedervereinigung" der geteilten Nation geben müsse.

SED attackiert „Linksradikale"

W.K./AFP, Berlin

Die Ost-Berliner Monatszeitschrift „Horizont" hat jetzt offenbar den „Linksradikalismus" als Kinderkrankheit der westlichen „Friedensbewegung" entdeckt. Anhänger der Bewegung, – gemeint sind pazifistische und kirchliche Gruppen – die für eine Abrüstung in Ost und West plädieren, werden als „linksradikale Kräfte" bezeichnet, vor deren wachsenden Einfluß die offiziöse „DDR"-Zeitschrift in ihrer neuen Ausgabe warnt. So versuchten viele linksradikale Ideologen, „mit der verleumderischen These von der gleichen Verantwortung der beiden Supermäche für die Spannungen in der Welt" und der „Verketzerung der Sowjetunion als sozialimperialistische Supermacht" die „Friedensbewegung" politisch zu verwirren.

SKI ALPIN

Triumph für die Schweiz

DW. Bad Kleinkirchheim

Martina Kiehl stampfte wütend mit ihren Skischuhen im Schnee herum, Irene Epple kam durchs Ziel und warf ihre Ski gegen die Werbe-Banden. Die alpinen Ski-Läuferinnen aus Deutschland, die zum Auftakt der Saison von Erfolg zu Erfolg eilten, werden offensichtlich doch wieder nervös. Bei der Weltcup-Abfahrt in Bad Kleinkirchheim mußten sie sich gestern der dreifachen Überlegenheit der Schweizerinnen beugen: Michaela Figini gewann auf der 2670 m langen Strecke vor Brigitte Örtli und Ariane Ehrat.

Martina Kiehl, die am Samstag 20 Jahre alt wird, landete auf dem siebten Platz. Ihre enttäuschte Reaktion erinnerte an Zeiten, in denen nach Mißerfolgen stets die widrigen Umstände verantwortlich gemacht wurden: „Hier war doch alles durcheinander. Erst gab es keinen Schnee, dann viel Schnee. Der Neuschnee hat mich verunsichert." Und bei Irene Epple, die mit der Startnummer 1 Platz 44 belegte, gab es denn auch wieder Andeutungen, die das Material betreffen: „Fehler habe ich keine gemacht. Es ist mir unerklärlich, daß ich vier Sekunden auf die Spitze verloren habe. Heute war das Material entscheidend." Aber: Auf die Piste waren über Nacht nur zwei Zentimeter Neuschnee gefallen, Ariane Ehrat, die Dritte, fährt Ski der gleichen Firma, die auch Irene Epple ausrüstet, und die ersten drei Läuferinnen benutzten Produkte verschiedener Firmen.

Immerhin konnten sich auch die drei Schweizerinnen ihren Triumph nicht so recht erklären. Michaela Figini: „Das Material hat bei diesem Neuschnee sicherlich eine Rolle gespielt. Wir Schweizerinnen sind auch gute Gleiterinnen, aber dennoch ist mir dieser Formanstieg ein Rätsel."

Aus dem Kreis der deutschen Athletinnen, die in diesem Winter bisher Weltcup-Punkte in der Abfahrt sammelten, konnte sich nur Regine Mösenlechner als Zwölfte im Vorderfeld plazieren. Michaela Gerg („Ich bin schlecht gefahren, ich habe zwei Fehler gemacht") landete auf Rang 36. Auch in der Kombination aus dem Riesenslalom von St. Caterina und der Abfahrt in Bad Kleinkirchheim gewann Michaela Figini.

RALLYE

Deutsche Autos dominieren

sid, Iferouane

Deutsche Autos dominierten auf der sechsten Etappe der Rallye Paris–Dakar. Auf der 557 km langen Strecke von Tamanrasset (Algerien) nach Iferouane (Niger) war der französische Rallye-Profi Bernard Darniche mit einem Audi Quattro der schnellste Fahrer. Den zweiten Platz belegte sein Landsmann und Vorjahrssieger René Metge auf Porsche 959. In der Gesamtwertung konnte der Belgier Guy Colsoul auf Opel Manta mit Platz fünf seine Führung auf fast 20 Minuten Vorsprung ausbauen. Sein Markengefährte Erwin Weber (Neufahrn) rutschte von Platz fünf auf Platz sieben ab. Fünfter nach einer großen Aufholjagd ist jetzt Jakky Ickx (Belgien), der ebenfalls einen Porsche 959 fährt.

In der Klasse für Motorräder verteidigte der Franzose Serge Bacou (Frankreich) auf Yamaha die Spitzenposition. Tapfer hielt sich Vorjahrssieger Gaston Rahier: Der belgische BMW-Werksfahrer beendete die Etappe als Achter, obwohl seine Maschine in den ersten Tagen durch zwei Unfälle stark lädiert worden war.

Mit heftigen Attacken auf die internationale Presse hat inzwischen Prinzessin Caroline von Monaco auf die Berichterstattung über ihr Ausscheiden reagiert. Sie klagte: „Warum haben bloß alle gelogen" und stellte klar, daß zum Zeitpunkt des Unfalls am letzten Freitag nicht ihr Mann Stefano Casiraghi, sondern der Italiener Gian Carlo Arcangioli am Steuer des eine Million Mark teuren Lastwagens gesessen habe. Der Lkw war kurz vor Erreichen der Wüste in Algerien umgekippt.

Prinzessin Caroline, die als Navigatorin fungierte, sagte: „Arcangioli hatte erstmals das Steuer übernommen und uns noch angekündigt, er wolle uns mal zeigen, wie man eine Rallye fährt. An der Stelle, an der wir verunglückten, sah unser Bordbuch nur eine Geschwindigkeit von 35 km/std vor, doch er fuhr 80 km/std. Als er einem Schlagloch ausweichen wollte, brachte er unseren Wagen zum Umkippen. Aufgegeben haben wir nur, weil die Reparatur die dafür vorgesehene Zeit um etwa eine Stunde überschritten hätte."

Zeller geht – ein Stück Eiskunstlauf-Geschichte

UWE PRIESER, Bremerhaven

Der Mann geht – seine Geschichte wird bleiben. Wenn die Deutschen Eiskunstlauf-Meisterschaften, die gestern abend in Bremerhaven begonnen haben, zu Ende sind, wird Erich Zeller als Bundestrainer zurücktreten. Am Sonntag wird er 65 Jahre alt. Der Mann, der das Paar Marika Kilius/Hans-Jürgen Bäumler machte und den sie den „Meistermacher" genannt haben, repräsentiert seit fast 30 Jahren den deutschen Eiskunstlauf. Da überrascht es fast, daß Erich Zeller erst seit 1970 Bundestrainer ist. Als er 1956 in Garmisch-Partenkirchen seine ersten Eislauflektionen gab, wollte man ihm das zuerst verbieten. „Der hat ja kein Trainerdiplom." Also machte er es.

Also machte er es – dieser Satz hat Erich Zeller durch sein Leben begleitet. Zeller schob den Schnee von der Eisbahn, Zeller schliff noch unmittelbar vor dem Wettkampf die Kufen seiner Läufer und oft genug auch die ihrer Rivalen, Zeller organisierte den Alltag, glättete das Eis, notfalls mit bloßen Händen. „Ich bin immer der Mann im Hintergrund gewesen", sagt er, „ich habe mich nie vorne hingestellt, sondern gearbeitet und die Läufer vorne hingestellt."

Das sagt er ernst, ohne Anflug von Koketterie. „Arbeit" war sein eisgraues Credo in diesem von Flitter und Geltungssucht bestimmten Bühnensport Eiskunstlauf. Zeller allerdings lebte nicht nur für seine Läufer, er bestimmte auch, wie sie zu leben hatten. Wer das nicht wollte, konnte sich einen anderen Trainer suchen. Nur Norbert Schramm riskierte den Bruch. Denn Zeller an der Bande, so wußte jeder bei internationalen Meisterschaften, bedeutete einen Zehntelpunkt bei den Preisrichtern mehr.

Am 13. Januar 1970 saß er in München in der Eis-Show von Kilius/Bäumler, die sechs Jahre zuvor als Weltmeister zurückgetreten waren. Hans-Jürgen Bäumler ergriff zur Eröffnung das Mikrophon und sprach zu den Zuschauern: „Unter Ihnen sitzt der Mann, dem wir alles verdanken. Er wird heute 50 Jahre alt. Wir werden uns sehr anstrengen müssen, um vor ihm bestehen zu können." Kunstpause. „Sonst bestellt er uns morgen früh wieder zum Training."

Im amerikanischen Nachtklub von Garmisch-Partenkirchen, der „Casa Cariocca", hatte Erich Zellers Weg nach dem Krieg begonnen. Der deutsche Eiskunstlauf-Meister von 1942 fand in seinem Beruf als Maschinenbau-Ingenieur keinen Job. „Aber in der Casa hatten sie eine Eisfläche. Für 500 Dollar im Monat bin ich dort aufgetreten." Bis 1956. Da gab Zeller als Eislauftrainer schon einem Jungen Unterricht, der eines Abends in der Casa aufgetaucht war und gefragt hatte, ob er ihn nicht unterrichten könne. Es war Hans-Jürgen Bäumler. Im Sommer 1957 kam dann auch Marika Kilius, die ihrem Frankfurter Partner Franz Ningl über den Kopf gewachsen war.

Fortan lebte das deutsche Traumpaar auf dem Eis als Brüderchen und Schwesterchen, bekocht und bemuttert, im Hause Zeller. Doch Erich Zeller hat nicht nur Kilius/Bäumler zu sechs Europameisterschaften, zwei Welttiteln und zwei olympischen Silbermedaillen geführt. Isabelle de Navarre, Dagmar Lurz, die beiden österreichischen Weltmeister Regine Heitzer und Wolfgang Schwarz wie auch Norbert Schramm trainierten unter dem autoritären Mann, dessen Markenzeichen die dunkelblaue Schiebermütze war, die er auf das preußisch kurzgeschnittene, in kleine eisgraue Wellen gelegte Haar drückte. Marika Kilius hatte sie ihm einmal geschenkt.

Bei 25 Welt- und Europameisterschaften und sieben Olympischen Spielen gewannen Zeller-Läufer 41 oder 42 Medaillen. „Sie müssen nachzählen", sagt er, „jedenfalls sind es über 40." Die letzten wurden gewonnen von Norbert Schramm, mit dem Erich Zeller den Konflikt mit einer neuen, von der Sporthilfe gestützten, von den Medien verwöhnten Läufergeneration erlebte. Der Konflikt hatte Zeller zuletzt beinahe krank gemacht, bis der von Schramm herbeigeführte Bruch ihn von der Konfrontation mit einer Lebensart befreite, die nie die seine war. „Ich habe", sagt Zeller, „immer sehr solide gelebt. Wenn die anderen Wein getrunken haben, hab' ich Milch bestellt."

Wie er das erzählt, blitzt in seinen blauen Augen ein Lächeln. Denn er, Erich Zeller, hat das Leben viel fröhlicher angesehen als jener eisgraue Eismann, für den so viele ihn gehalten haben. Doch das war nichts für die Öffentlichkeit.

Erich Zeller wird nicht mehr Bundestrainer sein. Die Deutsche Eislauf-Union (DEU), die ihm vor sechs Jahren nicht mehr die Leitung des Bundesleistungszentrums in Oberstdorf übertragen wollte, weil Zeller ihr zu alt schien, hat ihm jetzt einen Beratervertrag angeboten. Eislaufgeschichte kann nicht so einfach pensioniert werden.

VEREINE / Verwaltungskosten werden höher

Arbeit im Klub gefährlicher als eine Gangsterjagd?

dpa, Stuttgart

Sind Gangsterjagden ungefährlicher als die Arbeit eines Angestellten in einem deutschen Sportverein? Nach den neu festgelegten Gefahrenklassen der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) in Hamburg, in der jeder Arbeitnehmer eines Vereins versichert ist, muß man zu dieser Auffassung gelangen. Auf Grund der Bescheide für ihre hauptamtlichen Beschäftigten sollen die Klubs künftig sechs- bis siebenfach höhere Beiträge bezahlen. „So etwas ist absurd und wird von uns nicht einfach hingenommen", sagte Hermann Latz, der zuständige Referent des Deutschen Sport-Bundes (DSB). Die Berufsgenossenschaft wurde bereits mit einer Flut von Widersprüchen überschwemmt.

Bisher waren die Arbeitnehmer in Sportvereinen in eine ihrer Berufstätigkeit entsprechende Gefahrenklasse eingereiht worden, zum Beispiel 1,0 für Büropersonal, 3,0 für Hausmeister, 6,5 für Sportlehrer. Jetzt verlangt die VBG eine Bewertung nach dem Unternehmen. Und das „Unternehmen Sportverein", so hat es das Aufsichtsamt für das Versicherungswesen abgesegnet, ist in der höchsten Gefahrenklasse (24,5) eingestuft.

Latz: „Eine stichhaltige Begründung dafür, daß eine Angestellte einer Vereinsgeschäftsstelle 24,5mal mehr gefährdet sein soll als eine Bankangestellte, konnte uns die VBG nicht geben."

Banken und Steuerberater sind in der niedrigsten Klasse (1,0) eingeordnet, gefolgt von Arbeitgeberverbänden und politischen Parteien (2,0), für Bewachungsunternehmen und Detektivinstitute sind 9,0 festgesetzt. Ein nicht-professioneller Sportverein mit eigenen Anlagen, der acht Arbeitnehmer beschäftigt, müßte jetzt etwa 23 000 Mark aufbringen, bisher bezahlte er 3500 Mark.

Der Stuttgarter Klub SpVgg Feuerbach erwägt bereits, sich in einen „Entspannungsverein" zu verwandeln. Klubs und Einrichtungen, die der Entspannung dienen, hat die VBG nämlich lediglich in die Klasse 3,0 eingeordnet …

SPORT-NACHRICHTEN

Wieder ein Remis

Moskau (DW) – Auch die 39. Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Anatoli Karpow und Herausforderer Garri Kasparow endete – wie nach den ersten 41 Zügen erwartet – mit einem Remis. In dieser Stellung wurde die Partie abgebrochen: Weiß: Kg2, Tb5, Sf3, Sf4, Be3, f2, g3, h2 – Schwarz: Kg7, Td7, Lc3, S34, Bd5, f7, g6, h6. Es folgten die Züge: 41. … Sf6, 42.h3 h5, 43.Tb3 Se4, 44.Ta3 Kg8, 45.Ta4 Sf6, 46.g4 hxg4, 47.hxg4 Sxg4, 48.Se2 d4. Falls nun 49.exd4, so hat Weiß nach Lbs, 50.Ta2 Tb7 oder 50.d5 Sf6 keine Chance.

Nur sieben Starter

Paris (dpa) - Der Deutsche Leichtathletik-Verband schickt nur sieben Athleten zu den 1. Hallen-Weltspielen nach Paris (18./19. Januar): Kugelstoß-Olympiasiegerin Claudia Losch, die Hochspringer Thränhardt und Nagel, Sprinter Bastians, Dreispringer Jaros, und die Geher Ingrid Adam und Schwarz.

Verhandlung abgesagt

Frankfurt (sid) – Der Sportgerichts-Termin, bei dem über den Schalker Einspruch gegen die Wertung des Bundesliga-Spiels bei Borussia Dortmund (1:4 am 24. November) verhandelt werden sollte, wurde gestern abgesetzt. Schuld daran waren die starken Schneefälle, die eine rechtzeitige Anfahrt der Beteiligten nicht gesichert hatten.

Korthals gewählt

Gladbeck (sid) – Der Gladbecker Dirk Korthals wurde zum Aktivensprecher der deutschen Schwimmer gewählt. Er ist Nachfolger von Peter Lang (Darmstadt).

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Damen in Bad Kleinkirchheim: 1. Figini 1:43,23 Minuten, 2. Örtli 1:43,83, 3. Ehrat (alle Schweiz) 1:44,32, 4. Kirchler (Österreich) 1:44,33, 5. Walliser (Schweiz) 1:44,61, 6. Graham (Kanada) 1:44,64, 7. Kiehl (Deutschland) 1:44,67, 12. Mösenlechner 1:45,01, 30. Wiesler 1:46,25, 34. Hächer 1:46,34, 35. Stotz 1:46,49, 36. Gerg 1:46,66, 44. Irene Epple (alle Deutschland) 1:47,23. – Stand im Weltcup: 1. Kiehl 117 Punkte, 2. Figini 105, 3. Kirchler 93.

TENNIS

Masters-Turnier in New York, 1. Runde: Jarryd – Sundstroem (beide Schweden) 6:4, 6:1, Kriek – Krickstein (beide USA) 7:5, 6:3.

STAND ● PUNKT

Vielsagendes Schweigen

Bemerkenswert ist die Situation schon: Eine Woche ist es jetzt her, da hat der Kölner Arzt Herbert Plum behauptet, Eishockey-Spieler bestimmter Mannschaften putschten sich mit Amphetaminen auf. Die Namen der Klubs nannte er auch, Schwenningen, Mannheim, Düsseldorf, Landshut.

Ein ungeheuerlicher Vorwurf, sollte man meinen, schließlich fehlen die Beweise. Und so schrien die betroffenen Vereins-Eisheiligen denn auch auf, sprachen von Gericht und übler Nachrede. Passiert aber ist bisher nichts. Still ruht der See unter der Eisfläche, auf der sich – so der Arzt – Spieler prügelten, weil sie ihre aufgeputschten Körper nicht mehr unter Kontrolle hätten.

Ist das Schweigen hier schon eine Antwort? Hat vielleicht niemand ein Interesse daran, den noch beweislosen Vorwürfen auf den Grund zu gehen? Nach dieser Methode ist schon oft verschleiert worden, was später die Öffentlichkeit doch beschäftigte. Die Ruhe in den beschuldigten Vereinen ist zumindest verdächtig. DW.

Relativer Erfolg

J. Sch. (Paris) – Der vorläufige Preisindex für Dezember wird vom französischen Nationalinstitut für Statistik erst heute bekanntgegeben, und der definitive folgt in etwa zehn Tagen. Aber schon gestern hat Staatspräsident Mitterrand dieses „beste Ergebnis seit zwölf Jahren" als großen Erfolg seiner Politik gefeiert, nachdem zuvor inoffiziell verlautete, daß die Teuerung im letzten Monat lediglich 0,2 bis 0,3 Prozent erreicht haben soll.

Danach käme man für das Gesamtjahr 1984 auf eine Inflationsrate von 6,7 bis 6,8 Prozent. 1981, im ersten Jahr von Mitterrands Septennat, waren es 13,4, im zweiten 11,8 und im dritten 9,6 Prozent. Selbst wenn die definitiven Ziffern nicht ganz so günstig wie vermutet ausfallen sollten, so kann man wohl schon jetzt davon ausgehen, daß das Mitte 1984 aufgestellte amtliche Inflationslimit von sieben Prozent nicht übertroffen wurde.

Der Ordnung halber bleibt allerdings festzustellen, daß die Regierung noch zu Jahresbeginn den Preisanstieg auf fünf Prozent begrenzen wollte. Aber mit diesem (unrealistischen) Vorhaben wollte man vor allem die Sozialpartner festnageln. Dies ist mit der Folge entsprechender Reallohnrückgänge auch gelungen, was als große Leistung Mitterrands gilt. Diese restriktive Einkommenspolitik wird jetzt mit einem 4,5prozentigen „Inflationsziel" für 1985 fortgesetzt. Unter einer sozialistischen Regierung sind das bemerkenswerte Fortschritte.

Bildungs-Blüte

Wb. – Jetzt flattern sie wieder auf den Tisch, all die Faltblätter, die dünneren, aber auch sehr dicken Broschüren von Handelskammern, (EDV-) Firmen und spezialisierten Veranstaltern mit der Aufschrift „Seminarverzeichnis". Was da alles angeboten wird – und ganz offenbar auch seinen wachsenden Markt findet –, ist schon beeindruckend: Recht, Organisation, Datenschutz, Programmieren, Rhetorik, Menschenführung und sogar das „richtige" Telefonieren, um nur einen winzigen Ausschnitt aus der großen Auswahl wiederzugeben. Wer all die Angebote einmal sammelt und sich nur flüchtig durchblättert, dem bleibt nur eine Schlußfolgerung: Weite Teile der deutschen Wirtschaft müssen sich permanent auf solchen Fortbildungsveranstaltungen tummeln, Chefetagen sind verwaist, weil alle ausgezogen sind, (endlich) das Führen zu lernen. Mag solche Sichtweise ein wenig überzogen sein, so ist doch eins sicher: Das Geschäft mit der geistigen Nachrüstung blüht. Das Tempo der technisch-organisatorischen Entwicklung wird dafür sorgen, daß es auch nicht so rasch verwelkt. Schon heute dürfte dieser Markt so manche Blüte treiben . . .

WINTEREINBRUCH / Verschiedene Branchen spüren die Folgen - WELT-Umfrage

Nachfrage nach warmer Kleidung und Schneeketten stark gestiegen

DW. Frankfurt

Autos, die nicht anspringen, Staus auf der Autobahn und Verzögerungen selbst bei der Bundesbahn, die gemeinhin vom Wetter nicht redet, waren die spürbaren Folgen des späten, aber heftigen Wintereinbruchs. Ob und wie weit sich dieses Geschehen für die besonders witterungsabhängigen Branchen auch schon im Geschäftsablauf niedergeschlagen hat, versuchten WELT-Korrespondenten durch eine Umfrage zu klären.

Das Fazit: Größere Ausschläge gab es vor allem im unmittelbar betroffenen Service-Bereich, bei den Tankstellen, Kraftfahrzeugwerkstätten und nicht zuletzt bei den Pannenhilfe-Organisationen (wie dem ADAC-Verkehrsdienst), die alle Hände voll zu tun hatten. Positiv wirkte sich die plötzliche Kältewelle auch in einigen Branchen aus, die wegen des vorangegangenen milden Wetters schon den Ausfall des Saisongeschäfts befürchtet hatten.

So tragen die Schneekettenhersteller inzwischen durchaus zufriedene Mienen zur Schau. Nach zwei „schneefaulen" Wintern erwartet der Marktführer Rud im schwäbischen Aalen-Unterkochen sogar, daß in diesem Jahr das durchschnittliche deutsche Marktvolumen von 500 000 Paar Ketten deutlich übertroffen wird. Erfreut registriert man hier, daß es erstmals auch nach Weihnachten noch zu einem regen Kettengeschäft gekommen ist.

Auch der Reifenhandel kann erleichtert feststellen, daß seine alte Faustregel – „was bis Weihnachten nicht verkauft ist, bleibt bis zum nächsten Winter liegen" – erstmals durchbrochen wird. Im norddeutschen Raum, wo die Händler sich traditionell knapper mit Winterreifen bevorraten, ist es sogar zu vorübergehenden Verknappungen gekommen. So hoffen Hersteller und Händler jetzt, doch noch die Hälfte bis zwei Drittel des normalen Vorweihnachtsabsatzes realisieren und mit geräumten Lägern in die neue Saison gehen zu können.

Einen deutlichen Lagerabbau bei der Winterbekleidung konnte auch der Einzelhandel am ersten verkaufsoffenen Samstag des neuen Jahres verbuchen. Bei klirrender Kälte waren überraschend viele Kunden in Kaufhäuser und Geschäfte geströmt, um sich noch mit Saisonware – vorzugsweise zu reduzierten Preisen – einzudecken.

Da der durchschnittliche Heizöltank im deutschen Haushalt zu Jahresbeginn noch zu 60 Prozent gefüllt war, blieben die Brennstoffhändler von heftigen Nachfragestößen verschont. Viele Händler registrieren seit Anfang der Woche eine leicht steigende bis zum Teil hektische Nachfrage. Die Heizölpreise haben im Vergleich zum Dezember des vergangenen Jahres um durchschnittlich zwei oder drei Pfennig auf 79 bis 84 Pfennig je Liter angezogen. Bei anhaltender Kälte müsse mit weiter kletternden Preisen gerechnet werden, heißt es.

Nur in Norddeutschland waren die Heizölpreise zu Wochenbeginn kaum höher als vor einem Monat. In Hamburg und Umgebung gab es nach Auskunft der Brennstoffhändler weder in den letzten Tagen noch im Vergleich zum Jahresende 1984 eine Preisbewegung. Für den Endverbraucher kostet ein Liter bei einer Abnahmemenge von 3000 bis 5000 Litern zwischen 82 und 83 Pfennig einschließlich Mehrwertsteuer.

Im Kraftstoffgeschäft der Tankstellen scheinen sich der winterbedingte Mehrverbrauch und die Fahrzurückhaltung der Autobesitzer derzeit noch auszugleichen. Auch die Versicherer haben keine besonderen Vorkommnisse zu melden. Auf eine intensive Unfallprophylaxe hofft auch die Salzindustrie. Obwohl in den Kommunen, vor allem in den Wohnbereichen, etwa ein Fünftel weniger Salz gestreut wird, erwartet der Branchenverband einen wieder steigenden Salzverbrauch. Dabei stützt er sich nicht nur auf den unverminderten Salzverbrauch auf Durchgangs- und Fernstraßen sowie Autobahnen, sondern auch auf die schwache Basis der milden Vorjahre mit Verbrauchsmengen von 880 000 Tonnen 1983 und 1,2 Millionen Tonnen 1984.

BUNDESHAUSHALT

Kreditermächtigung 1984 bei weitem nicht ausgenutzt

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat auch im zweiten Jahr seiner Haushaltsführung ein sehr positives Ergebnis erzielt. Wie der *Haushaltsexperte der Bonner Unionsfraktion*, Dietrich Austermann, gegenüber der WELT erklärte, wird für 1984 damit gerechnet, daß die Ausgaben des Bundes um fünf bis sechs Mrd. Mark unter dem Soll von 257,1 Mrd., also bei gut 250 Mrd. Mark liegen werden. Die Nettokreditaufnahme dürfte mit etwa 28 Mrd. ebenso deutlich hinter der Kreditermächtigung von 33,6 Mrd. Mark zurückbleiben.

Dieses Ergebnis erscheint Austermann bemerkenswert mit Blick auf die verschiedenen Mehrbelastungen und Mindereinnahmen. So sind die Steuereinnahmen 1984, vor allem durch Streikwirkungen und die hohe Preisstabilität, nicht so stark gestiegen, wie zu Jahresbeginn angenommen: Bei der Steuerschätzung Mitte November mußte allein der Bund seine Einnahmeerwartungen um 2,9 auf 198,9 Mrd. Mark nach unten korrigieren. Die erhöhte *Vorsteuerpauschale für die Landwirte* ab Mitte 1984 belastete den Bund zusätzlich mit 1,5 Mrd. Mark. Ferner wurden in einem Nachtragshaushalt zusätzlich 650 Mill. Mark für Brüssel fällig. Andererseits fiel der Bundesbankgewinn um rund 2,5 Mrd. Mark höher aus als veranschlagt.

Damit ergibt sich per saldo eine Mehrbelastung von rund 2,5 Mrd. Mark. Rechnet man diese dem besseren Jahresabschluß von fünf bis sechs Mrd. Mark hinzu, so Austermann, kommt man dem ebenfalls sehr günstigen Haushaltsvollzug 1983 sehr nahe, als die Nettokreditaufnahme mit 31,5 um knapp zehn Mrd. hinter dem Ausgaberahmen zurückgeblieben war.

Schon heute erwartet der Haushaltsexperte für das soeben begonnene Jahr wieder eine geringere als die bewilligte Neuverschuldung von *rund 25 Mrd. Mark. Austermann* schätzt, daß es Stoltenberg gelingen dürfte, in diesem Jahr erstmals wieder die 20-Mrd.-Grenze zu unterschreiten. 1984 haben unter anderem geringere Ausgaben für Zinsen (rund 0,5 Mrd. Mark), für Schadensfälle aus Bürgschaften (etwa 0,65) und Verteidigung (rund 0,5) zu der Verbesserung beigetragen.

Angesichts der Wirkungen öffentlicher Investitionen auf die Privatwirtschaft hat Austermann eine Änderung der Bundeshaushaltsordnung mit dem Ziel vorgeschlagen, den Investitionsanteil ins neue Jahr hinüberzuretten. Nach geltendem Recht verfallen alle Ausgabenbewilligungen, wenn sie bis zum Jahresende nicht in Anspruch genommen worden sind. Austermann schätzt, daß 1983 und 1984 dadurch Investitionen in Höhe von jeweils etwa zwei Mrd. unterblieben seien. Gerade mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit in Norddeutschland sollte diese Bestimmung geändert werden.

Verschnaufpause für Stahl

Von JOACHIM GELHOFF

Das vergangene Jahr war passabel. Das neue Jahr wird von ähnlicher Qualität. In diesem Urteil, das allerdings noch eine gehörige Portion unerfüllter Hoffnung enthält, ist sich derzeit das Gros der deutschen Stahlproduzenten einig. In der langen, seit dem letzten Boomjahr 1974 mit unterschiedlicher (und zuweilen katastrophaler) Intensität währenden Strukturkrise der Stahlindustrien aller alten großen Stahlregionen der freien Welt erfreuen sich auch die deutschen Werke einer Verschnaufpause.

Mit stattlicher Wachstumsrate von 10,2 Prozent ist der deutsche Rohstahlausstoß 1984 auf 39,4 Millionen Tonnen gewachsen. In der Mischung aus steigendem Inlandsabsatz, wo die Nachfrageschwäche bauwirtschaftlicher Kundschaft von zusätzlichem Stahlverbrauch besonders aus aufsteigender Investitionsgüterproduktion überkompensiert werden dürfte, und aus wahrscheinlichem Nachlassen der 1984 von der Weltmarktnachfrage gekommenen Wachstumsimpulse erwarten die deutschen Stahlerzeuger für 1985 ein ähnliches Produktionsniveau wie im letzten Jahr.

Und dazu, nach dicken Verlustjahren, eine Festigung der im Verlauf von 1984 eingetretenen Ertragsbesserung. Die kam im letzten Jahr vor allem aus der mit Mehrproduktion erzielten Kostendegression. Sie wird im neuen Jahr verstärkt aus weiteren Stahlpreiserhöhungen kommen müssen. Dies allein schon, um die neuen Kostensteigerungen aus Lohntarif und anhaltender Dollarhausse (die bei den wichtigsten Einsatzstoffen Erz und Koks gleichermaßen preistreibend wirkt) zumindest auszugleichen. Die ersten Quartals-Erhöhungsrunden, besonders für den am besten im Markt liegenden Flachstahl, um jeweils etwa drei Prozent sind da für Januar und April bereits eingeläutet.

Weitere werden wohl folgen. Denn dürftig ist nach der 1984er Wende ins Positive fast überall in der deutschen Stahlindustrie vorerst noch das Ertragsniveau. Selbst der mit den besten Anlagen am besten Standort arbeitende Branchenführer Thyssen schaffte aus dem hier besonders eindrucksvollen Doppeleffekt von Mehrproduktion und Abbau von Überkapazitäten erst eine Umsatzrendite von 1,7 Prozent; und dies vor Ertragssteuern, die man wegen hoher Verlustvorträge nicht zu zahlen brauchte.

Verschnaufpause aber heißt für die deutsche Stahlindustrie auch und vor allem, daß der Strukturwandel zu insgesamt kleinerem Produktionspotential konsequent, nur eben ohne die Irritationen existenzbedrohender Verluste, weitergeht. Er dürfte 1985 nochmals bis zu sieben Prozent der Arbeitsplätze kosten. Denn die jetzt erreichte Produktionslinie von knapp 40 Millionen Rohstahl-Jahrestonnen, ein Viertel weniger als im Spitzenjahr 1974, ist nach wohl allgemeiner Ansicht die Obergrenze dessen, was deutsches Stahlpotential daheim, in der Europäischen Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt noch als Lebensbasis zur Verfügung hat.

Diesem Strukturwandel liegen weiterhin zwei unumstößliche Hauptfaktoren zugrunde. Erstens sinkt durch die Konkurrenz der Substitutionswerkstoffe (wie Kunststoff und Aluminium) wie auch durch bessere Stahlqualitäten der spezifische Stahlverbrauch je Fertigprodukt: Im heutigen VW-Golf beispielsweise steckt kaum noch halb so viel Stahl wie einst in seinem Vorgänger, dem VW-Käfer. Zweitens hat sich das Wachstum des Welt-Stahlverbrauchs inzwischen auf junge Industrie- und Entwicklungsländer verlagert, die immer mehr Importe durch Aufbau *eigener Kapazitäten ablösen.*

Bis Ende 1985 will und muß die deutsche Stahlindustrie ihren bereits weiter als bei den meisten EG-Nachbarn gediehenen Strukturwandel auf kleineres Potential beendet haben. Ob das in der vom Markt derzeit gewährten Verschnaufpause glatt gelingt, hängt entscheidend von einer Kardinalfrage ab: Schaffen die Regierungen und die Brüsseler EG-Kommission bis Ende 1985 tatsächlich das Ende der riesigen Stahlsubventionen?

Der nächste Stahl-Ministerrat der EG wird am 22. Januar darauf vermutlich noch keine verläßliche Antwort geben. Die auf Subventions-Ende pochende Bundesregierung wird da keinen leichten Stand haben gegenüber neuen, allein für dieses Jahr von 20 auf 30 Milliarden DM gestiegenen Subventionsplänen vieler EG-Länder. In der Stahlpolitik jedenfalls gibt es keine Verschnaufpause.

AUF EIN WORT

„Die wachsende Schattenwirtschaft zeigt, daß es Arbeit in Hülle und Fülle gibt. Es kommt auf den Preis der Arbeit an, auf Lohnhöhe und Nebenkosten. Daran kommt niemand vorbei, auch kein Unternehmer, dessen Handeln ausschließlich vom Gebot der sozialen Fürsorge und der christlichen Nächstenliebe geprägt wäre."

Alois Bromkamp, Präsident der Industrie- und Handelskammer Offenbach.
FOTO: DIE WELT

WOHNUNGSBAU

Weitgehende Einigung über steuerliche Vergünstigungen

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Stoltenberg und Wohnungsbauminister Schneider werden am kommenden Montag ihr voraussichtlich letztes Chefgespräch zur Abstimmung der künftigen steuerlichen Wohnungsbauförderung führen. Die Übereinstimmung nach den bisherigen Gesprächen ist so groß, daß möglicherweise noch im Januar mit einer Verabschiedung der Leitlinien im Kabinett zu rechnen ist.

Die Leitlinien sehen im Kern eine deutliche Verbesserung des Paragraphen 7 b Einkommensteuergesetz und eine stärkere Entlastung von Bauherren mit Kindern (bereits vom ersten, derzeit erst vom zweiten Kind an) vor. Der auf acht Jahre befristeten fünfprozentigen Abschreibung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten wird ein Höchstbetrag von 300 000 Mark (derzeit 200 000 für Ein- und 250 000 für Zweifamilienhäuser) zugrundegelegt.

Offen sind die Höhe der Kinderkomponente und die Anrechnungsmethode. Schneider plädiert für Abzug von der Steuerschuld, Stoltenberg für Abzug von der Steuerbemessungsgrundlage. Im ersten Fall entfällt die Progressionswirkung. Eine Einigung auf den Abzug von der Steuerschuld erscheint allerdings denkbar. Um die Aufkommensneutralität der Wohnungsbauförderung zu gewährleisten, will Stoltenberg je *Kind 600 Mark bewilligen, Schneider* hingegen fordert 1200.

Ein weiterer Streitpunkt sind die Sonderabschreibungen für Energieeinsparung, Stadtsanierung, Baudenkmäler und Schutzräume, die nach dem Willen der Finanzpolitiker der Koalition gestrichen werden sollten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Was das Finanzamt abschneidet

Bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von DM... ...sind so viel Steuern von jedem zusätzlich verdienten Hundertmarkschein zu zahlen:

LEDIGE	
18 000	22 DM
35 000	40
60 000	50
100 000	55
130 000	56

VERHEIRATETE	
18 000	22 DM
35 000	22
60 000	36
100 000	48
130 000	51

© Globus 5418

Nur noch eine Minderheit der Steuerzahler befindet sich in der „Schonzone" unseres Steuertarifs - in jener Zone nämlich, wo jeder zusätzlich verdiente Hundertmarkschein gleichmäßig mit nur 22 DM Lohnsteuer *belegt wird. Mehr als zwei Drittel der Steuerzahler stecken hingegen* mehr oder weniger tief in der sogenannten Progressionszone. Bei Spitzenverdienern ist der Hundertmarkschein nur noch 44 DM wert; 56 DM kassiert das Finanzamt.
QUELLE: GLOBUS

HWWA: Wachstum verlangsamt sich

JB. Hamburg

Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts der Industrieländer wird sich 1985 im Vergleich zum Vorjahr vermutlich auf 2,5 Prozent halbieren. Auch für den Welthandel sagt das Hamburger HWWA-Institut nur noch eine Zuwachsrate von 4,5 Prozent (Vorjahr: 9 Prozent) voraus. Positiv wertet das HWWA, daß sich die Expansion der Weltwirtschaft nur verlangsamt, aber kein Rückfall in Stagnation oder Rezession bevorsteht. Keine durchgreifende Wende erwarten die Wirtschaftsforscher auf den Arbeitsmärkten und bei den Verschuldungsproblemen der Entwicklungsländer.

EUROPÄISCHER INDUSTRIEVERBAND

Initiative zur Stärkung des Binnenmarktes gefordert

WILHELM HADLER, Brüssel

Praktische Initiativen zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen erwartet der Dachver*band der europäischen Industrie* (UNICE) von der neuen EG-Kommission. In einer Denkschrift aus Anlaß des Brüsseler „Wachwechsels" fordert er ferner Maßnahmen zur Stimulierung produktiver Investitionen sowie eine „realistische Sozialpolitik".

Das Papier, das der Präsident der *EG-Kommission Delors bereits* ausführlich mit einer UNICE-Delegation unter Einschluß des neuen BDI-Präsidenten Hans-Joachim Langmann diskutiert hat, kritisiert die Handlungsschwäche der Gemeinschaft und spricht der Kommission die Rolle eines Motors bei der Überwindung der Stagnation zu. In Wirtschaftskreisen sei die Glaubwürdigkeit der EG wegen dieses „Mangels an Taten" bereits unterminiert worden, heißt es in der Stellungnahme.

Während über die Notwendigkeit einer Abschaffung der innergemeinschaftlichen Handelshemmnisse zwischen den nationalen Industrieverbänden kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen, deuten die Formulierungen der Denkschrift zum Thema „Außenschutz" auf einen mühsamen Kompromiß zwischen Protektionisten und Freihändlern hin. Danach bekennt sich die europäische Industrie zwar zur Aufrechterhaltung eines offenen internationalen Handelssystems, verlangt aber gleichzeitig, daß die Verwirklichung des Binnenmarktes mit einer „Verstärkung der gemeinsamen Handelspolitik" einhergehen müsse.

Bundesbank bietet neues Pensionsgeschäft an

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Deutsche Bundesbank hat den Kreditinstituten gestern überraschend ein neues Wertpapierpensionsgeschäft mit einer Laufzeit von 31 Tagen angeboten. Der Zinstender wurde erneut mit einem Mindestbietungssatz von 5,1 Prozent ausgestattet, wie von der Zentralbank auf Anfrage mitgeteilt wurde. Die Liquiditäts-Zuteilung erfolgt heute, gutgeschrieben wird morgen. Das Wertpapierpensionsgeschäft läuft bis zum 11. Februar. Der Zinstender ist offenbar als Ersatz für eines der beiden am kommenden Montag auslaufenden Wertpapierpensionsgeschäfte gedacht.

Weniger Neuzulassungen

Bad Soden (dpa/VWD) – In der Bundesrepublik Deutschland wurden in den ersten elf Monaten 1984 insgesamt 176 554 Krafträder (ohne Mofas, Mopeds und Mokicks) neu in Betrieb genommen, das waren 21,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Wie der *Verband der Fahrrad- und* Motorrad-Industrie, Bad Soden, mitteilte, waren darunter 98 132 Motorräder (minus 19,6 Prozent), 4 964 Motorroller (minus 5,8 Prozent) und 73 458 zulassungsfreie Leichtkrafträder (minus 25,2 Prozent). Die Zweiradproduktion war dagegen rückläufig. In den ersten zehn Monaten 1984 fiel sie insgesamt um 13,7 Prozent auf 106 304.

Privatplazierung

Frankfurt (AFP) – Die Commerzbank bringt eine internationale Privatplazierung für die Europäische *Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (Montanunion) über 94 Mill. DM. Es ist die zweite DM-Plazierung der Montanunion mit 7⅛ Prozent Zins, 100 Ausgabekurs und knapp acht Jahren Laufzeit.

Arbeitsplätze gekürzt

London (fu) – Die britische Tochtergesellschaft des französischen Reifen-Herstellers Michelin hat angekündigt, daß im Rahmen eines Rationalisierungs-Programms insgesamt 2600 Arbeitsplätze in den britischen Produktionsbetrieben gestrichen werden müssen. Immerhin 2400 Arbeitsplätze werden im Michelin Werk Stoke-on-Trent aufgegeben. Bereits 1982 hat Michelin in Großbritannien 4000 Arbeitsplätze gestrichen, davon 2600 durch die Aufgabe einer Produktionsanlage im nordirischen Belfast. Die von Michelin UK für Ende dieses Jahres angepeilte Belegschafts-Stärke liegt bei 11 000 Mitarbeitern. Die drastischen Arbeitsplatz-Streichungen werden von Michelin in erster Linie mit der schwachen britischen Lkw- und Automobil-Produktion erklärt.

Kritik des Einzelhandels

Köln (dpa/VWD) – Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, hat gestern bemängelt, daß zum Jahreswechsel manche Einzelhandelsunternehmen „die Grenze vom legalen Mittel des Sonderangebots zur unzulässigen Sonderveranstaltung oder gar zum vorweggenommenen Winterschlußverkauf werblich überschritten" hätten. In manchen Fällen seien Industrie- und Handelskammern und Einzelhandelsverbände sogar gezwungen gewesen, mit gerichtlichen Maßnahmen einzuschreiten. So bringe „eine Minderheit im Handel alljährlich das betriebs- und absatzwirtschaftliche Instrument des Schlußverkaufs ohne Not in Verruf".

Gründung angekündigt

Warren/Michigan (dpa) – General Motors, der größte US-Autokonzern, hat die Gründung einer Tochtergesellschaft angekündigt. Die „Saturn Corp." wird Kleinwagen produzieren, die mit den Billigautos aus Japan und Europa konkurrieren sollen. Im Gegensatz zu den anderen GM-Abteilungen erhält Saturn den Status einer eigenständigen Tochtergesellschaft, die von der Mutter mit 5 Mrd. Dollar ausgestattet werden soll.

Mehr Apotheken

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Zahl der Apotheken in der Bundesrepublik hat sich auch im vergangenen Jahr weiter erhöht. In den ersten drei Quartalen 1984 stieg sie um 176 auf insgesamt 16 881 (ohne Krankenhaus-Apotheken), wie die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) mitteilte.

AUSSENHANDEL

Bangemann erwartet von Tokio weitere Zollsenkungen

FRED de LA TROBE, Tokio

„Bei allen guten Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten müssen wir die Japaner darauf hinweisen, daß der Nutzen aus diesem Verhältnis auf Gegenseitigkeit beruhen muß." Das erklärte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gestern in Tokio.

Im Rahmen der jährlichen deutsch-japanischen Konsultationen hält sich Bangemann seit Dienstag in Tokio auf. Gestern traf er mit Finanzminister Takeshita, Industrie- und Handelsminister Muraa, Staatsminister Komoto und dem Präsidenten des Unternehmerverbands „Keidanren", Inayama, zusammen. Die allgemeinen Grundsätze der Handelspolitik Bonns und Tokios stimmten überein, erklärte der Minister. Trotzdem gebe es immer noch Probleme.

Japans schon lange bestehender Leistungsbilanzüberschuß sei ein gravierendes Problem für die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit. 1984 seien im deutsch-japanischen Handel zwar sowohl die Exporte wie die Importe um je 26 bis 27 Prozent gestiegen. Da die Zunahme aber von viel größeren japanischen Lieferungen ausgegangen sei, habe sich das Defizit der Bundesrepublik noch erhöht. Nach vorläufigen Statistiken dürfte der Fehlbetrag auf über zehn Mrd. DM gekommen sein.

Vor kurzem habe Japan sein sechstes *Marktöffnungspaket vorgelegt* und damit einen weiteren Schritt in Richtung auf intensivere Wirtschaftsbeziehungen getan. Es sei aber immer noch auf problematische Bereiche hinzuweisen wie auf notwendige Zollsenkungen sowie die Liberalisierung im Bankenwesen. (SAD)

NIXDORF / Harte Kritik an der staatlichen Innovations-Förderung

Das Geld fließt in die falschen Kanäle

HEINZ STÜWE, Paderborn

„Der *Forschungsetat des Bundes* fließt vor allem zu den Hochschulen und Großforschungseinrichtungen. Viel zuwenig davon landet in der Produktion von Geräten, die der Bürger kauft." Heinz Nixdorf findet für die staatliche Innovationsförderung vornehmlich kritische Worte. Zwar sieht er inzwischen einen regeren Kontakt zwischen Universitäten und Wirtschaft, doch seien die USA in der Zusammenarbeit der Produktentwicklung „zehnmal besser".

Ein Teil der staatlichen Mittel solle besser gleich an Unternehmen gehen, die wirklich in neue Produkte investierten. *Eine Forderung, die um so* verständlicher wird, wenn man berücksichtigt, daß die Paderborner Nixdorf Computer AG von den öffentlichen Fleischtöpfen bisher weitgehend ausgeschlossen war. Und das trotz großer, im vergangenen Jahr auf rund 300 (254) Millionen Mark gestiegener Entwicklungsanstrengungen. „99 Prozent davon haben wir selbst bezahlt", versichert der Firmenchef.

Seiner Ansicht nach sollten – auf indirektem Weg – alle Unternehmen gefördert werden, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, neue Techniken anwenden und Wachstum realisieren. 2700 Neueinstellungen allein 1984 – Nixdorf beschäftigt weltweit heute 20 200 Menschen – und das rasante Wachstum, das den Umsatz auf etwa 3,2 (2,7) Milliarden Mark hochschnellen ließ, zeigen, daß das Unternehmen diese Meßlatte nicht zu fürchten hätte. Eine Arbeitsplatzprämie hält der Firmenchef angesichts der hohen Erwerbslosenzahl („eine Schande für unsere Generation") für notwendig.

Von der Strategie, vor allem auf die Kleinunternehmen zu setzen, und deshalb die staatliche Förderung an Umsatzgrenzen zu binden und Jungunternehmer noch stärker zu unterstützen, verspricht sich Nixdorf nicht viel. Er plädiert für den umgekehrten Weg: „Die ganz Großen müßten eine besondere Steuer zahlen, weil sie den Wettbewerb reduzieren", sagt Nixdorf und hat dabei natürlich vor allem den US-Riesen seiner Branche im Blick.

Nicht durch Marktbeherrschung, sondern angesichts eines gesetzlich *geschützten Monopols sieht Nixdorf* in einem anderen Bereich den Fortschritt gefährdet: bei der Post. Ausdrücklich erkennt er an, daß die Bundesregierung im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin den Weg für die moderne Digitaltechnik geöffnet habe. Die Modernisierung dürfte jedoch „nicht *allein den Postbeamten* überlassen werden, denn dann kommt sie langsamer als in konkurrierenden Ländern". Deshalb sollte Bonn dem Vorbild dieser Länder folgen. Nicht nur der Endgerätemarkt, auch die Datenübertragung müßten zu wesentlichen Teilen Privaten überlassen werden.

ENERGIE-AGENTUR / Ölverbrauch gestiegen

Vorräte reichen 90 Tage

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zum erstenmal seit 1979 ist der Weltölverbrauch wieder gestiegen, stellt die Internationale Energie-Agentur (IEA) in ihrer Jahresbilanz für 1984 fest. Allerdings ging der Verbrauchszuwachs im Laufe des letzten Jahres kontinuierlich zurück. Dafür verantwortlich waren die anhaltende Substitution des Mineralöls durch andere Energieträger, insbesondere Naturgas, Kernenergie und Kohle sowie das mildere Wetter in einigen Regionen.

In den westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) schrumpfte der Ölverbrauchszuwachs in den vier Quartalen 1984 gegenüber den gleichen Vorjahresabschnitten von 5,1 über 3,6 und 2,5 auf 0,1 Prozent. Für das Gesamtjahr verblieb ein Anstieg von 2,7 Prozent auf 34,8 (33,9) Mill. Barrel (ein Barrel = 159 Liter) täglich. 1983 war der Verbrauch um 2,2 und 1982 um 5,2 Prozent zurückgegangen.

Für dieses Jahr erwartet die IEA einen Verbrauchsanstieg von 0,9 Prozent sowohl für die OECD als auch weltweit ohne die Ostblockstaaten. Der so erfaßte Weltverbrauch war 1984 um 2,4 Prozent gestiegen, nachdem er 1983 um 1,7 und 1982 um 3,6 Prozent zurückgegangen war. Die IEA-Prognose beruht auf der Annahme, daß das Wirtschaftswachstum der OECD-Zone 1985 durchschnittlich drei Prozent erreicht nach 4,75 Prozent 1984.

Im vierten Quartal 1984 wurden weltweit 46,9 Mill. Barrel Öl pro Tag verbraucht bei einem Angebot von 45,9 Mill. Barrel. Die Verbraucherstaaten haben ihre Vorräte mit 0,8 Mill. Barrel in Anspruch genommen. Am 1. Januar 1985 erreichten in der OECD-Zone die Ölvorräte nur noch 427 Mill. Tonnen, was einem Verbrauch von 90 Tagen entsprach gegenüber von 92 Tagen vor einem und 101 Tagen vor zwei Jahren. Während die Ölgesellschaften 1984 ihre Vorräte auf einen Verbrauch von 71 (75) Tagen reduzierten, stockten die Regierungen die amtlichen Vorräte auf 19 (17) Tage auf. Außerhalb der OECD-Zone hat sich die Bevorratungslage praktisch nicht verändert.

Die Verbrauchsentwicklung des letzten Jahres war verschiedenen Sonderbewegungen ausgesetzt. So führte der Bergarbeiterstreik in Großbritannien zu einem außergewöhnlichen Mehrverbrauch an Mineralöl. Umgekehrt brachte in Frankreich das weitere starke Vordringen der Kernenergie einen Verbrauchsrückgang um 2,3 Prozent.

In Europa hat der ungewöhnlich starke Kälteeinbruch der letzten Tage zu einem rapiden Anstieg des Heizölverbrauchs geführt. Außergewöhnliche Vorratskäufe der Raffinerien sind nach Auskunft der IEA bisher aber nicht beobachtet worden. Jedoch zogen die Preise an den Spotmärkten erstmals seit Oktober wieder an. Die derzeitige Versorgungslage der OECD-Zone sei gut. Die Vorräte entsprechen einer 170tägigen Nettoeinfuhr (Mindestgrenze 90 Tage).

ITALIEN / Aktiengeschäft wird auf Mailand konzentriert – Strengere Zulassungsregeln

Zehn Börsen werden zusammengefaßt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der italienische Aktienmarkt soll reformiert werden. Auf dem Programm der amtlichen Börsenaufsichtskommission (Consob) steht nicht nur die Konzentration der zehn italienischen Börsen zu einer einzigen großen Börse, sondern auch eine Verschärfung der Zulassungsregeln.

Die Vorbereitungen zur Börsenreform sollen nach den Plänen von Consob-Präsident Franco Piga im ersten Quartal abgeschlossen sein, um noch im ersten Halbjahr zu konkreten Beschlüssen zu gelangen.

Ziel der angestrebten Reform ist die Schaffung einer einheitlichen Börse. Nach Schätzungen werden heute zwei Drittel bis drei Viertel der Aktienumsätze außerhalb der Börse getätigt, hauptsächlich durch die Banken. Vielfach kommen an die Börse nur noch die Tagessalden, die bei dem bankeninternen Geschäft übrigbleiben. Im Jahre 1984 wurden an der Mailänder Börse, dem mit Abstand größten Aktienmarkt in Italien, insgesamt 5,57 Mrd. Aktien gehandelt, 375 Millionen oder sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Am gesamten italienischen Börsenumsatz war Mailand im vergangenen Jahr mit 89 Prozent beteiligt, gegenüber 93 Prozent im Vorjahr. Rund 35 bis 40 Prozent der in Mailand ausgeführten Aufträge stammten von anderen Plätzen.

Über die Form der Börsenkonzentration gehen die Auffassungen zwischen dem Mailänder Börsenvorstand und den Vorständen der übrigen neun Börsen bisher noch auseinander. Die neun kleinen Börsen wollen nach einer Erklärung des Präsidenten der Börse Rom, Alberto Berti, in Zukunft „nicht mehr nur Zwischenhändler zweiter Klasse" sein, sondern direkt auf allen Börsenplätzen operieren.

Die Vorstände der neun kleinen Börsen sehen den Einheitsmarkt als Voraussetzung dafür an, Großaufträge, wie im Falle der Investmentfonds, an die Börse zu ziehen. Das Mittel dazu sehen die kleinen Konkurrenten von Mailand in dem Aufbau einer Bildschirmbörse. Sie verweisen hierbei auf die guten Resultate, die mit dem Anfang 1984 eingeführten und auf die zehn wichtigsten Titel des Kurszettels beschränkten Experiment einer Bildschirmverbindung zwischen den neun kleinen Plätzen erzielt wurden. Unter anderem nahm der Umsatz an der Börse Rom, der größten unter den Provinzplätzen, um 40 Prozent zu.

Demgegenüber stehen die Mailänder Makler nach einer Erklärung des Sprechers des Börsenvorstandes der Mailänder Börse, Leonida Gaudenzi, auf dem Standpunkt, daß die Computerverbindung über die Bonität des Kauf- oder Verkaufspartners keinen Aufschluß gibt und daher „niemals akzeptiert werden kann". Als Kompromiß schlagen die Mailänder deshalb die Bildung von gemischten Maklergesellschaften vor, in denen die Makler aller zehn Börsenplätze vertreten sein sollen.

Während die Börsenreform schon in Kürze ins Haus steht, hat die Aufsichtskommission für die Qualifizierung des Kurszettels eine Zeitspanne von drei Jahren ins Auge gefaßt. Das ist die Frist, die den gehandelten Gesellschaften gesetzt wurde, um sich den Bedingungen für die amtliche Börsennotiz anzupassen: Mindestens 25 Prozent des Kapitals müssen am Markt und drei Jahre hintereinander mit Gewinn abgeschlossen sein. In diesem letzteren Fall ist die italienische Börsenkommission damit sogar noch über die EG-Empfehlungen hinausgegangen, die nur die Vorlage von drei Jahresbilanzen als Voraussetzung für die Notiz vorsehen.

Auf diese Weise will die Kommission ihrem Präsidenten Piga zufolge „die Zügel schärfer anziehen", um die Börse vom Ausschuß zu befreien. Gleichzeitig sollen die Anstrengungen verstärkt werden, um neue Unternehmen an die Börse zu holen.

Im Jahre 1984 wurden an der Mailänder Börse zehn Gesellschaften neu in den Kurszettel aufgenommen, drei gestrichen und fünf zeitweilig suspendiert. Insgesamt stieg die Zahl der in Mailand notierten Aktien von 149 auf 156. Davon waren zum Jahresende zehn suspendiert, gegenüber 13 zur selben Vorjahreszeit.

Die von der Börsenaufsichtskommission gestellten Bedingungen zur Börsennotiz erfüllen gegenwärtig mindestens 60 Gesellschaften nicht.

RGW-LÄNDER / Gipfelbeschlüsse werden realisiert

Kernkraft wird ausgebaut

dpa/VWD, Berlin

Der auf der Gipfelkonferenz der Staaten des östlichen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Juni 1984 beschlossene beschleunigte Ausbau der Kernenergie soll in konkrete Programme gefaßt werden, die bis zum Jahre 2000 reichen. Wie der stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Komitees der UdSSR für Außenwirtschaftsbeziehungen, Alexander Katschanow, in einem Artikel in der Zeitschrift „Außenhandel" schreibt, wird die UdSSR ihren Beitrag zur Errichtung von Kernkraftwerken und Kernheizwerken in den anderen RGW-Ländern im Fünfjahrplan 1986/90 verdoppeln. Gegenwärtig sind in den RGW-Ländern (ohne UdSSR) 14 Energieblöcke mit einer installierten Gesamtleistung von rund 5000 Megawatt in Betrieb.

Unter Beteiligung von Ungarn, Polen und der CSSR entsteht in der UdSSR das Kernkraftwerk Chmelnizki mit einer geplanten Leistung von 4000 Megawatt, das durch die anteilige Lieferung von Elektroenergie bezahlt wird. In Bulgarien wird derzeit im Kernkraftwerk Kosloduj der erste von zwei 1000-Megawatt-Reaktoren errichtet, der noch in diesem Jahr angefahren werden soll. Das Kraftwerk verfügt bisher über vier 440-Megawatt-Reaktoren. Gleichzeitig laufen die Bauvorbereitungen für ein neues bulgarisches Kernkraftwerk in Belene an der Donau, wo zunächst zwei 1000-Megawatt-Reaktoren entstehen sollen, eine Erweiterung auf insgesamt 4000 Megawatt ist vorgesehen. Bulgarien will bis 1990 den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung auf 40 Prozent erhöhen.

In Ungarn sind im Kernkraftwerk Paks zwei 440-Megawatt-Reaktoren in Betrieb, die beiden nächsten sollen 1985 und 1986 übergeben werden. Danach dürfte der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung rund ein Viertel betragen. In der „DDR" ist die Inbetriebnahme der dritten und vierten Ausbaustufe des Kernkraftwerks Nord mit jeweils zweimal 440 Megawatt für die Jahre 1986 bis 1990 geplant. Die bisherigen vier 440-Megawatt-Blöcke erzeugen rund zwölf Prozent der Elektroenergie der „DDR". Für das geplante Kernkraftwerk Stendal sind zwei 1000-Megawatt-Reaktoren vorgesehen.

In Polen haben die Bauarbeiten am Kernkraftwerk Zarnowiec mit einer geplanten installierten Leistung von viermal 440 Megawatt begonnen. Die Inbetriebnahme ist für die Jahre 1990 bis 1992 vorgesehen. Für das rumänische Kernkraftwerk Moldova wird die UdSSR einen 1000-Megawatt-Reaktor liefern, eine Erweiterung auf 3000 Megawatt ist vorgesehen. Der erste Block soll 1990 in Betrieb gehen.

Das umfangreichste Ausbauprogramm hat die CSSR. Gegenwärtig werden die Kernkraftwerke Bohunice, Dukovany und Mohovce gebaut oder ausgebaut. Insgesamt werden zwölf Blöcke von je 440 Megawatt errichtet. In Betrieb sind inzwischen drei Blöcke in Bohunice, vor der Fertigstellung steht der erste Block in Dukovany. Nach Inbetriebnahme der zwölf Einheiten dürfte sich der Anteil der Kernenergie an der tschechoslowakischen Energieerzeugung auf 32 bis 34 Prozent belaufen. Projektiert wird ein weiteres Kernkraftwerk in Temelin mit einer Gesamtleistung von 4000 Megawatt (vier 1000-Megawatt-Reaktoren). Die CSSR ist das einzige Land des RGW, das neben der UdSSR Reaktoren produziert.

Sanierung von Stüssgen verzögert

hg, Bonn

Die Mehrheitsaktionäre des Lebensmittelfilialisten Stüssgen, Köln – Rewe-Zentrale, Rewe Efferen und Rewe Siegerland – wollen das angeschlagene Handelsunternehmen solange nicht durchgreifend sanieren, als die Gefahr einer Untersagung der Beteiligung durch das Bundeskartellamt besteht. Die Rationalisierung habe indes begonnen, betont ein Sprecher der Kölner Rewe-Zentrale. Bis Mitte 1984 waren bei Stüssgen Verluste von 14 Mill. DM aufgelaufen.

Innerhalb der Stüssgen-Belegschaft soll wegen der unbestimmten Dauer des Verfahrens Beunruhigung aufgekommen sein. Bei der Wettbewerbsbehörde in Berlin heißt es, daß die Prüfung hätte zügiger erfolgen können, wenn Rewe und ihre beiden Gesellschafter ihre Beteiligungen von sich aus angemeldet hätten. Erst am 21. Januar wollten sie dem Amt ihre Vorstellungen über eine Sanierung von Stüssgen erläutern. Seit dem 1. September halten die Betroffenen insgesamt 51 Prozent an Stüssgen zu jeweils gleichen Teilen.

Jede einzelne Beteiligung ist kartellrechtlich zwar unbedenklich, doch das Kartellamt prüft derzeit, ob die drei Aktionäre nicht als Einheit zu betrachten seien. Außerdem gehöre Rewe in den Kreis der sechs größten Handelsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, heißt es.

Abkehr von den Preissubventionen

AP, Peking

Die chinesische Regierung hat die Hoffnung geäußert, die im Oktober vorigen Jahres angekündigte umfassende Preisreform mit Ablauf des laufenden Fünfjahresplanes 1990 zum Abschluß bringen zu können. In einem Beitrag für das Parteiblatt „Remnin Ribao" und andere Zeitungen wies der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun allerdings darauf hin, daß die Regierung die Neuordnung der Preise nur schrittweise vornehmen werde.

Ziel der Preisreform ist vor allem eine Abkehr von dem System der Preissubventionierung. Die Subventionen verschlingen nach Ansicht westlicher Experten 40 bis 50 Prozent des Pekinger Staatshaushalts. Den Landwirten sicherte Tian aber zu, Subventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch „für eine lange Zeit" zu zahlen. Dennoch wird nach den Worten Tians die erste Stufe der Preisreform auf dem Agrarsektor liegen. Die Einkommen der Bauern sollen davon aber unberührt bleiben.

Das gegenwärtige Preissystem in China nannte Tian „chaotisch". Es gehe an dem Gesetz von Angebot und Nachfrage vorbei. Als Beispiel nannte er Rohstoffe und Energie aus China, die verglichen mit dem Weltniveau besonders billig seien. Als Ausgleich für steigende Verraucherpreise kündigte Tian auch höhere Löhne an.

PERU / Aufgrund der hohen Inflation stellt die Zentralbank von Sol auf Inti um

Bürokratie hemmt freie Wirtschaft

GÜNTER FRIEDLÄNDER, Lima

Die Inflation erschwert in Peru zunehmend das Rechnen mit mit den gültigen Währungseinheiten. Drei verschiedene Finanzminister konnten 1984 eine Inflation von 111,5 Prozent und die weitere Abwertung des Sol um 151 Prozent nicht verhindern. Ende 1984 stand der Sol 5300 zum Dollar, gegenüber 280 Ende 1980, dem Jahr, in dem Peru nach der fast zwölfjährigen Militärdiktatur mit der Wiederwahl Fernando Belaundes zur Demokratie zurückkehrte. Daher hat die peruanische Zentralbank beschlossen, am 1. Februar auf „Inti" umzustellen. Ein Inti wird 1000 bisherigen Soles entsprechen – rund 55 Pfennig. Die alten Münzen und Scheine gelten noch bis 1989.

Neben der Teuerung drücken das südamerikanische Land 13,5 Mrd. Dollar Auslandsschulden. Ende 1984 warteten über 200 Gläubigerbanken auf 200 Mill. Dollar überfällige Zinsen. Peru hatte im Juli vergangenen Jahres alle Zinszahlungen eingestellt. Die Banken in den USA wären am 31. Dezember gezwungen gewesen, an Peru vergebene Kredite als dubios zu erklären, wenn die Regierung Belaundes nicht kurz vor Jahresende beschlossen hätte, den Gläubigern 50 Mill. Dollar mit dem Versprechen zu schicken, weitere Zahlungen im Januar zu leisten.

Die Regierung gibt der ehemaligen Militärdiktatur die Schuld für die hohen Auslandsverbindlichkeiten. Die USA sollten aus politischen Gründen helfen, den Druck der Schulden zu mindern. Dieses Argument überzeugt in Washington nicht, wo man meint, der Internationale Währungsfonds (IWF) sei der Partner bei der Entwicklung einer Strategie für die wirtschaftliche Gesundung, während die Schuldenregelung mit den Gläubigern direkt ausgehandelt werden müsse. Aber die früher in einem Abkommen mit dem IWF angestrebten Ziele erwiesen sich als unerreichbar, und Belaunde will keine neuen Sparmaßnahmen billigen, die die Arbeitslosigkeit noch steigern und die seit zwanzig Jahren niedrigsten Löhne und Gehälter des Landes noch senken würden.

Belaundes Regierung wird oft vorgeworfen, daß sie nicht versuche, die Fehler der Militärregierung auszumerzen. Damals waren Staatliche Eingriffe an der Tagesordnung. Bis heute hat sich nicht viel gebessert. Das peruanische „Institut für Freiheit und Demokratie" gibt erschütternde Zahlen bekannt: Statt zu der versprochenen freien Wirtschaft zurückzukehren, erläßt die Regierung jährlich im Durchschnitt 30 000 Anordnungen, die die Wirtschaft regulieren sollen, sie aber in Wirklichkeit behindert. Die Bürokratie hemmt alle Initiativen. Fast fünf Jahre nach dem Abgang der Generäle betreibt die Regierung noch 174 staatliche Unternehmen und 75 Prozent aller Banken.

Belaunde begann seine Regierung mit einem großzügigen Aufbauplan, der Perus Wirtschaft eine moderne Infrastruktur geben sollte. Zwar rühmt Belaunde sich, daß er mehr Schulen baute als in den 50 vorangegangenen Jahren gebaut wurden, daß er die Versorgung mit Elektrizität um 20 Prozent anhob und Straßen durch den Dschungel legte, um die Anbauflächen der Landwirtschaft zu vergrößern. Aber die Landflucht hielt an und vergrößerte die Armut in den Städten.

Unvorhergesehene Schwierigkeiten ergaben sich: das Fallen der Weltmarktpreise für peruanische Exporte, abwechselnde Trockenheit und Überschwemmungen, deren Schäden auf eine Milliarde Dollar geschätzt werden, die Verschiebung der Strömungen im Stillen Ozean, die die Fischmehlindustrie zerstörte. 1983 sank der Wert des Bruttoinlandproduktes gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent.

(SAD)

NAMEN

Ronald Feldmann wurde zum Leiter der Produktionsabteilung der Gummiwerke Fulda GmbH, Fulda, ernannt. Er ist Nachfolger von **Hans-Walter Kretschmer**, der in den Ruhestand trat.

Norbert M. Geithner (37), zuletzt Direktor Sales Operations bei Glücksklee/Lünebest, ist seit Dezember 1984 Direktor für Marketing und Verkauf bei Chicogo Cosmetic GmbH, Düsseldorf.

Klaus F. Hummel und **Ulrich H. A. Pochert**, beide langjährige Mitglieder der Geschäftsführung des Unternehmensbereichs Internationaler Handel der Coutinho, Caro & Co. AG, Hamburg, sind zu Generalbevollmächtigten der Gesellschaft ernanet worden.

Dr. Joachim P. Rockstuhl ist am 31. Dezember im gegenseitigen Einvernehmen aus dem Vorstand der Schubert + Salzer Maschinenfabrik AG, Ingolstadt, ausgeschieden. Er wurde Partner einer Unternehmensberatungsgesellschaft.

Hans-Jürgen Deis, früher Vertriebschef der Bausparkasse Schwäbisch Hall, wurde Leiter der Verkaufsdirektion der Winterthur-Versicherungen in Deutschland.

Karl Flach, Inhaber der im Familienbesitz befindlichen Afri-Cola Bluna GmbH, Köln, feierte am 9. Januar den 80. Geburtstag.

MBB / Änderungen im Gesellschafterkreis

Nun auch Banken beteiligt

DANKWARD SEITZ, München

Zu einer bemerkenswerten Veränderung im Gesellschafterkreis der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH ist es zu Beginn dieses Jahres gekommen: Mit jeweils fünf Prozent haben sich die Bayerische Vereinsbank AG (BV), München, und die *Dresdner Bank AG, Frankfurt*, am Grundkapital von 600 Mill. DM des Münchner Luft- und Raumfahrtkonzerns beteiligt. Während ein BV-Sprecher das Engagement seines Hauses auf Anfrage bestätigte, war dazu aus Frankfurt gestern keine Stellungnahme zu erhalten. Keine Angaben wurden zum Kaufpreis gemacht. Spekuliert wird jedoch, daß je Anteil 30 Mill. DM bezahlt worden sein sollen.

Die Anteile hat die BV den Angaben zufolge von den bei MBB-beteiligten Industrie-Gruppen erworben. Allianz und Bosch – sie sind über die ABM-Beteiligungsgesellschaft beteiligt – sowie Siemens und Thyssen (über die Fides-Industriebeteiligungs mbH) hätten die jüngste Kapitalerhöhung bei MBB nicht voll mitmachen wollen und sich daher von jeweils 2,5 Prozent getrennt. Darüber, daß demnächst noch eine dritte Bank MBB-Anteile übernehmen wird, wie Gerüchte besagen, davon „wissen wir *nichts*", so der BV-Sprecher.

In ihren Engagements sehen die Banken offensichtlich gute Chancen im Finanzierungsgeschäft der zukunftsträchtigen Aktivitäten von MBB. Der Konzern verfolgt, wie sein Chef Hanns Arnt Vogels im Dezember andeutete, weitreichende Ziele, die sich spätestens ab 1987 in mächtigen Umsatzsprüngen niederschlagen sollen. So kann MBB von dem Auftrag profitieren, den Airbus-Industries mit der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm geschlossen hat. Außerdem hat die geplante Übernahme der Münchner Krauss-Maffei AG Aufsehen erregt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Pittler beteiligt Mitarbeiter

Hannover (dös) – Die Gildemeister AG, Bielefeld, die seit 1983 mit 75 Prozent an der Pittler Maschinenfabrik AG, Langen, beteiligt war, hält nicht mehr die Mehrheit am Pittler-Kapital von 18,5 Mill. DM. Im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsmodells für Führungskräfte, so Gildemeister-Finanzvorstand Heinz Schaefer, sei eine Schachtelbeteiligung bei einer Unternehmensberatungs-Gesellschaft „geparkt" worden, bis die steuerlichen Aspekte geklärt sind. Nach den Worten Schaefers, der bis Mitte Dezember auch Vorstandsmitglied bei Pittler war und in den Aufsichtsrat wechseln wird, sind die Ziele einer engeren Kooperation zwischen Pittler und Gildemeister inzwischen realisiert worden. Weitere Veränderungen seien nicht beabsichtigt.

Neue Gesellschafter

Hameln (dos) – Das Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkase für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln, hat den Gesellschafterkreis erweitert. Die bisherigen Anteilseigner, die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG in Frankfurt und der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund in Bonn – beide hielten bisher 50 Prozent des Stammkapitals von gut 651 Mill. DM – haben jeweils ein Prozent an die Deutsche Beamtenversicherung (DBV) in Wiesbaden und an die gewerkschaftseigene Volksfürsorge in Hamburg abgegeben. Nach Angaben der BHW-Bausparkasse erfolgte die Übernahme der Anteile im Rahmen einer engeren Kooperation mit den Versicherungsgesellschaften. Dabei gehe es um eine stärkere Nutzung der bestehenden Vertriebswege.

Prof. Hansen 75 Jahre

Düsseldorf (J. G.) – Länger als jeder andere Bayer-Chef der Nachkriegszeit stand er 13 Jahre hindurch an der Vorstandsspitze des Chemiekonzerns, danach ein Jahrzehnt an der Spitze des Aufsichtsrates, dessen Ehrenvorsitzender er seit 1984 ist. Prof. Dr. Kurt Hansen, der am 11. Januar 75 Jahre alt wird, hat die heutige Struktur dieses Weltunternehmens entscheidend und zumeist erfolgreich mitgeprägt. Die Firma dankte es ihm schon vor dem Abschied aus dem Vorstandsamt auch mit einer seinen Namen tragenden Stiftung zur Ausbildungsförderung naturwissenschaftlicher Lehrkräfte. Neben zahlreichen Ehrenämtern ist der vitale Ruhestandsmanager noch heute als Commerzbank-Aufsichtsratsmitglied aktiv.

HEIMTEXTIL '85 / Meist günstige Jahresberichte der mittelständischen Branche

Größte Sorge ist die Importflut

INGE ADHAM, Frankfurt

Wie ein roter Faden zieht sich durch Gespräche mit Ausstellern auf der gerade eröffneten Heimtextil '85 (9. bis 12. Januar) in Frankfurt die Sorge um eine Importflut, die mit niedrigeren Preisen den heimischen *Herstellern das Geschäft kaputtmacht.* Zwar ist es – wie zufriedene Jahresberichte zeigen – den pfiffigen Mittelständlern oft gelungen, durch ein wegen des Dollarkurses weit geöffnetes Exportventil Ausgleich zu schaffen, aber die Bedenken, wie lange dieser Weg trägt, sind unüberhörbar. Preiserhöhungen werden zwar von vielen Herstellern angekündigt, was tatsächlich durchsetzbar ist, wird aber erst die Messe zeigen.

Ibena zufrieden

Vor allem eine hervorragende Exportentwicklung (plus 50 Prozent auf 30 Mill. DM) hat der Ibena Textilwerke Beckmann GmbH + Co, Bocholt, ein zufriedenstellendes Jahr mit einem zehnprozentigen Umsatzplus auf 99 Mill. DM beschert und damit ganzjährig Vollbeschäftigung ermöglicht. Bei überaus unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Produktgruppen stieg der Umsatz mit Artikeln für Haus und Heim insgesamt um 5 Prozent, der gleichzeitige Rückgang um 10 Prozent im Inland in diesem Bereich zeigt deutlich, daß auch Ibena von der Kaufzurückhaltung bei Bettwäsche und Decken betroffen war, da man gleichzeitig jedoch bei technischen Textilien vorangekommen ist – Anteil jetzt 25 (20) Prozent am Umsatz –, stimmt gleichwohl die Rendite. Für dieses Jahr hofft Geschäftsführer Josef-Albert Beckmann auf eine leichte Belebung im Inlandsgeschäft bei weiter steigenden Exporten.

Kettelhack voll ausgelastet

Von einem „erfolgreichen" Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) spricht die Hch. Kettelhack GmbH + Co., Rheine: Bei einem Umsatzplus von 15 Prozent auf 37 (32) Mill. DM produzierte das Unternehmen mit unverändert 280 Beschäftigten in voll genutzten Kapazitäten insgesamt gut 11 Mill. Quadratmeter Gewebe, 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Zwar sei insgesamt zu kostendeckenden Preisen verkauft worden, heißt es, die Entwicklung sei in den einzelnen Bereichen jedoch sehr unterschiedlich. Besonders erfolgreich war das Unternehmen wiederum im Geschäft mit Wäsche für Krankenhäuser und Hotels, der Trend zum Wäscheleasing brachte neue Kunden. Insgesamt entfallen jetzt gut 40 Prozent des Umsatzes auf diesen Bereich. Bei Bettwäsche für den Privatmann spürte auch Kettelhack (Marke: Heike) den „mörderischen" Preiskampf. Gleichwohl ist das Unternehmen für dieses Jahr zuversichtlich, zumal der Export (Quote 14 nach 9 Prozent) gut laufe und man sich mit dem Einstieg in eine dritte Produktgruppe (Gewebe für Berufsbekleidung) ein neues Bein schaffe.

Ado mit guter Rendite

Solange wie möglich die Preise halten, will Hubert Wulf, Firmenchef der Ado Gardinenwerke, Aschendorf, Ems. Sollten die Rohstoffkosten aber weiter klettern wie bisher, sieht auch Wulf die Notwendigkeit von Erhöhungen, denn „an die Substanz" soll es keinesfalls gehen. Die ist freilich bei dem mit 15 Prozent Marktanteil größten deutschen Gardinenhersteller wohl recht gut: Die Eigenkapitalquote seiner Gruppe gibt Wulf mit gut 50 Prozent an, die Rendite von rund 5 Prozent kennzeichnet er mit „noch gut". Ado steigerte 1984 seinen Gruppenumsatz um gut 9 Prozent auf 152 (139) Mill. DM, davon entfallen etwa 90 Mill. DM auf die Bunderepublik, wo 600 der insgesamt gut 800 *Beschäftigten arbeiten. Insgesamt* betreibt Ado neun Auslandsniederlassungen, darunter drei Produktionen in den USA, Frankreich und den Niederlanden, sowie eine Konfektion in Österreich.

Aufschwung bei Anker

Ein „ungeahnter Aufschwung" im Objektgeschäft im zweiten Halbjahr 1984 hat der Anker-Teppichfabrik Gebrüder Schoeller GmbH & Co KG, Düren, im vergangenen Jahr ein Umsatzplus von 12 Prozent auf 107 Mill. DM beschert. In einigen Artikeln, so Geschäftsführer Horst Haslinger, sei man für Monate ausverkauft gewesen, die unverändert 500 Mitarbeiter und die Kapazitäten seien voll ausgelastet, teilweise seien sogar Neueinstellungen auf Zeit nötig gewesen. Den derzeitigen Auftragsbestand von Anker, das etwa zu 40 Prozent für das Objektgeschäft arbeitet, beziffert Haslinger auf drei Monate. Das Umsatzplus im Export machte 10 Prozent aus, wobei sich das 1983 begonnene Geschäft mit USA und Kanada erwartungsgemäß entwickelt habe. Die Exportquote liegt jetzt bei 20 Prozent. Bei Preiserhöhungen von rund 2,5 Prozent habe die Ertragsentwicklung mit der Umsatzenwicklung in etwa Schritt gehalten, betont Haslinger. Für dieses Jahr sind Erhöhungen um rund 3 Prozent geplant. Mit hochwertigen Teppichböden hofft Anker 1985 auf ein „normales" Jahr, trotz der erwarteten Beruhigung im Objektmarkt.

Schaeffler fast im Gewinn

In diesem Jahr will die Schaeffler-Textilgruppe, Bamberg, endlich wieder in die Gewinnzone vorstoßen. Fast sei dieses Ziel schon 1984 erreicht worden, sagte Unternehmensleiter Rainer Verstynen bei einem Überblick über das vergangene Jahr. Der Automobilstreik, der sechs Wochen Kurzarbeit in den Werken Berlin und Bamberg erzwang, habe diese Erwartung jedoch zunichte gemacht. Den streikbedingten Umsatzausfall gibt Verstynen mit über 6 Mill. DM an. Der gesamte Umsatz der Gruppe – Schaeffler Teppichwerke KG und Schaeffler Teppichboden GmbH, Bamberg, Teppichwerk Regensburg GmbH, Vereinigte Tufting-Werke Berlin und Full Tuft GmbH, Bamberg – wuchs bei stagnierendem Mengenabsatz im vergangenen Jahr nur um 2 Prozent auf 244 (239) Mill. DM. Damit seien die Ziele zwar nicht erreicht worden, so Verstynen, die Entwicklung war jedoch besser als im Branchendurchschnitt (minus 1 Prozent). Die Mitarbeiterzahl lag am Jahresende bei 1561 (1544) Beschäftigten, investiert wurden 8,5 Mill. DM, ein „Normalmaß" nach den hohen Investitionen für den Bau des Berliner Werks in den beiden Vorjahren (insgesamt 50 Mill. DM). Für dieses Jahr sind 10 Mill. DM geplant. Zur Heimtextil hat Schaeffler die Preise im Durchschnitt um 5 Prozent erhöht, die Erhöhungen des Vorjahres ließen sich nicht überall durchsetzen.

GRUNDKREDITBANK / Führungsfrage noch ungeklärt

Spareinlagen unerwartet hoch

ot. Berlin

Die Grundkreditbank eG – Volksbank –, Berlin, sei personell und organisatorisch für die Zukunft gerüstet, die Ertragslage unverändert gut. Mit dem Vorstandsvorsitzenden Ulrich C. C. Jancke, der am Jahresende ermordet wurde, habe der Motor der Bank zwar eine Menge PS verloren, laufe aber weiter auf Touren. Denn Jancke habe in der Bank, die er 15 Jahre lang geprägt hat, eine hervorragende Mannschaft aufgebaut.

Das sagte Vorstandsmitglied Hans-Wilhelm Bartmann, der jetzt zusammen mit Josef Baiz und Dr. Klaus Schaeffer diese Genossenschaftsbank leitet, vor Journalisten in Berlin. Die Diskussion nach der Ermordung Janckes habe sich teilweise auf die Geschäfte ausgewirkt. Jetzt gehe die Grundkreditbank aber wieder in die Offensive. Ob es einen neuen Vorstandsvorsitzenden geben oder der Vorstand in Zukunft die Bank kollegial führen werde, hänge von der Entscheidung des Aufsichtsrates ab, der am 24. Januar tagen wird.

Im noch voll von Jancke geprägten Jahr 1984 hat die Grundkreditbank den Zahlen zufolge wieder hervorragend abgeschlossen. Die Bilanzsumme der zweitgrößten Berliner Genossenschaftsbank stieg um 6,4 Prozent auf 1,738 Mrd. DM. Mit diesem Zuwachs liegt das Institut nach Angaben von Schaeffer über den bisher bekanntgewordenen Branchenzahlen. Die vollbefriedigende Ertragslage von 1983 wurde gehalten.

So kündigte Bartmann jetzt schon – natürlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Vertreterversammlung – eine unveränderte Bruttodividende einschließlich Steuergutschrift von 12 Prozent für 1984 an. Darüber hinaus sollen aus dem Gewinn, der parallel zur Bilanzsumme auf 8,5 (8,1) Mill. DM gestiegen ist, wieder 6 Mill. DM in die Rücklagen gestellt werden. Auch die auf 3,12 (3,03) Prozent verbesserte Zinsmarge ist Ausdruck der guten Ertragslage.

Als eine Art Knüller bezeichnet Schaeffer die Entwicklung bei den Spareinlagen. Völlig entgegengesetzt zum Branchentrend haben sie sich um 26,4 Prozent auf 278 (220) Mill. DM erhöht, darunter die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist gar um 40 Prozent auf 172 (123) Mill. DM. Die Grundkreditbank belohnt die Sparer allerdings auch mit einem Bonus.

Im Kreditgeschäft übersprang die Grundkreditbank erstmals die Milliarden-Grenze. Kundenkredite werden mit 1,07 (0,95) Mrd. DM ausgewiesen; ein Zuwachs von 12,5 Prozent. Besonders im langfristigen Kredit kam die Bank mit 30,4 Prozent auf 410 (314) Mill. DM voran. Auch im Interbankgeschäft hat das Institut die Position verbessert. Während Bankverbindlichkeiten auf 185 (238) Mill. DM zurückgingen, nahmen die Bankforderungen auf 243 (238) Mill. DM zu.

Feldmühle profitierte vom Papierboom

dpa/VWD, Düsseldorf

Die zum Flick-Konzern gehörende Feldmühle AG, Düsseldorf, hat 1984 vom Boom auf dem Papiermarkt kräftig profitieren können und die Papier- und Kartonproduktion um 13 Prozent auf 1,2 Mill. Tonnen gesteigert. Der Gruppenumsatz erhöhte sich um 18 Prozent auf rund 3 Mrd. DM, wobei auch Preiserhöhungen eine Rolle gespielt hätten. Trotz Kostenerhöhungen habe sich das Ergebnis besonders wegen der guten Kapazitätauslastung deutlich verbessert, erklärt Feldmühle, ohne nähere Angaben zu machen. Entscheidend bestimmt worden sei die günstige Absatzentwicklung durch die grafischen Papiere. Im Bereich „Technische Produkte" wuchs der Umsatz um 21 Prozent.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Karlsruhe: Contidata-Vertriebsges. f. Computer-Systeme GmbH; **Mainz:** Thomas Astheimer, Heidesheim; **München:** Rhein-Donau e. V. Lohnsteuerhilfeverein; BOWA-GmbH Spezialbaustoff-Handelsges. f. Boden, Wand, Decken- u. Stukkateurgewerbe, Moosburg; **Peine:** Hohenhamelner Fleischwarenfabrik GmbH, Hohenhameln; **Saarbrücken:** Nachl. d. Katharina Karoline Ehrlich geb. Kohl; **Soest:** IVG Immobilienverwertungsges. mbH, Möhnesee-Westrich; **Wuppertal:** Bergeisen Gießerei-Verwaltungsges. mbH, Velbert 1; Bernd Epstein, Inh. e. Lebensmitteleinzelhandelsgeschäftes.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stuttgart: Weber Verwaltungsges. mbH, Schönaich; **Wuppertal:** Bergisch-Märkisches Eisenwerk Franz Metzger GmbH & Co. KG, Velbert 1.

Vergleich beantragt: Iserlohn: G. Kramer GmbH & Co. KG; Böcker Beteiligungsges. mbH; **Offenbach:** Leo Beck GmbH + Co. KG Lederwaren-Etui-Fabrik.

Renten wenig verändert

Der Rentenmarkt blieb an der Mittwochbörse eindeutig im Schatten des Aktiengeschäfts. Die Umsätze waren verhältnismäßig klein. Die Kurse änderten sich wenig. Öffentliche Anleihen zogen bis um 0,05 bis 0,1 Prozentpunkt an. Die Bundesbank gab zum Marktausgleich nominal 25,5 Millionen Mark ab. Die Umlaufrendite lag unverändert bei 7,03 Prozent. Bundesobligationen lagen praktisch unverändert. DM-Auslandsanleihen konnten sich gut behaupten. Ruhig und gehalten verkehrten Pfandbriefe und Kommunalobligationen.

	8. 1.	7. 1.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	100,75G	100,75G
8 dgl. Pf 34	98G	97,5bG
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,25bG
8 dgl. Pf 51	100,15	100,15bG
Ha5 Britann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	96,75G	96,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	88,25G	88,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G

	8. 1.	7. 1.
Ha8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
9 dgl. KO 53	101G	101bG
7½ dgl. IS 6	102,7G	102,7G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 95	85G	85G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	133,5G	133,5G
5½ dgl. K	110G	110G

	8. 1.	7. 1.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,35	100,35G
7 dgl. 99	100,15G	100,15G
8 dgl. 101	103,75G	103,75G
7½ dgl. 102	102,25G	102,25G
9½ dgl. 126	106,15G	106,15G
D 8 LAG TS 76	101,8	101,8
6½ dgl. TS 77	100,4G	100,4
5½ dgl. 78	97,8	97,8
7 dgl. 79	101,2	101,2

Bundesanleihen

		8. 1.	7. 1.
7½ dgl. 84 S.46	4/89	102,25G	102,25
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	103,25	103,25
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	103,1	103,1
7½ dgl. 84 S.49	10/89	102,15	102,15bG
7¼ dgl. 84 S.50	11/89	101,25	101,25
7 dgl. 84 S.51	12/89	100,2	100,2

Bundesbahn

		8. 1.	7. 1.
F 6½ Bdbahn 79	2/85	100,05G	100,05
8½ dgl. 73	2/85	100,1G	100,1
7 dgl. 77	2/87	101,5	101,5G
6 dgl. 77	9/87	99,5	99,4
6 dgl. 78 II	7/88	99,1	99

Bundespost

Länder – Städte

	8. 1.	7. 1.
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	88,75G	88,5G
6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	99,7G	99,7G
6 dgl. IS 16	99,5G	99,5G
6 dgl. IS 17	98,9G	98,9bG
8½ dgl. KO 49	101,4G	101,4G
8½ dgl. KO 48	101,25G	101,25G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	101,25G	101,25G
9½ dgl. IS 728	100,15G	100,15G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	121G	121G
6 dgl. Pf 4	95,75G	95,75G
6½ dgl. Pf 3	92,5G	92,5G
6½ dgl. Pf 12	92G	92G

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	8. 1.	7. 1.
März	340,50	341,75
Mai	334,00	336,00
Juli	329,00	331,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	8. 1.	7. 1.
St. Lawrence 1 CW	249,36	249,56
Amber Durum	249,34	249,37

Mais Chicago (c/bush)	8. 1.	7. 1.
März	268,25	270,00
Mai	274,25	276,25
Juli	278,00	279,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 1.	7. 1.
März	135,10	136,40
Mai	137,10	137,30
Juli	135,30	136,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	8. 1.	7. 1.
Terminkontr. März	142,35	142,15
Mai	139,75	139,60
Juli	138,25	138,20

Kakao New York ($/t)	8. 1.	7. 1.
Terminkontr. März	2081	[illegible]
Mai	2106	[illegible]
Juli	2109	[illegible]
Umsatz	4094	[illegible]

Zucker New York (c/lb)	8. 1.	7. 1.
Kontrakt Nr. 11 März	4,28	[illegible]
Mai	4,82	[illegible]
Juli	5,00	[illegible]

Kakao London (£/t)	8. 1.	7. 1.
Terminkontrakt März	1932–1933	1894–1895
Mai	1945–1946	1903–1904
Juli	1951–1952	1910–1911
Umsatz	4863	1890

Zucker London ($/t), Nr. 6	8. 1.	7. 1.
März	119,60–119,80	119,20–119,80
Mai	127,20–127,60	127,20–128,00
Aug.	138,20–138,60	138,00–138,60
Umsatz	1129	1398

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	8. 1.	7. 1.
schw. Sarawak spez.	450,00	445,00
weißer Sarawak	680,00	675,00
weißer Muntok	690,00	685,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Talg New York (c/lb)	8. 1.	7. 1.
top white	20,50	20,75
fancy	20,25	20,50
bleichfähig	18,50	18,75
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,50

Schweine Chicago (c/lb)	8. 1.	7. 1.
Febr.	52,05	53,05
April	49,15	49,80
Juni	53,80	54,10

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	8. 1.	7. 1.
Febr.	73,45	75,40
März	73,62	75,56
Mai	75,12	77,10

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	9. 1.	8. 1.
10.30	298,35	304,40
15.00	300,50	302,00
Zürich mittags	298,50–299,00	304,00–304,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	93 500	94 650

Silber (p/Feinunze)	9. 1.	8. 1.
London Kasse	514,70	525,95
3 Monate	527,05	539,05
6 Monate	540,20	552,10
12 Monate	568,15	580,65

Platin (£-Feinunze) London	8. 1.	7. 1.
fr. Markt	238,40	236,00

Palladium (£-Feinunze) London	8. 1.	7. 1.
f. Händlerpr.	99,45	99,00

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Blei 3 Monate	329,50–330,00	329,50–330,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1162,5–1163,0	1155,0–1156,0
3 Monate	1170,0–1170,5	1159,0–1159,5
abends Kasse	–	1152,0–1153,0
3 Monate	–	1159,5–1160,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1159,0–1160,0	1145,0–1147,0
3 Monate	1170,0–1171,0	1150,0–1162,0
Zink (£/t) Kasse	719,75–720,00	716,00–718,00
3 Monate	711,00–711,50	707,00–709,00
Zinn (£/t) Kasse	9825–9830	9875–9885
3 Monate	9797–9800	9910–9915
Quecksilber ($/fl)	–	330–335
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	55–70

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giesken, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nippons Wirtschaft bleibt weiter auf Expansionskurs

Von FRED de LA TROBE

Die japanische Wirtschaft blieb im Jahr 1984 auf Expansionskurs. Die Entwicklung in der ersten Jahreshälfte war allerdings steiler nach oben gerichtet als in den folgenden Monaten. Im Quartal Juli–September verlangsamte sich das reale Wachstum auf 0,7 Prozent im Vergleich zum vorausgehenden Vierteljahr und auf Jahresbasis berechnet auf 3 Prozent. In der Zeit April–Juni hatte der Zuwachs auf Jahresbasis noch wuchtige 7,6 Prozent ausgemacht. Das langsamere Tempo vom Sommer an war eine direkte Folge der stark abfallenden Exportzunahme, die wiederum auf die leichte Konjunkturabkühlung in den USA zurückzuführen war.

Die wichtigste Stütze der japanischen Wirtschaftsentwicklung waren 1984 wieder die Ausfuhren, die vom Februar bis Juni jeweils etwa 20 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat lagen. Zwischen Juli und Oktober schwankten sie zwischen 14 und 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Das zweite starke Bein, auf das sich die Konjunktur stützen konnte, waren die kräftig zunehmenden Anlageinvestitionen. Damit zeichnete sich ein besseres Gleichgewicht zwischen ausländischer und interner Nachfrage ab; während der drei letzten Jahre waren es nämlich überwiegend nur die Exporte gewesen, die zu den Wachstumsraten der Wirtschaft beitrugen.

Die Binnennachfrage erhielt allerdings vom Privatkonsum nur schwache Impulse. Die durchschnittlichen Ausgaben eines Haushalts im Quartal Juli–September lagen nur um 1 Prozent höher als in der gleichen Vorjahresperiode. Die Zurückhaltung der Käufer erklärte sich aus dem geringen Steigen des Einkommensniveaus. Die reale Lohnhöhe (1980 = 100) lag im September auf dem Indexstand von 109. Das waren 2,2 Prozent mehr als vor einem Jahr.

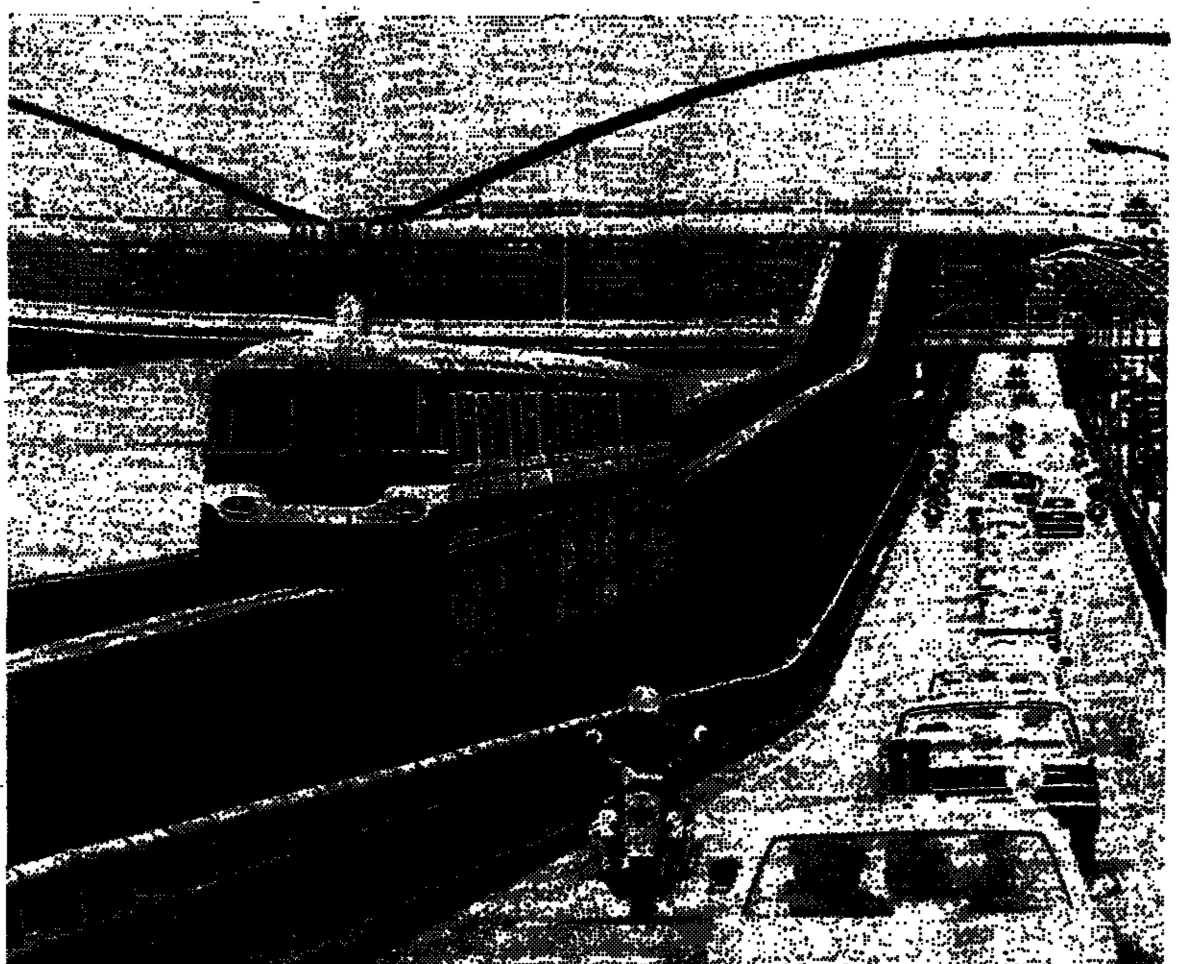
Verhältnismäßig stabil blieben aber auch die Preise. Im Oktober lagen die Großhandelspreise um 0,7 Prozent und die Verbraucherpreise um 2,7 Prozent über dem Vorjahresstand. Daß die Teuerung so geringfügig blieb, hatte vor allem drei Gründe: Das Angebot übertraf fast überall die Nachfrage, das Steigen der Löhne blieb meist hinter der Produktivitätszunahme zurück, und die internationalen Warenmärkte einschließlich des Öls tendierten schwach.

Das staatliche Wirtschaftsplanungsamt rechnet noch damit, daß die von ihm für das laufende Fiskaljahr (bis Ende März 1985) vorausgesagte reale Wachstumsrate von 5,3 Prozent verwirklicht werden kann. Die japanischen Großbanken und angesehenen Forschungsinstitute erwarten eine reale Rate, die zwischen dem Mindestwert von 4,8 Prozent (Nomura Research Institute) und dem Maximum von 5,4 Prozent (Nikko Research Center) liegt.

Für die verbleibenden Monate des Fiskaljahrs wird allerdings überwiegend in der Folge der langsameren Konjunkturfahrt in den USA eine leichte Abschwächung des Wachstumstempos vorausgesehen. Eine kurzfristige Prognose der Bank von Japan erwartet in der zweiten Hälfte des laufenden Fiskaljahrs eine kleine Abnahme der in- und ausländischen Nachfrage.

Teile der regierenden Liberaldemokratischen Partei setzen sich für größere öffentliche Ausgaben zur Stimulierung der Konjunktur ein. Die Regierung und vor allem das Finanzministerium halten aber bisher an den Sparmaßnahmen zum Abbau der Staatsverschuldung fest. Der riesige Schuldenberg stellt noch immer das Hauptproblem der Wirtschafts- und Finanzpolitiker dar, die Aussichten sind gering, daß das Ziel, die Ausgabe defizitdeckender Obligationen bis 1990 einzustellen, erreicht werden kann.

Die japanischen Exporte stiegen in den ersten 10 Monaten dieses Jahres um 16,7 Prozent auf 397,5 Milliarden DM. Die Importe erhöhten sich in der gleichen Zeit um 14,4 Prozent auf 318,2 Mrd. DM. So verblieb ein Ausfuhrüberschuß von 79,3 Mrd. DM. Die Lieferungen in die USA nahmen in dieser Periode um etwa 45 Prozent zu. So kam der Exportüberschuß mit den Vereinigten Staaten allein auf den Rekord von 80,3 Mrd. DM, fast das Doppelte im Vergleich zu dem entsprechenden Betrag in der gleichen Periode des Vorjahres.



Schwebend in die Zukunft: Langzeitversuch mit einer Magnetbahn in Tokio

FOTO: J. DARCHINGER

Dabei spielte die Schwäche des Yen gegenüber dem Dollar, die Japans Exporte in die USA verbilligte, eine nicht unbedeutende Rolle. Von einem durchschnittlichen Wechselkurs von 233,94 Yen zum Dollar im Januar sank die japanische Währung auf 246,70 Yen zum Dollar Anfang Dezember. Der große Ausfuhrüberschuß in diesem Jahr, der nach den Voraussagen des Wirtschaftsplanungsamts einen Wert von 108 Mrd. DM erreichen dürfte, ist gegenwärtig eine der Hauptsorgen der Wirtschaftspolitiker in Tokio.

Die Leistungsbilanz schloß in den ersten zehn Monaten 1984 mit einem Aktivsaldo von 77,8 Mrd. DM ab, während die Zahlungsbilanz infolge großer Kapitalabflüsse in dieser Zeitspanne – vor allem wegen des höheren Zinsniveaus in den Vereinigten Staaten – mit 32,8 Mrd. DM in die roten Zahlen geriet. Die japanischen Devisenreserven beliefen sich Ende Oktober auf einen Wert von 77,1 Mrd. DM oder 4,1 Mrd. mehr als ein Jahr vorher.

Die Anlageinvestitionen der Industrie, neben den Exporten die zweite Hauptstütze der japanischen Konjunktur, werden laut einer Untersuchung der Bank von Japan im laufenden Fiskaljahr um 7,1 Prozent steigen. Das Wirtschaftsplanungsamt rechnet neuerdings mit einer Zunahme von 10,7 Prozent und das Industrieministerium (Miti) sogar mit einer Erhöhung von 13,8 Prozent. Im Fiskaljahr 1983 war dagegen noch eine Abnahme von 1 Prozent registriert worden. Die Neuaufträge für Maschinen, Indikatoren für die Entwicklung der Investitionen, lagen im Quartal Juli–September durchschnittlich um 16 Prozent höher als in der gleichen Vorjahresperiode.

Die Expansion der Kapitalinvestitionen wurde durch die gute Gewinnlage der meisten Firmen ermöglicht. Einer Umfrage der Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai Shinbun" zufolge erhöhten sich im Geschäftshalbjahr April–September in zwei Drittel aller Branchen die Reingewinne infolge hoher Betriebsraten und Umsätze. Bis zum Ende des laufenden Fiskaljahres erwartet sogar ein Drittel aller Firmen Rekordgewinne. Besonders günstige Abschlüsse meldeten die Hersteller elektronischer Produkte und die Autounternehmen.

Ein entscheidender Beweggrund für den energischen Investitionsschub ist auch die Sorge der Japaner, ihre Anlagen könnten im Vergleich zu den modernen amerikanischen Werken in verschiedenen Bereichen an Wettbewerbsstärke verlieren. Die verarbeitende Industrie plante für das laufende Fiskaljahr eine Aufstokkung ihrer Investitionen für die betriebliche Automatisierung um 70 Prozent. Für die Büroautomatisierung war eine Erhöhung von 20 Prozent vorgesehen. Eine Kapazitätsausweitung plant vor allem die elektronische Industrie einschließlich der Hersteller von Halbleitern und Computern. Nur die von der Absatzflaute betroffenen Branchen wie die Eisen- und Stahlindustrie, der Schiffbau und die Bauwirtschaft halten sich in diesem Jahr mit Investitionsvorhaben zurück.

Günstigere Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt haben ebenfalls Anreize zu höheren Investitionen geliefert. Besonders mittlere und kleine Unternehmen zogen Vorteile aus dem billigeren Kredit. Die durchschnittliche Zinshöhe auf Bankenausleihungen und Privatdiskonten sank von 7,05 Prozent im September 1983 auf 6,63 Prozent im September dieses Jahres. Nur die Hochzinsen in den USA haben ein weiteres Fallen der japanischen Raten verhindert. Die offizielle Diskontrate steht seit Herbst vergangenen Jahres bei 5 Prozent. Die langfristige Prime Rate der Banken wurde im Oktober um 0,3 Prozent auf 7,6 Prozent gesenkt.

Infolge des raschen Steigens der Exporte und Investitionen hat auch die Industrieproduktion kräftig angezogen. Im Oktober lag sie um 11,7 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Besonders hohe Steigerungsraten während des Jahres erzielten Unterhaltungselektronik, Autos, Werkzeugmaschinen und Uhren. Die Lagerbestände in der verarbeitenden Industrie lagen im Oktober um 7,8 Prozent höher als vor Jahresfrist. Die öffentliche Bautätigkeit war in den Sommer- und Herbstmonaten etwas schwächer als im Vorjahr, während die privaten Bauprojekte um etwa vier Prozent höher lagen.

Die Zahl der Arbeitslosen belief sich im Oktober auf 1,60 Millionen (2,8 Prozent). Nach deutscher Berechnungsart dürfte diese Quote mindestens doppelt so hoch liegen. Die Arbeitslosenrate der Frauen – besonders in der Altersgruppe von 15–24 Jahren – lag mit 2,92 Prozent auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren. Im Oktober waren insgesamt 58,6 Millionen Personen beschäftigt. Das waren 0,9 Prozent mehr als vor einem Jahr.

In einem Ausblick auf das Fiskaljahr 1985 rechnet das Wirtschaftsplanungsamt mit einem realen wirtschaftlichen Wachstum von 4 Prozent, etwas weniger als die 5,3 Prozent im laufenden Fiskaljahr. Ein bescheideneres Ergebnis sei zu erwarten, da wegen der langsameren Konjunkturfahrt in den USA die Exporte nicht mehr so steigen würden wie bisher. Die Anlageinvestitionen würden dagegen noch um 7–8 Prozent zunehmen. Die Fuji Bank hält es allerdings für wahrscheinlicher, daß mit der infolge der geringen Ausfuhrsteigerung flauen Nachfrage auch die Investitionen nur wenig Zuwachs verzeichnen würden.

Wegen der vorausgehenden hohen Investitionen würden 1985 die Produktionskapazitäten beträchtlich größer werden. Da sich gleichzeitig die Abkühlung bei den Exporten bemerkbar machen werde, würden die Betriebsraten der Unternehmen sinken und Überkapazitäten entstehen. Das werde den Anreiz zu Investitionen dämpfen. Von der Seite des Privatkonsums seien keine Impulse zu erwarten, denn eine wesentlich höhere Zunahme der Löhne als in den letzten Jahren sei ebenso unwahrscheinlich wie Steuererleichterungen. Eher sei mit einem Anziehen der Steuerschraube zu rechnen, denn die Regierung bemühe sich, die hohe Staatsverschuldung abzubauen.

EXPORT NACH JAPAN / Machbarer Markt

Bedingungen haben sich erheblich verbessert

Die deutsche Industrie ist auf den Export angewiesen. Sie muß ständig neue Märkte erschließen. In den zweitgrößten Markt der Welt, Japan, wird immer noch zu wenig exportiert. Fuß zu fassen in Japan ist schwierig. Unmöglich jedoch nicht, wie tatkräftige Exporteure bewiesen haben, welche die Hürden zu nehmen wissen. Die Rahmenbedingungen sind inzwischen günstiger geworden. Darüber sind in den letzten Jahren eine Vielzahl von Leitfäden und Büchern erschienen, zuletzt erschien zur Deutschen Leistungsschau in Tokio im Frühjahr 1984 „Leitfaden zur Erschließung des japanischen Marktes" (Japaninfo Verlag, Weißenborn, 169 Mark). Kostenlos ist eine Broschüre der Bayerischen Vereinsbank mit dem Titel „Wie Sie Ihrem Betrieb das Tor zum japanischen Markt öffnen" zu haben.

Das fernöstliche Land ist anderthalb mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, zählt aber doppelt so viele Einwohner. Mit einem geradezu rasanten Wirtschaftswachstum schob sich Japan bereits im Laufe der sechziger Jahre rasch nach vorn. Damals wurden jährlich reale Wachstumsraten von mehr als 11 Prozent erzielt. In den siebziger Jahren blieb zwar auch dieses Land nicht vom Ölschock verschont, aber Japan verkraftete die Veränderungen besser als andere Industrienationen. Nach einer Analyse der Prognos AG (Schweiz) kann Japan auch in den nächsten Jahren mit höheren Wachstumsraten als andere Industrieländer rechnen (vier Prozent gegenüber zwei Prozent). Dies müßte eigentlich die Absatzchancen gerade im Japangeschäft erhöhen.

Ganz besonders vorteilhaft für deutsche Exporteure ist der Wandel in den japanischen Konsumgewohnheiten geworden. Die Japaner kommen nach und nach auf den Geschmack deutscher Produkte. Dabei stimmt vor allem das Preis/Leistungsverhältnis mehr als bei Produkten aus den USA oder anderen EG-Ländern. „Made in Germany" bürgt nach wie vor für Qualität.

Wer auf den Japan-Markt gehen will, braucht zunächst Basisinformationen über den Markt und die Konsumgewohnheiten. Diese kann er bereits in der Bundesrepublik Deutschland leicht beschaffen, z. B. über die örtlichen Handelskammern, die Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln, die japanische Außenhandelsorganisation Jetro. Der nächste Schritt ist eine Erkundung vor Ort. Üblicherweise werden in Japan Kontakte über Dritte geknüpft – über japanische Geschäftspartner, die Bank und eine Reihe von deutschen Anlaufstellen, z. B. der Handelskammern in Tokio.

Die Frage, welche Produkte in Japan eigentlich eine Chance haben, ist außerordentlich schwierig zu beantworten. Bei Konsumgütern bieten wohl grundsätzlich die Bereiche Sport/Freizeit, Wohnen und Gesundheit gute Absatzchancen. Wolfgang Jagla, stellvertretender Geschäftsführer der IHK in Japan: „In diesem Land haben ausländische Konsumgüter meistens nur dann eine Chance, wenn sie sich in bestimmten Punkten von den einheimischen abheben. Investitionsgüter sollten in jeder Beziehung den japanischen überlegen sein. Hier entscheidet das Preis/Leistungsverhältnis." Noch immer ist es üblich, die Produkte in Japan von einem einzigen Importeur vertreiben zu lassen. 73 Prozent aller Vertriebsabkommen werden auf dieser Alleinvertreter-Basis abgeschlossen. Der deutsche Anbieter profitiert davon. Er muß sich nicht mit einem komplizierten Vertriebssystem in Japan selbst auseinandersetzen.

Mit einem guten Vertriebssystem ist es aber nicht getan. Werbung wird in Japan so groß wie in den USA geschrieben – ohne Werbung läuft nichts.

Ist der deutsche Geschäftsmann sich in allen Punkten mit seinem japanischen Vertragspartner einig geworden, kommt der Vertragsabschluß. Hier muß unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß es neben dem japanischen auch einen englischen Vertragstext gibt, der verbindlich ist. Denn eines ist völlig anders in Japan als in Deutschland: Gesetze wirken auf den Japaner kalt, unbarmherzig und unpersönlich. Wer sich auf Gesetze beruft, gibt zu, daß seine menschlichen Beziehungen gescheitert sind. FRED HANSEN

REEDER / Schwere See

Liegt die Zukunft in der Luft?

Japans Reeder fuhren 1984 in schwerer See: Drei der sechs großen nationalen Schiffahrtsunternehmen mußten rote Zahlen schreiben.

Der Gesamtumsatz der Branche ist nach Angaben des Verkehrsministeriums um zehn Prozent auf 29,36 Milliarden Mark geschrumpft. Die japanische Seetransportbilanz ist defizitär, weil immer mehr fremdflaggiger Schiffsraum in Anspruch genommen wird, um Ein- und Ausfuhren zu befördern. Wenig mehr als ein Fünftel der Exporte wurden im letzten Jahr mit japanischen Schiffen verladen, gegenüber 37,4 Prozent 1970.

Um dies zu ändern, sollen vor allem die in der Linienschiffahrt tätigen Reedereien ihre Kräfte bündeln: Dienste zusammenlegen, Flotten poolen, um so in kostengünstigere Größenordnungen zu wachsen. Auf diese Weise wird es leichter werden, das Angebot auszubauen und den Service den veränderten Bedingungen des modernen Containerverkehrs (Haus zu Haus) anzupassen. Nach Meinung von internationalen Schiffahrtsexperten haben die Japaner hier den Vorsprung eingebüßt, den sie hatten.

1983 und 1984 konnten die ausländischen Reedereien viel Boden gewinnen: Während der gesamte seewärtige Export um 9,6 Prozent auf 83 Millionen Tonnen stieg, mußten sich die japanischen Reeder mit einem Zuwachs um 4,1 Prozent auf 42,6 Millionen Tonnen bescheiden. Kein Wunder also, daß sich die japanische Regierung (hier das Verkehrsministerium) gegenwärtig um die Ausarbeitung einer neuen Schiffahrtspolitik bemüht. Als Hauptziel wird die Erhöhung der japanischen Wettbewerbsfähigkeit genannt.

Die Gründe für die Misere der Schiffahrt sind vielfältig. Einmal ist Japan inzwischen ein Land mit hohen Kosten geworden. Andere Schiffahrtsländer, auch der Ostblock, sind in Asien sehr aktiv geworden. Zum dritten hat sich das Ladungsaufkommen wesentlich verschoben. Die japanischen Exportgüter werden immer leichter und kleiner. Das reduziert das Versandaufkommen für die Reedereien, kommt aber gleichzeitig der Luftfracht zugute. Daher hat die Regierung beschlossen, den Reedereien das Recht zuzugestehen, sich in der Luftfracht zu engagieren. U. S.

ARBEITSBEZIEHUNGEN / Ende des Paternalismus

Senioren gehen jetzt früher aufs Altenteil

Die Arbeitsbeziehungen in der japanischen Industrie befinden sich im Umbruch: Anstellungen auf Lebenszeit und Gehälter nach Dienstjahren sind zwar noch die Regel, aber immer mehr Unternehmen gehen dazu über, diese Praxis an westlichen Gepflogenheiten auszurichten.

In den Nachkriegsjahren hatte der japanische Paternalismus seine Berechtigung. Damals suchten die Arbeitnehmer berufliche Sicherheit, und den Arbeitgebern lag in der Zeit des Aufschwungs sehr daran, die Mitarbeiter auf Dauer und zu günstigen Einstiegslöhnen zu binden.

Mit der Verlangsamung des Wachstums und der steigenden Notwendigkeit, die Produktion und Verwaltung zu automatisieren, geht eine Einschränkung des Stellenkegels einher. So ist es heute nicht mehr ungewöhnlich, daß qualifizierte Mitarbeiter ihre Laufbahn wechseln oder von Großunternehmen zum Beispiel an Tochtergesellschaften vermittelt werden.

Der geringere Personalbedarf kann wohl durch weniger Einstellungen reguliert werden, jedoch bleiben die Aufstiegschancen für ganze Jahrgänge begrenzt. Deshalb nehmen immer mehr Firmen die Leistung zum Maßstab für Bezahlung und Beförderung.

„Als die japanische Wirtschaft noch eine Phase schnellen Wachstums durchlief, war das Senioritätssystem durchaus angebracht, weil damals die Unternehmen vorwiegend junge Arbeitskräfte einstellen und niedrige Löhne zahlen konnten. Mit dem Anstieg des Durchschnittsalters ihrer Belegschaften müssen die Firmen aber nun den älter gewordenen Mitarbeitern höhere Bezüge zahlen", erläuterte ein Direktor bei Nissan.

Nach einer Umfrage des Arbeitsministeriums unter mehr als 6000 Unternehmen in den neun wichtigsten Industriezweigen, die mehr als 30 Beschäftigte haben, richtet sich schon bei der Mehrzahl der Betriebe die Vergütung nach der Befähigung und den Leistungen der Mitarbeiter. Auf diese Weise sollen die Motivation und Produktivität erhöht werden.

Um einen Überhang älterer Mitarbeiter mit gemäß dem alten System gestiegenen Bezügen abzubauen, bieten immer mehr Unternehmen eine Abfindung im Falle des vorzeitigen Ruhestandes an. Davon wird aber nur ungern und zögernd Gebrauch gemacht. Einige Firmen schicken neuerdings leitende Angestellte, die bis zum 70. Lebensjahr und darüber hinaus tätig waren, nun mit 60 bis 63 aufs Altenteil. Auch in dem starren Bildungssystem, das auf perfekte Wissensvermittlung und strenge Examina ausgerichtet ist, zeichnen sich allmähliche Veränderungen ab. Die japanische Jugend von heute ist nicht mehr bereit, um jeden Preis durch das „Fegefeuer der Prüfungen" zu gehen und Gescheiterte als Versager abzuschreiben.

Generell scheiden sich die Geister an der Ausbildung à la Japan: Die einen loben sie als vorbildlich in der Welt, während andere von einer systematischen Ausschaltung jeglicher Individualität und schöpferischer Phantasie sprechen. Immerhin: Sowohl die hohe Allgemeinbildung als auch der Stand der akademischen Bildung können sich international sehen lassen.

Rund 95 Prozent der Schüler, die mit 15 Jahren ihre Schulpflicht absolviert haben, besuchen weiterführende Schulen, von denen wiederum 37 Prozent einen höheren Schulabschluß erlangen. Nach verschiedentlichen Tests sollen die japanischen Schulabgänger den höchsten Intelligenzquotienten in der Welt haben.

Kritiker weisen darauf hin, daß solche Resultate weitgehend darauf beruhten, daß die jungen Japaner in „Pauk-Fächern" wie Mathematik und Naturwissenschaften schematisch mehr leisten könnten als westliche Altersgenossen. So würden sie schon frühzeitig auf die wiederholten Prüfungsschwellen beim beruflichen Aufstieg vorbereitet.

Der Leistungsdruck beginnt schon im Kindergarten. Ehrgeizige Eltern wollen dann schon sicherstellen, daß ihre Zöglinge die „richtige" Grundschule erreichen und damit einen erfolgreichen Weg einschlagen können. Das setzt sich bis zur Universität fort, wobei deren Name später einmal mehr über den Absolventen aussagt als etwa das Examen. W. S.

BANKEN / Weltweiter Einstieg

Börsenumsätze schon auf Platz zwei

Die japanischen Banken versuchen gegenwärtig offensiv, außerhalb ihres Landes in das internationale Bankengeschäft vorzudringen. Mit der mehrheitlichen Übernahme der schweizerischen Gotthard Bank durch die Sumitomo Bank Anfang 1984 gelang es den Japanern erstmalig, ein europäisches Bankhaus zu erobern. Der Versuch wird weitergehen, vermuten Schweizer und westeuropäische Bankiers.

In der Bundesrepublik Deutschland sitzen japanische Banker schon seit über 20 Jahren. Sie begleiteten mit ihrem Außenhandels-Finanzierungsservice die japanischen Firmen erst nach Hamburg, dann nach Düsseldorf und schließlich nach Frankfurt.

Mit den Exportbanken kamen auch die japanischen Wertpapierhäuser, deren Geschäfte in Japan von denen der Banken scharf getrennt sind.

Das Auslandsgeschäft ist erst seit zehn Jahren ein enorm wichtiger Faktor im nationalen Bankwesen geworden. Die ersten Niederlassungen wurden zwar bereits 1952 in London und New York gegründet. Aber erst seit zehn Jahren expandieren die Häuser weltweit. Gegenwärtig sind 127 Filialen, 73 Tochtergesellschaften und 158 Vertretungen außerhalb Japans registriert. Neben der reinen Eröffnung von Büros wurden auch Banken gekauft: Die Fuji-Bank übernahm 1983 die US-Bank Heller für rund 425 Millionen Dollar. Die „Bank of California" wechselte für 282 Millionen Dollar an die Mitsubishi Bank, die bereits 1981 die First National Bank of San Diego übernommen hatte. Sanwa kaufte mehrere kleinere Institute in den USA, die heute unter „Golden State Sanwa Bank" firmieren. Die „California First Bank" rangiert als Tochtergesellschaft der Bank of Tokyo mit über 100 Geschäftsstellen an siebenter Stelle unter den Banken in Kalifornien.

Die Strukturen des japanischen Banksystems gehen auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, als Japan allmählich begann, sich von einem Feudalstaat in eine moderne kapitalistische Gesellschaft zu wandeln. Zunächst griff man das Vorbild des amerikanischen Nationalbanken-Systems auf. Schließlich wurde das britische Muster eines Aufbaus von Finanzorganisationen verwirklicht.

Neben der Bank of Japan als Zentralbank (1882) entwickelten sich Geschäftsbanken, Sparkassen und Spezialinstitute zur Finanzierung des Außenhandels und zur langfristigen Kreditfinanzierung.

An der Spitze der Pyramide des japanischen Bankensystems steht die Bank of Japan. Sie wurde zunächst für nur 30 Jahre gegründet, seit Kriegsende wird über ein neues Gesetz diskutiert.

1982 wurde schließlich das Banksystem den modernen Bedürfnissen per Gesetz angepaßt.

Für 1983/84 meldeten die Japan-Banken ein Spitzenjahr: Die 13 City- und Großbanken legten ihr bisher bestes Jahresergebnis vor. Die Erträge im internationalen Geschäft beliefen sich auf rund sechs Milliarden Mark, das entspricht etwa der Hälfte des gesamten Verdienstes von rund zwölf Milliarden Mark.

Ebenso stürmisch verlief das Geschäft am Börsenplatz Japan: Keine andere bedeutende Börse kann auf einen so kontinuierlichen und kräftigen Kursaufschwung zurückblicken wie die Kabuto cho, wie der Börsenplatz Tokio auch genannt wird.

Der japanische Aktienmarkt rangiert international gesehen auf Platz 2. In Japan gibt es fast 20 Millionen private Aktionäre (Bundesrepublik Deutschland drei Millionen). Die Börsenumsätze von rund 770 Milliarden Mark übertrafen 1983 die deutschen Umsätze um das Neunfache.

Die Tokioter Börse, nach der Straße auch Kabuto cho genannt, wurde 1878 gegründet. Die japanische Börsenorganisation ist an die amerikanische angelehnt. Es gilt ebenfalls das Trennsystem: 248 Wertpapierhäuser sind für den Handel mit Aktien tätig. Japanische Aktien sind grundsätzlich Namensaktien, die im Aktionärsregister geführt werden. An deutschen Börsen werden die Aktien von 58 Gesellschaften in Form von Zertifikaten verbrieft und gehandelt. Diese Zertifikate sind im Gegensatz zu den Originalen Inhabertitel. HANS MANN

Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

TECHNOPOLIS

Eine Stadt für Verständnis und Kommunikation

Am 17. März 1985 öffnet die Weltausstellung „Wissenschaft und Technik – der Mensch in seiner Umwelt" in der japanischen Technopolis-Stadt Tsukuba bis zum September ihre Pforten. Neben der Bundesrepublik Deutschland haben sich bisher 42 Staaten aus Europa, Amerika und Asien sowie 38 internationale Organisationen angemeldet. „Wir erwarten, daß von dieser Weltausstellung durch die intensive Kommunikation der Staaten und Völker miteinander positive Impulse für das gegenseitige Verständnis, eine noch intensivere weltweite Zusammenarbeit, die Belebung der Weltwirtschaft und die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft insgesamt ausgehen werden", so Noburo Goto, Präsident der Industrie- und Handelskammern Japans.

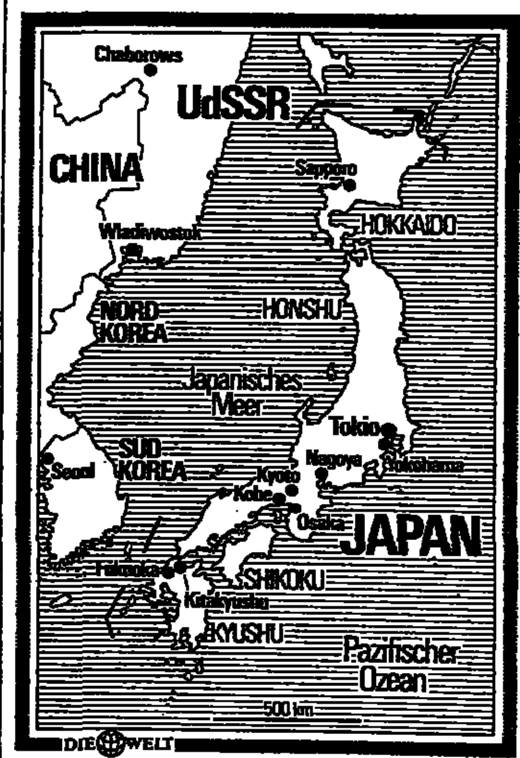
Euphorisch äußerte sich auch Toshio Doko, Vorsitzender des Ausstellungskomitees, Anfang November 1984: „Die Expo '85 wird Gelegenheit für eine gründliche Neubewertung der Zukunft des Menschen bieten und Anlaß zum Nachdenken darüber geben, wie die begrenzten Ressourcen der Erde unter gleichseitiger Erhaltung der Umwelt und Sicherung wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohlstandes optimal für alle genutzt werden können."

Der deutsche Pavillon ist von einem nachgebildeten „Marktplatz" geprägt, auf dem historische Stadtbilder und richtungweisende neue Konzeptionen der Stadt gezeigt werden. Auf einem „German way" erhält der Interessierte Einblicke in Produkte und Ergebnisse erfolgreicher deutscher Forschung und Technik. Insbesondere technologische Errungenschaften, die dem Alltag zugute kommen, werden präsentiert. Forschungsergebnisse aus den speziellen Bereichen der Solarenergie, Vekehrstechnologie und der Satellitentechnologie folgen als zukunftweisende, für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung geprägte Technologien.

Japans Zukunftsorientierung wird mit der „Expo '85" in Tsukuba überdeutlich werden. Daher fiel auch die Wahl auf diese Stadt: 60 Kilometer nördlich von Tokio entstand hier eine Ansiedlung von 46 Forschungszentren und Universitäten, in denen 30 000 Wissenschaftler mit ihren Familien leben und arbeiten.

F.M.

AUF EINEN BLICK



TOURISMUS

Eine Steigerung um 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erlebte der Japan-Tourismus im Jahre 1984. Damit konnte die angestrebte Zahl von zwei Millionen ausländischen Einreisen in etwa erreicht werden. Nach wie vor kommen die meisten Japan-Besucher aus Asien und dem Mittleren Osten, gefolgt von Nordamerika und Europa, das mit 174 864 Einreisenden einen Zuwachs von 5,2 Prozent erzielte. Aber noch schlagen die reiselustigen Japaner bei weitem die Zahl der Besucher.

Die positive Entwicklung im Tourismus hat zur Folge, daß auch das Beherbergungsangebot Japans stark gewachsen ist. So bietet in Tokio das Tokio Hilton seit Dezember 842 Zimmer an, das Rappongi Prince Hotel 221 Zimmer, und seit dem 21. 10. ist die All Nippon Airways mit dem Sheraton Hotel Osaka mit 500 Betten vertreten. Beide Städte sind mit ihrem Umland nach wie vor die wichtigsten Destinationen in Japan.

WICHTIGE ADRESSEN

Bundesrepublik Deutschland

Japanische Botschaft, Bundeskanzlerplatz, Bonn-Center HI 701, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/5001.

Japanische Generalkonsulate:

Wachtelstraße 8, 1000 Berlin 33, Tel.: 030/8327026.

Immermannstraße 45, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0221/353311.

Hamburger Allee 2–10, 6000 Frankfurt 91, Tel./ 069/770351.

Badestraße 44, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/441396.

Wehrlestraße 13, 8000 München 80, Tel.: 089/985706.

Japanische Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Immermannstraße 45, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/369001.

Deutsch-Japanisches Büro zur Förderung der Wirtschaft, Oststraße 110, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/358048.

Japan External Trade Organisation (Jetro): Königsallee 58, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/807026.

Roßmarkt 17, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/283215.

Colonnaden 72, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/341763.

Japanische Fremdenverkehrszentrale, Biebergasse 6–10, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/292792.

Japan Airlines, Kaiserstraße 79, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/230056.

In Japan

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 4-5-10 Minami Azabu, Minato-ku, Tokyo, Tel.: 00813/-473-0151.

Generalkonsulat Osaka-Kobe, Goko-dori 8–16, Chuo-ku, Kobe-shi 651, Tel.: 008178/2321212.

Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan (Zainichi Doitsu Shoko Kaigisho), Akasaka Tokyo Bldg. 10 F, Nagata-cho 2-14-3, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel.: 00813/5819881.

Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Akasaka Tokyo Bldg. 8 F, Nagata-cho 2-14-3, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel.: 00813/-5800169.

Japan National Tourist Office, Tokyo Kotsu Kaikan, 13, Yurakucho, 2-chome, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel.: 00813/2161901.

Lufthansa, Tokyo Club Bldg., 2–6 Kasumigaseki, 3-chome, Chiyoda-ku, Tokyo 100, Tel.: 00813/-5802121.

INVESTITIONEN

Attraktiv, wie sie nie zuvor waren

Ob es die deutsche Leistungsschau in diesem Jahre war, die den Durchbruch brachte, oder ob sie lediglich in ein günstigeres Klima fiel, das ist schwer zu sagen. Das Ergebnis ist jedoch, daß heute Japan als Standort für Industrieinvestitionen attraktiv wie nie zuvor ist.

Noch im Juli forderte der Präsident des Instituts für Internationale Wirtschaftsstudien, Bunroku Yoshino, „Japan muß mehr zur Öffnung seines Marktes tun. Der japanische Markt ist zwar in den vergangenen Jahren zugänglicher geworden, aber eine Reihe von Beschränkungen gibt es immer noch."

Heute skizziert Erhard Reiber, Chef der japanischen Merck-Tochter, das Klima so: „Wenn ein ausländischer Unternehmer bloß den Finger reckt, fallen alle mit Angeboten über ihn her." Wie Reiber gegenüber der Deutschen Presseagentur im November mitteilte, hat eine japanische Aktion mit dem Ziel, Auslandskapital in ländliche Provinzen zu bringen und dadurch Anschluß an den Wohlstand der industriellen Ballungsgebiete zu gewinnen, erheblichen Erfolg gehabt.

Merck, das zu Beginn seines Japan-Abenteuers erhebliche Schwierigkeiten hatte, sowohl was die Produktion als auch was den Erwerb eines Grundstücks anging, hat im Küstengebiet von Iwaki 200 Kilometer nördlich von Tokio das Grundstück für eine Pigmentfabrik zu einem Zehntel der in den großstädtischen Zentren üblichen Preise erworben, zudem beteiligte sich die Gemeinde an den Kosten für die Rekrutierung der Belegschaft. Die regionale Entwicklungsbank gab schließlich noch einen zinsverbilligten Kredit für das 40-Millionen-Mark-Projekt.

Inwieweit das Beispiel Merck heute schon typisch ist, bleibt abzuwarten. Denn gingen früher die Vorwürfe stets von Europa in Richtung Japan, haben sie heute die umgekehrte Richtung eingeschlagen. Die japanischen Wissenschaftler kritisierten zuletzt auf der „Deutsch-Japanischen Wirtschafts- und Sozialtagung" in Köln Anfang Oktober, daß die deutschen Unternehmen zu wenig bereit seien, sich an die fernöstlichen Märkte anzupassen.

P. BÖNING-K.

MICROCOMPUTER / Allgemeines Schlafen

Kommt die Nachfrage, kommen die Japaner

Japaner sind nicht überall. Daß aber japanische Hersteller den Druckermarkt in den unteren bis mittleren Preisbereichen beherrschen, stimmt. Und daß die Söhne Nippons im Geschäft mit Mikrocomputern einmal kräftig mitmischen werden, stimmt auch.

Nur jetzt noch nicht. Zwar versuchten die Computerbauer aus dem Fernen Osten bereits um das Jahr 1981 einen Eroberungsfeldzug in deutschen Landen. Zu einer Zeit, in der deutsche Marketing-Strategen über dem Mikrocomputer noch schliefen, in der die Pioniere der kleinen Elektronik-Kisten im fernen Amerika Deutschland wieder zum Großraum Europa, Kleinasien, Afrika zählten.

Trotz dieser „günstigen" Bedingungen gelang es den japanischen Mikrospezialisten nicht, die elektronischen Kraftzwerge für den kommerziellen Einsatz in erwähnungswerten Stückzahlen zu verkaufen.

Inzwischen hat sich am Markt für Kommerz-Mikros wenig geändert. In Deutschland wird noch immer geschlafen. In den USA wird noch immer großräumig gedacht. Und die Japaner sind immer noch kein Stück weiter.

So dürften mögliche Anwender beim Namen Canon zum Beispiel eher an eine Kamera denken als an einen Mikrocomputer. Auch die Marke Fujitsu wird wohl eher mit der Marke Fuji verwechselt und paßt wieder zur Kamera.

Einen Zusammenhang zwischen Mikrocomputer und japanischem Hersteller stellt der deutsche Käufer so schnell nicht her. Er ist froh, Namen wie Apple und Commodore und noch einen gelernt zu haben.

Warum ist die erste japanische Mikro-Welle versandet? Wieso konnten die routinierten, fernöstlichen Marktnischen-Strategen nicht an ihre Erfolge anknüpfen, die sie im Kamera-, Hifi- oder im Autobereich bei den Konkurrenten so gefürchtet, bei den Verbrauchern so beliebt machen?

Einmal wurden sowohl von den deutschen Statthaltern als auch in den Chefetagen in Tokio schwere Management-Fehler gemacht. Doch die hat die Konkurrenz auch gemacht. Zum zweiten fehlt den japanischen Anbietern meist die rechte deutsche Software, eine im deutschen Markt unerläßliche Voraussetzung. Doch damit hat die Konkurrenz auch zu kämpfen. Drittens werden immer wieder die Preise in immer kürzeren Zeiträumen gesenkt. Das läßt potentielle Anwender eher abwarten, wie es weitergeht, als kaufen, wenn es noch nicht nötig ist. Doch müßte es sie erst einmal geben, die Käufer.

Hier liegt nämlich die entscheidende Ursache für den anhaltenden Mißerfolg der japanischen Mikro-Hersteller (und damit aller Anbieter). Der Markt für kommerzielle Mikrocomputer ist noch nicht da. Jedenfalls nicht so, wie von Marktforschern vor langer Zeit verkündet, von Herstellern seit langer Zeit erhofft.

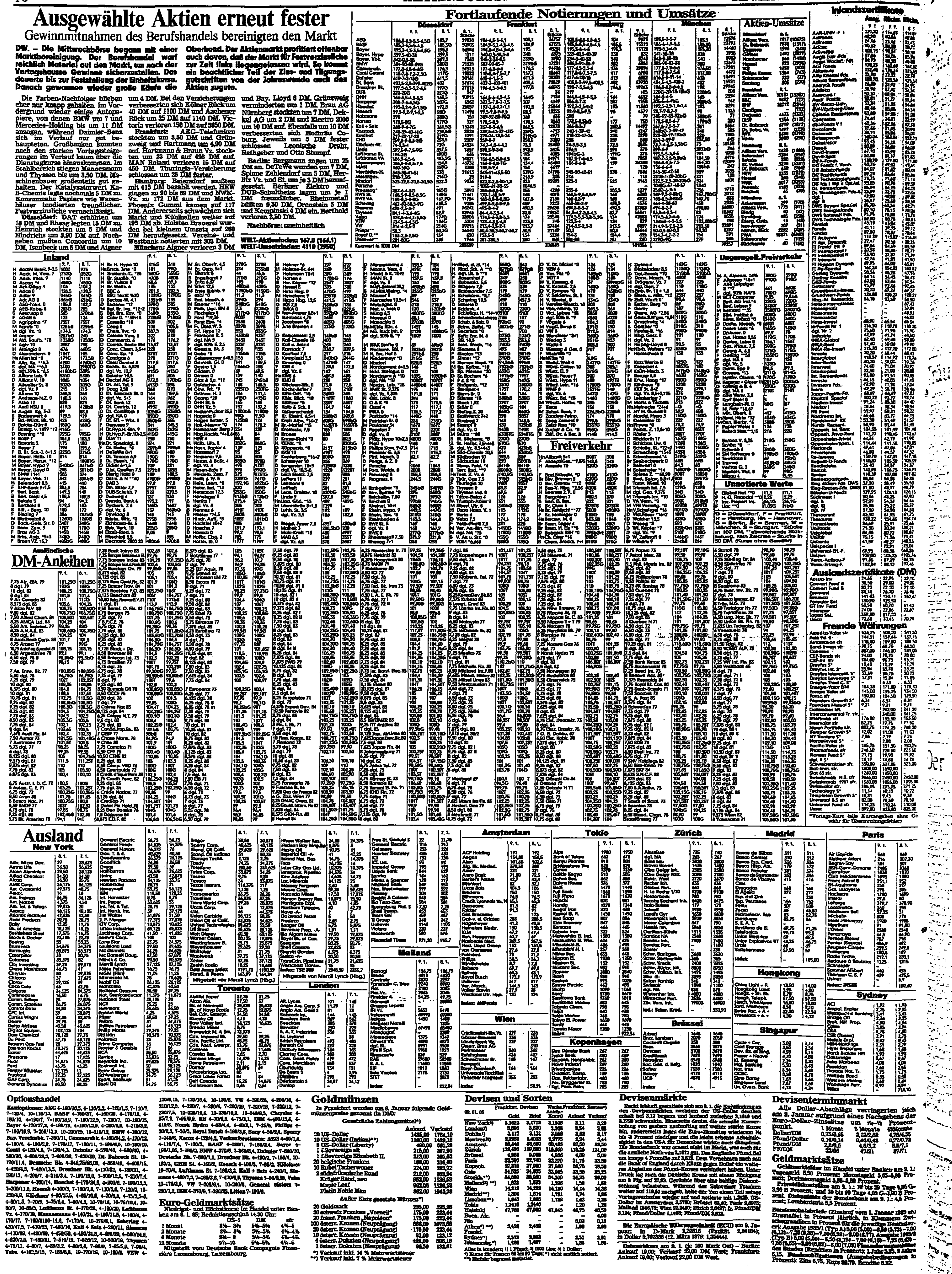
Noch wollen nicht so viele Handwerker in den Werkstätten, nicht so viele Ärzte in den Praxen oder nicht so viele Rechtsanwälte in den Kanzleien einen Mikrocomputer auf ihre Schreibtische stellen wie vorausgesagt. Noch findet der Intelligenzverstärker nicht den gewünschten Zugang zum sogenannten Mittelstand. Noch fehlen genügend Anwender, die den Mirkocomputer als das ansehen, was er ist: eine Arbeitshilfe wie der Hammer für den Schreiner, der Bleistift für den Architekten oder das Auto für den Taxifahrer.

Denn den Umgang mit dem Mikro muß man genauso lernen wie das Autofahren. Entgegengesetzte Behauptungen mancher Hersteller stimmen nicht.

Sicher werden sich immer weniger Menschen erlauben können, keinen Führerschein für einen Mikrocomputer zu besitzen. Absehbar ist auch, daß der Mikrocomputer ein Konsumgut, sprich Massenware, wird. Dann aber wird die Stunde der Japaner läuten.

Dann können die Hardware-Spezialisten in großen Stückzahlen zu niedrigen Preisen den Markt überschwemmen, wie sie es in anderen Missionen bewiesen haben. Dann sind sie wirklich überall, die Japaner. Vorausgesetzt, der Anwender zieht die Billiglösung der Problemlösung vor. Oder sollten Nippons Söhne vorher Verbindungen zu attraktiven Software-Töchtern eingehen?

FREDERIK REHMS



Ausgewählte Aktien erneut fester

Gewinnmitnahmen des Berufshandels bereinigten den Markt

DW. – Die Mittwochbörse begann mit einer Marktbereinigung. Der Berufshandel warf reichlich Material auf den Markt, um nach der Vortagshausse Gewinne sicherzustellen. Das dauerte bis zur Feststellung der Einheitskurse. Danach gewannen wieder große Käufe die Oberhand. Der Aktienmarkt profitiert offenbar auch davon, daß der Markt für Festverzinsliche zur Zeit links liegengelassen wird. So kommt ein beachtlicher Teil der Zins- und Tilgungsgutschriften von der Jahreswende auch den Aktien zugute.

Die Farben-Nachfolger blieben eher nur knapp gehalten. Im Vordergrund wieder einige Autopapiere, von denen BMW um 7 und Mercedes-Holding bis um 11 DM anzogen, während Daimler-Benz sich im Verlauf nur gut behaupteten. Großbanken konnten nach den starken Vortagssteigerungen im Verlauf kaum über die Dienstagkurse hinauskommen. Im Stahlbereich stiegen Mannesmann und Thyssen bis um 3,50 DM. Maschinenbauer großenteils gut gehalten. Der Katalysatorwert Kali-Chemie legte nochmals 5 DM zu. Konsumnahe Papiere wie Warenhäuser tendierten freundlicher. Festverzinsliche vernachlässigt.

Düsseldorf: DAT erhöhten um 18 DM und Rheag legten 15 DM zu. Heinrich stockten um 5 DM und Hindrichs um 3,90 DM auf. Nachgeben mußten Concordia um 10 DM, Isenbeck um 5 DM und Aigner um 4 DM. Bei den Versicherungen verbesserten sich Kölner Rück um 40 DM auf 1100 DM und Aachener Rück um 25 DM auf 1140 DM. Victoria verloren 150 DM auf 5850 DM.

Frankfurt: AEG-Telefunken stockten um 3,50 DM und Grünzweig und Hartmann um 4,90 DM auf. Hartmann & Braun Vz. stockten um 23 DM auf 493 DM auf. MAN Roland verloren 15 DM auf 450 DM. Thuringia-Versicherung schlossen um 25 DM fester.

Hamburg: Beiersdorf mußten mit 415 DM bezahlt werden. HEW gingen zu 90 bis 89 DM und NWK-Vz. zu 172 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi kamen auf 117 DM. Andererseits schwächten sich Markt und Kühlhallen weiter auf 195 DM ab. Holsten Brauerei wurden bei kleinem Umsatz auf 260 DM heraufgesetzt. Vereins- und Westbank notierten mit 303 DM.

München: Aigner verloren 3 DM und Bay. Lloyd 6 DM. Grünzweig verminderten um 1 DM. Brau AG Nürnberg stockten um 7 DM, Dekkel AG um 2 DM und Electro 2000 um 10 DM auf. Ebenfalls um 10 DM verbesserten sich Hofbräu Coburg. Jeweils um 5 DM fester schlossen Leonische Draht, Rathgeber und Otto Stumpf.

Berlin: Bergmann zogen um 25 DM an. DeTeWe wurden um 7 DM, Spinne Zehlendorf um 5 DM, Herlitz Vz. und St. um je 3 DM heruafgesetzt. Berliner Elektro und DUB-Schultheiss lagen um je 1 DM freundlicher. Rheinmetall büßten 9,50 DM, Orenstein 5 DM und Kempinski 4 DM ein. Berthold verloren 3,50 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 167,0 (166,1)
WELT-Umsatzindex: 4119 (2950)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Brüssel

Arbed	1645	1640
Brux. Lambert	2070	2050
Cockerill Ougrée	258	258
Ebes	2865	2875
Gevaert	3100	3610
Kreditbank	7620	7690
Petrofina	6940	6960
Soc. Gén. d. Belg.	1820	1840
Sofina	7550	7580
Solvay	4170	4110
UCB	4870	4915
Index	–	–

Hongkong

China Light + P.	13,90	14,00
Hongkong Land	3,95	4,00
Hongk. + Sh. Bk.	8,70	8,75
Hongk. Teleph.	57,50	57,50
Hutch. Whampoa	18,60	18,80
Jord. Matheson	8,50	9,10
Swire Pac. + A +	22,20	22,30
Wheelock + A +	4,00	4,12

Singapur

Cycle + Car.	3,00	3,14
Cold Storage	2,53	2,56
Dev. Bk. of Sing.	4,98	5,15
Fraser + Neave	4,70	4,88
Kl. Kepong	2,24	2,32
Mal. Banking	5,30	5,40
Nat. Iron	3,36	3,40
OCBC	8,50	8,70
Sime Darby	1,65	1,66
Singapur Land	2,67	2,69
Un. Overs. Bank	4,12	4,24

Sydney

ACI	1,92	1,93
Ampol. Explor	2,25	2,25
Westpacific Banking	5,41	5,43
Bridge Oil	2,36	2,25
Brok. Hill Prop.	4,90	4,94
Coles	3,95	3,94
CRA	4,78	4,80
CSR (Theiss)	2,71	2,75
Metals Expl.	0,42	0,43
MIM-Holdings	2,31	2,27
Myer Emporium	1,68	1,68
North Broken Hill	1,92	1,90
Oakbridge	0,67	0,67
Peko Wallsend	4,08	4,05
Poseidon	2,40	2,55
Thomas Nat. Tr.	1,75	1,75
Waltons Bond	0,33	0,33
Western Mining	2,62	2,64
Woodside Petr.	0,92	0,94
Index	–	718,10

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Recht lebhaft gestaltete sich am 9. 1. die Kursfindung an den Devisenmärkten nachdem der US-Dollar deutlich erholt bei 3,17 begann und laufend zwischen 3,1640 und 3,1720 schwankte. Einerseits deutet die schnelle Kurserholung von gestern nachmittag auf weiter starke Kurse hin, andererseits lagen die Euro-Zinssätze wiederum 1/16 bis 1/8 Prozent niedriger und die leicht erhöhte Arbeitslosigkeit in den USA für Dezember wirkte auch dämpfend. Die Bundesbank war erneut nicht im Markt, was auch für die amtliche Notiz von 3,1672 gilt. Das Englische Pfund fiel um knapp 4 Promille auf 3,613. Dem Vernehmen nach soll die Bank of England durch Käufe gegen Dollar ein weiteres Abgleiten des Pfund-Kurses verhindert haben. Unter Druck lag auch die Dänische Krone mit einem Rückgang um 9 Pfg. auf 27,93. Gerüchte über eine baldige Diskontsenkung belasteten. Während der Schweizer Franken weiter auf 119,53 nachgab, holte der Yen einen Teil seines Vortagsverlustes wieder auf und notierte mit 1,2425. US-Dollar in: Amsterdam 3,5780; Brüssel 63,40; Paris 9,6975; Mailand 1946,75; Wien 22,2440; Zürich 2,6497; Ir. Pfund/DM 3,124; Pfund/Dollar 1,1408; Pfund/DM 3,613.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 9. Januar: In D-Mark 2,22816 (Parität 2,24184); in Dollar 0,702888 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 9. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Alle Dollar-Abschläge verringerten sich am 9. Januar aufgrund eines Nachgebens der Euro-Dollar-Zinssätze um 1/16–1/8 Prozentpunkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,75/0,65	2,12/2,02	4,75/4,55
Pfund/Dollar	0,16/0,14	0,46/0,43	0,77/0,72
Pfund/DM	2,0/0,6	4,6/3,2	8,5/7,1
FF/DM	22/06	47/31	87/71

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 1.: Tagesgeld 5,50 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,45) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,08) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Oh, süße Philosophie

A. Me. – In der öffentlichen Meinung schien die Philosophie in den letzten Jahrzehnten sehr ins Hintertreffen geraten zu sein. An ihre Stelle rückten die Soziologie und Wissenschaftstheorie. Doch seit etwa zwei Jahren ist die Philosophie wieder mächtig im Vormarsch: auf dem Gebiete der Wirtschaft. In Rechenschaftsberichten, auf Aktionärsversammlungen und in Interviews beruft man sich auf eine/seine Philosophie. Da das so ganz selbstverständlich, ohne jede reflektierende Einschränkung geschieht, scheint sich inzwischen bereits eine wohlfundierte Wirtschaftsphilosophie entwickelt zu haben – ganz offensichtlich ohne Wissen und Zutun der Fachphilosophen.

Was nun diese Wirtschaftsphilosophie eigentlich ist, was sie genau lehrt, ist den spärlichen Andeutungen nicht zu entnehmen. „Die Unternehmensphilosophie heißt Innovation" verkündet eine Lebensversicherung, ein Autowerk spricht von seiner „Produktionsphilosophie". Und nicht nur die Vorstände der Unternehmen, auch die Journalisten sind in dieser Terminologie schon sehr versiert. Was Philosophie genau ist, wissen zwar nicht einmal die Philosophen selber: fast jeder versteht etwas anderes darunter. Aber das Wort klingt gut, warum soll man es also nicht statt so banaler Begriffe wie „Konzept" oder „Planung" oder „Strategie" verwenden?

Daraus läßt sich lernen, daß man bei gehobener Unterhaltung alltäglichen Dingen so einen vornehmeren Anstrich geben kann. Wenn über Vorzüge des Urlaubs im Gebirge oder an der See diskutiert wird, empfiehlt sich: „Nach meiner Urlaubsphilosophie ...", wenn es auch nur um den täglichen Spaziergang geht, berufe man sich auf seine Spaziergangs-Philosophie, und die „Sammel-Philosophie" – von Münzen, Briefmarken oder Bierdeckeln – läßt sich vorzüglich durch eine „Philosophie der Diversifikation", von der ja auch in Wirtschaftsberichten gesprochen wird, ergänzen.

Da findet man wohl nur Trost bei Schiller: „Welche wohl bleibt von allen Phiosophien? Ich weiß *nicht. / Aber die Philosophie, hoff* ich, soll ewig bestehn."

L. Wawrzyns Kinderfilm „Leichter als Luft"

Träume in der Tonne

In Lienhard Wawrzyns Kinderfilm „Leichter als Luft" sprechen die Bilder für sich und drängen das Wort an den Rand. Er spielt im Hinterhofmilieu von Berlin-Kreuzberg, wo die kleine Türkin Aishe sich glücklich und zu Hause fühlt. Doch ihr Vater verliert seine Arbeit in der Fabrik, und die Familie beschließt, nach Kurdistan zurückzugehen. Aishe begreift nur ganz allmählich, daß dieses Kurdistan offenbar ihre eigentliche Heimat ist. Sie schaut auf die Fotos der feierlich dreinblickenden Verwandten, die im Rahmen des Spiegels stecken, den ihre kleinen *Brüder aus dem Hause und in den* Möbelwagen schleppen. Aishe blickt in lauter fremde Gesichter.

Der türkischen steht eine deutsche Familie gegenüber: die neuen Hausbesitzer, die recht verlegen dreinblikken. Sie wissen, daß sie sich ziemlich schäbig verhalten, wenngleich sie dem Gesetz nach im Recht sind. Sie werden das Kreuzberger Haus gründlich sanieren und die Mieten erhöhen. Die neuen Mieten würden für Aishes Familie unbezahlbar sein. Die Hausbesitzer sind recht theatralisch und blutlos gezeichnet. Im Unterschied zu den natürlich und sinnlich dargestellten türkischen Familienmitgliedern: dem Opa, der den Schalk im Nacken hat und auf einem blauen Teppich döst, dem Vater, der sprachlos sein Schicksal hinnimmt, der resoluten Mutter, die verächtlich die Zigarre von einem Mundwinkel in den anderen schiebt, während sie die hereingeschneiten Deutschen mustert, die die Vertrautheit des Hofes stören.

Subtile optische Pointen sorgen in diesem Film immer wieder für Atmosphäre: etwa der Spiegel von Aishes Freund Matze, der auf die Möbelgarnitur im Hof gerichtet ist, dort ein Viereck aus Sonne ausschneidet und es federleicht tanzen läßt. Leichter als Luft ist schließlich die sternengeschmückte blaue Schachtel, die Aishe aus der alten Mülltonne hervorzieht und die den behutsamen Händen des Mädchens alsbald wieder entschwebt. Das Geheimnis um den Inhalt dieser Schachtel wird nicht enthüllt. Doch für Aishe enthält sie das Versprechen aller Träume und Wünsche.

Ein schöner Film, der betroffen macht. Er greift ein Stück Wirklichkeit aus dem bundesdeutschen Alltag auf, ohne dabei in klischeehafte Anklage zu verfallen, wenngleich er ohne Frage ein Plädoyer für die türkischen Gastarbeiter ist. Ein Kassenfüller wird dieser Streifen freilich nicht werden. Doch für den, der sich auf den Blickwinkel des eigenwilligen Autors einlassen mag, ist er eine Augenweide und ein sensibles Dokument über Menschen, die unsere Republik mehr als zwei Jahrzehnte mitgeformt haben. Sie sind hergekommen, um hier ihr Glück zu suchen. Nur die wenigsten haben es gefunden.

INGRID ZAHN

Aus den Schatzkammern des Louvre – Französische Zeichner des 17. Jahrhunderts im Pavillon de Flore

Den König in einen Schwan verwandelt

Das Zuschreiben und Identifizieren von Handzeichnungen in den reichen Beständen des Louvre beschäftigt die Experten seit Jahren. Von Zeit zu Zeit werden einige dieser Ergebnisse vorgeführt, so auch jetzt hundertfünfzig französische Zeichnungen des 17. Jahrhunderts in den Sälen des Pavillon de Flore, im Nordflügel des Louvre. Der überwiegende Anteil dieser Blätter stammt aus Käufen oder Erbschaften in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, die noch von Ludwig XIV. getätigt wurden. Dazu gehört die umfangreiche Sammlung des damals in Paris ansässigen und aus Köln stammenden Bankiers E. Jabach, die den Grundstock *der graphischen Kollektion des* Louvre bildet und 1671 von Mazarin erworben worden war.

Auch ist der gesamte Atelierbestand des Hofmalers Charles Le Brun (1619–1690) zu nennen, der 1690 dem Louvre vermacht wurde. Einschließlich sämtlicher Zeichnungen, meist Entwürfen zu dekorativen mythologischen Wandbildern. Im Pavillon de Flore werden neun Beispiele davon präsentiert. Darunter die „Apotheose des Herkules", ein Entwurf für die Prachtgalerie im Pariser Palais des Prinzen Lambert, von 1650, kurz nach Le Bruns Rückkehr aus Rom entstanden. Daher der noch starke italienische Einfluß in der barocken illusionistischen Raumbehandlung. Durch die kunstvolle Lavierung gelingt Le Brun eine einmalige plastisch-malerische Gestaltung der Pferde des Herkules, die zu seiner Lieblingsthematik gehören. Das Blatt zählt zu den vollendetsten und spektakulärsten graphischen Arbeiten dieses Versailler Künstlers.

Die Beispiele setzen etwa 1589 ein, dem Krönungsjahr Heinrichs IV., und enden mit dem Todesjahr von Nicolas Poussin 1665. Die ersten beiden Drittel des 17. Jahrhunderts stellen an neuen Ideen und an Fruchtbarkeit der Produktion die reichsten Jahre in der französischen Kunstgeschichte überhaupt dar. Im Übergang von der Renaissance zum Barock kristallisiert sich eine neue Weltsicht heraus. Die Zeichnung wird zu deren Spiegelung. Die in dieser Louvre-Ausstellung vertretenen Künstler – es sind etwa fünfzig – meist zwischen 1550 und 1620 geboren, befinden sich mit ihren religiösen und mythologischen Motiven an der Schwelle der Neuzeit. Im grandiosen Dekor kulminiert die Verherrlichung der absoluten Monarchie.

Noch beherrscht bis 1630 der Manierismus die Kunst Frankreichs. Es ging den Veranstaltern darum, dessen stärkste Strömungen, die Zweite Schule von Fontainebleau (mit Ambroise Dubois, Dubreuil, Fréminet, Gaultier, Honnet), der durch nordische und italienische Einflüsse gekennzeichneten Lothringischen Schule (mit Bellange und seinen



Ovids „Metamorphosen" realistisch: „Die Verwandlung des König Cygnus" von Pierre Brébiette, aus der Ausstellung in Paris FOTO: LOUVRE

Schülern, Deruet und Callot) gegenüberzustellen. Der in Nancy 1575 geborene Manierist Georges Lallemand (in Paris 1636 gestorben) ist mit einer höfisch-eleganten „Heiligen Familie" vertreten. Ein Meisterwerk feinziselierter Hell-Dunkel-Zeichnung. Die Grazie überwiegt das Sakrale. Lallemands Atelier in Paris erfreute sich großen Zuspruchs. Bis 1627 etwa, der Rückkehr Simon Vouets aus Italien.

Dieses Jahr stellt für Frankreich ein historisches Datum dar. Denn Vouet beherrschte bis zu seinem Tod 1649 das Pariser Kunstleben. Seinen Zeichnungen ist daher ein ganzer Saal gewidmet. Die graulavierte Rötelzeichnung „Mariä Himmelfahrt", von Pierre Rosenberg 1971 als Vorstudie zu einem Altarbild für die Pariser Kirche Saint-Nicolas-des-Champs identifiziert, ist in dem ekstatischen Gestus noch ganz italienisch beeinflußt. Diese Arbeit entstand kurz nachdem Vouet von Ludwig XIII. nach Frankreich zurückberufen und zum Hofmaler mit Wohnung im Louvre ernannt worden war.

Während des ganzen 17. Jahrhunderts blieb Italien künstlerisch tonangebend. Zu den großen Malern, die damals in Rom arbeiteten, gehörten die Franzosen Nicolas Poussin (1594–1665) und Claude Lorrain (1600–1682). Von beiden haben die Veranstalter eine Auswahl an wertgleichen Zeichnungen auch zu Studienzwecken aufgehängt. Beide fanden ihre Landschaftsthemen bei Spaziergängen in der Umgebung Roms. Auf der lavierten Federzeichnung „Sous-bois" entfernt sich Poussin stark von der strengen linearen Tradition Carraccis zugunsten einer lockereren Formbehandlung in der Art Breenberghs oder Poelenburghs, die er in Rom kannte. Das Blatt besitzt eine starke Ähnlichkeit mit Claude Lorrains „Arbres", besonders in der freien und transparenten Behandlung des üppig ausladenden Blattwerks, im Wechsel der gekräuselten Feder*striche und lavierten Braun*tupfen unter Aussparung kleiner weißer Felder. Bei Poussin finden sich häufig Anspielungen an Ovids „Metamorphosen", wobei seine paradigmatische und epigrammatische Themenbehandlung klassisch bleibt. Im Gegensatz zu Pierre Brébiette (1598–1650), der auf „Die Verwandlung des Cygnus" nach Ovid konkret die Schwestern Phaetons in Pappeln und den König Liguriens in einen Schwan verwandelt. Eine meisterhafte Rötelzeichnung surrealer Zwischenwesen, eine barocke Allegorie lateinischer Fabelgestalten.

Ähnlich Poussin, steigert auch Claude Lorrain seine Bäume, Büsche, Felsen, Quellen und weiten, stimmungsvollen Ausblicke ins Erhabene und Ideale. Dabei bleibt das formal Gesetzmäßige und Einmalige der römischen Landschaftsstruktur erhalten. „La Sybille de Cumes conduisant Enée", einer Episode bei Vergil entnommen, bringt in differenzierter technischer Ausführung Baumvegetation, lichtdurchflutete Weite und zwei mythische Gestalten – sie befinden sich auf Initiationspfaden und haben moralische Proben zu bestehen – zu einer geheimnisvollen, legendenhaften Darstellung zusammen.

Philippe de Champaigne (1602–1674) war mit Poussin in dessen Pariser Frühzeit um 1620 befreundet. Er nannte sich „Maler und gewöhnlicher Kammerdiener des Königs" und malte als solcher mehrere Porträts von Ludwig XIV. als Kind. Eine Rötelzeichnung von 1644 zeigt den späteren Sonnenkönig mit sechs Jahren. Ein Kinderbild voller Natürlichkeit und Unmittelbarkeit. Ohne jede Schmeichelei, im Gegensatz zu den späteren Versailler Prunkporträts. Dann gibt es von de Champaigne eine Abendmahlszene, eine minutiöse Federskizze für ein Chorbild des Klosters Port-Royal in Paris. Champaigne berücksichtigt darauf die beim Tridentiner Konzil anempfohlene Ikonographie, die Eucharistie, und nicht Judas, in den Mittelpunkt des Abendmahlgeschehens zu stellen. Diese Interpretation kam zudem der besonderen Ergebenheit entgegen, die von den puristischen Nonnen, auch später in Port-Royal des Champs bei Paris, für das Heilige Abendmahl empfunden wurde. Die Anordnung der Tischrunde ist von Tizian angeregt, die Typen, Gesten und Posen der Jünger Christi von Raffael. Diese kostbare Zeichnung vereinigt klare Disposition des Ge*schehens sowie einen übersichtlichen* Rhythmus in der Personenanordnung mit Eleganz. Diese Qualitäten finden sich auch auf La Hires „Bekehrung des Heiligen Paulus" und Le Sueurs lavierter Pinselzeichnung „Der Heilige Bruno unterrichtet die Theologie".

Zu nennen sind noch sehr reizvolle florentinische Landschaften von Jacques Callot (1592–1635). Zudem eine Kohlezeichnung „Ludwig XIII. zu Pferd", von deren Thematik sich ein früherer, analoger Entwurf im Hessischen Landesmuseum Darmstadt befindet. Die zyklische Präsentation der Louvre-Bestände an Graphik soll fortgesetzt werden. Eine große Ausstellung mit den Zeichnungen von Charles Le Brun, dem Begründer des monarchischen Nationalstils, ist noch für dieses Jahr geplant. (Bis 28. Jan.)

WOLFGANG SAURÉ

JOURNAL

Eva Evdokimova gründet eigene Compagnie

dpa. Berlin

Die langjärige Primaballerina der Deutschen Oper Berlin, die Amerikanerin Eva Evdokimova, wird in den Vereinigten Staaten im nächsten Jahr ihr eigenes Ballett zusammenstellen. In einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur bestätigte Frau Evdokimova jetzt, daß sie bereits im Juli ihren Vertrag mit der Deutschen Oper Berlin gekündigt und vor einigen Wochen in New York das „National Ballet of America" gegründet hat. Zu ihrer Entscheidung, nach über zehn Jahren als Primaballerina ihren Berliner Vertrag zu kündigen, hätten unter anderem die „künstlerischen *Standards" des Hauses beigetragen.* Frau Evdokimova bemängelte in diesem Zusammenhang die musikalische Qualität des Orchesters, unzureichende Probemöglichkeiten und die geringe Zahl der jährlichen Ballettaufführungen.

Ontario zeigt den „Europäischen Eisberg"

DW. Toronto

„Der europäische Eisberg – Kreativität in Deutschland und Italien heute" heißt eine Ausstelung, die die Art Gallery of Ontario in Toronto vom 8. Februar bis 7. April zeigt. Sie wurde von dem Italiener Germano Celant als Gastkurator organisiert. Sie umfaßt nicht nur Werke der Malerei und Plastik, sondern auch Design, Architektur, Mode, Photographie, Film und Theater.

Die 12. Internationale Biennale der Tapisserie

DW. Lausanne

Zum zwölften Mal findet vom 15. Juni bis zum 16. September im Museum der Schönen Künste in Lausanne die Internationale Biennale der Tapisserie statt. Das Thema lautet in diesem Jahr „Textilkunst als Skulptur". Von 716 Bewerbungen wählte die Jury fünfzig für die Ausstellung aus. Deutschland vertreten Ritzi und Peter Jacobi sowie Regine von Chossy.

Filmjahrbuch für 1985 erschienen

DW. Bonn

Das Filmjahrbuch der Programmzeitschrift Cinema stellt auch dieses Jahr wieder vor, was wir 1985 in unseren Kinos zu erwarten haben. Es bringt Informationen zu dreihundert neuen Filmen, die in absehbarer Zeit anlaufen werden, und teilt sie nach Rubriken auf wie Science-fiction, Action, Komödie, Thriller. Außerdem blickt es zurück auf die filmischen Höhepunkte des vergangenen Jahres, nennt die Preisträger und Gewinner der Oscars und der großen Festivals. (Kino Verlag, Milchstraße 1, 2000 Hamburg 13). Der Band ist auch am Kiosk und an der Kinokasse erhältlich.

Künstler Ateliers in Köln 1985

DW. Köln

Insgesamt 594 Maler, Bildhauer, Photographen und Objektkünstler erfaßt das Verzeichnis „Künstler Ateliers in Köln 1985", die gemeinsam vom Kulturamt, der Artothek, dem Kunstverein und dem BBK herausgegeben wurde. Jedem der Künstler wurde eine Seite eingeräumt, die er nach eigenem Ermessen gestalten konnte, um sich vorteilhaft vorzustellen. Der Band, erschienen im Wienand Verlag, Köln, kostet 8 Mark.

Bürgermeisterporträt als Dankesgabe

DW. Essen

Als Zeichen der Dankbarkeit für die gute Aufnahme in Essen hat die Bildhauerin Mia Deac der Stadt eine Porträtbüste des Alt-Oberbürgermeisters Katzor überreicht. Mia Deac gelang es 1984, Rumänien, wo sie seit 1972 regelmäßig ausstellte, zu verlassen. In Essen fand sie eine neue Heimat. Nachdem sich ein Sponsor gefunden hatte, der die Materialkosten übernahm, ließ sie das Proträt in Bronze gießen.

Alfred Hentzen tot

H. T. F. Hamburg

Der ehemalige Direktor der Hamburger Kunsthalle, Alfred Hentzen, der am Abend des 8. Januar im 83. Lebensjahr starb, hat als Nachfolger von Alfred Lichtwark, Gustav Pauli und Carl Georg Heise während seiner Amtszeit von 1955 bis 1969 in Hamburg eine Museumspolitik hanseatischer Weltoffenheit und Ausgewogenheit zwischen Tradition und Moderne betrieben. Seinen kunsthistorischen Kenntnissen und Freundschaften mit maßgeblichen Künstlern und Sammlern hat die Hansestadt viel zu verdanken. Durch die von ihm initiierte „Stiftung zur Förderung der Hamburgischen Kunstsammlungen" konnte die Kunsthalle zahlreiche bedeutende Werke von der Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts bis zu Picasso und Max Ernst erwerben. Unter seinen Büchern sind Monografien über Werner Gilles und Rolf Nesch hervorzuheben.

Döblins „Alexanderplatz" in der Berliner „Tribüne"

Der Tod geigt Hiob auf

Im Grunde muß, was die kleine Berliner „Tribüne" jetzt wagt, tollkühn, schier rappelköpfig scheinen. Man versucht, Alfred Döblins berühmten expressionistischen Roman zu dramatisieren, dieses Meer von epischen Assoziationen, von Zitatenfluten und witzigen, rührenden, oft scheinbar ganz simplen Einschüben, mit denen das exemplarische Schicksal des redlichen Franz Bieberkopf, des Arbeiters vom Alexanderplatz, 1928 durch die böse Welt geschoben wurde. *Ich hatte, als ich davon hörte,* hier solle nun daraus ein „weltliches Mysterienspiel" für ausgerechnet die Bühne gefertigt werden – also ich hatte sehr kalte Füße.

Die hatte man, ehe man abends den kleinen Musenschuppen am alten „Knie" durch Schnee und Eis erreichte, wirklich. Aber dann erwärmte man sich für dieses Experiment immer deutlicher. Bärbel Jaksch und Heiner Maass haben den Text umgearbeitet und für die Bühne maßgeschneidert. Reiner Behrend, an dieser Stelle doch schon so oft mit komplizierten Literaturbearbeitungen erstaunlich siegreich gewesen, führt wieder Regie.

Der Tod läßt das Spiel vom armen Franz Bieberkopf beginnen. Er geigt dem armen Proletariersohn auf. Er begleitet, nicht nur musikalisch, seinen krausen und exemplarischen Lebenslauf. Das Bühnenbild, in dem sich die klärend dürre Handlung abspielt, bleibt übersehbar. Es wird immer neu aufgeladen. Oft prunkt es teuflisch. Dann wieder macht es die rührende Einfalt dieses modernen „Faust" Döblins in Stille kenntlich.

Reiner Behrend führt das weltlich, allzu weltliche Mysterienspiel, ständig Tonart und Stil variierend, in Fahrt. Es wird füglich verkürzt. Wenn es schließlich auch wieder allzu langwierig gerät und die Bearbeiter wieder kein Ende finden können. Aber ein ständig fieberndes Kondensat dieser Handlungsflut wird immerhin gegeben.

Klaus Sonnenschein spielt den modernen Hiob, den Bieberkopf. Er müht sich deutlich, auch wenn er die komplexe Natur dieses symbolhaften Einfaltspinsels kaum je ganz erfassen kann. Dann aber wieder sind komplizierte Bezüge erstaunlich simpel und einleuchtend gelöst.

Das ganze, oft bewährte Ensemble der „Tribüne" ist in immer neuen Verkleidungen und Verklärungen tätig. Wer den Roman kennt, wird ihn in vielen Punkten fast neu, erschrokken, wiedererkennen. Wer ihn nicht kennt, bleibt sicher viertelstundenweise im Dunkeln. Aber die Tat war mutig, sie war schier überheblich. Am Ende notiert man einen redlichen, partiell sehr überzeugenden Erfolg. Döblins genial verzwickter Vorwurf hatte (nach Film und Fernsehen) in seinen vierten künstlerischen Aggregatzustand gefunden, diesmal auf der Bühne. Lauter Beifall, wenn auch solcher von der eher erschöpfenden Art. Immerhin: Hut ab vor der tapferen „Tribüne".

FRIEDRICH LUFT

KULTURNOTIZEN

„Asterix erobert Rom" wird als erster Asterix-Film in der „DDR" gezeigt. Auch die beiden anderen Asterix-Filme übernahm der Progress-film-Verleih vom deutschen Lizenzgeber Jugendfilm-Verleih.

Einen Reisspeicher aus Suklawese in Idonesien hat das Rautenstrauch-Joest-Museum für Völkerkunde in Köln erworben.

Werke von André Masson aus den Jahren 1924 bis 1974 wird der Ludwigsburger Kunstverein vom 18. Januar bis zum 17. Februar zeigen.

Nakazato, japanischer Meistertöpfer, ist 89jährig in Tokio gestorben.

Robert Lee Surtees, amerikanischer Kameramann („Ben Hur"), starb 78jährig in Kalifornien.

Mit der „Scala dei Giganti" begann die Restaurierung des Dogenpalastes in Venedig, die voraussichtlich sechs Jahre dauern wird.

Der Heldentenor René Kollo wird im Frühjahr 1986 am Staatstheater Darmstadt Richard Wagners Oper „Parsifal" inszenieren. Dies ist die erste Regie, die Kollo übernimmt.

Das Europäische Jahr der Musik in Bonn eröffnet

Von Barock bis Rock

Seit dem Eröffnungskonzert des Bundesjugendorchesters in der Bonner Beethovenhalle steht das Europäische Jahr der Musik 1985 nicht mehr bloß auf dem vielen Papier, das im Vorfeld schon mal die Ohren für die eigentlich klingenden Absichten zu verstopfen drohte. Es war eine stattliche Hundertschaft junger Musiker, die der Schweizer Matthias Bamert in prächtiger Verfassung präsentierte. Das Programm deutete mit Bach, Detlev Müller-Siemens und Sibelius immerhin an, was das Europäische Jahr der Musik auch sein will: vorwärtsgewandt, offen über die Grenzen und Gelegenheit, die Komponisten zu feiern, deren 300. Geburtstage (Bach, Händel, Domenico Scarlatti), deren 400. (Schütz) und 100. Geburtstag (Alban Berg) Anlaß für die Initiative des Europa-Parlaments war. Die Grenzen nach Osteuropa sind zwar nicht gerade offen zu nennen, aber doch durchlässig, wenn sich an die bundesdeutschen Veranstaltungen die „DDR"-Feierlichkeiten für die dort geborenen Bach, Händel und Schütz anschließen.

Den Rang des Bonner Festkonzertes dokumentierte hochkarätige Prominenz, an der Spitze Bundespräsident Richard von Weizsäcker als Schirmherr der bundesdeutschen Veranstaltungen und Bundestagspräsident Philipp Jenninger. Man sah Bundesminister, die Bonns guter Konzertstube höchst selten die Ehre geben. Der bayerische Kultusminister Hans Maier würdigte das in seiner Festrede als Zeichen für die Bedeutung, die „die Bundesregierung der Musikausübung in unserem Lande beimißt".

Daß in der Beethovenhalle mehr Prominenz als schlichtes Volk erschienen war, macht, so paradox es klingt, ein Dilemma deutlich: Der Musik braucht hierzulande kaum aufgeholfen zu werden, es gibt reichlich davon. Die Fülle, vor der Professor Maier „kapitulierte", als Nationalkomitee und Deutscher Musikrat als ausführendes Organ vor dem Konzert die Musikjahr-Planungen vorstellten, ist eben auch zumindst teilweise die Fülle dessen, was es in der Bundesrepublik von der Bayreuther Orgelwoche bis zu den Wittener Kammermusiktagen ohnehin gibt. Zweifel, ob die Geister, die da gerufen werden, wirklich noch des Lockrufs bedürfen, hegt nicht nur der Oberste Bayerische Rechnungshof, der jüngst die überzogenen Orchestergehälter rügte, sondern offenbar auch das Nationalkomitee selbst, das ein Papier „für eine musikalische Ökologie" vorbereitete. Oder auch das Schweizer Nationalkomitee mit seinem Vorschlag einer „Zeit der Stille". Maier: „Musik kann nur aus der Stille entstehen." Aber wer will schon bezweifeln, daß der in diesem Jahr kräftig entgegengewirkt wird.

Von Barock bis Rock wird nichts fehlen, international, national, auf Länderebene und bei den Kommunen. Die staatliche Münze ist mit einer Gedenkmünze dabei, die Post mit zwei Sondermarken: Händel für sechzig Pfennig, Bach für achtzig. Händel ist eben *doch nur ein aus Halle* gebürtiger Engländer. So steht denn auch der Thomaskantor beim großen repräsentativen Internationalen Musikfest Stuttgart massiv vorn. Aber auch sonst ist in die Woche vom 14. bis 22. September mehr gepackt, als einer allein hören könnte, und wenn er hundert Ohren und Augen hätte.

Daß es junge Musiker waren, die bei uns die offizielle Eröffnung des Musikjahrs besorgten, hat wie das Jugendmusikfest im Mai in München im UNO-Jahr der Jugend seine besondere Richtigkeit. Aber es ging auch sonst in Ordnung. Nach Volker Wangenheims langjähriger Erziehungsarbeit bietet das Bundesjugendorchester einen Standard, auf dem Bamert als einer der Dirigenten, mit dem das Orchester künftig arbeiten wird, Überzeugendes vorführen konnte. Diese meist durch „Jugend musiziert"-Preise ausgewiesenen Jungmusiker bilden ein klangmächtiges Ensemble, aber auch einen flexiblen Klangkörper. Bachs D-Dur-Suite ließ sich da gewiß nicht nur stämmig, Sibelius' zweite Sinfonie mit ausgefeilten Details und durchaus nicht nur al fresco und folkloristisch musizieren. Bei Müller-Siemens' Passacaglia von 1979 machte Bamert hören, wieviel darin bis zu *Mahler zurückgeht*, und auch dafür brauchte er diese prächtigen jungen Instrumentalisten.

DIETER SCHÜREN

Zum 75. Geburtstag der Ballerina Galina Ulanowa

Roter Mohn für Giselle

Viel von ihrer warmherzigen, dramatisch erschütternden Kunst hat der Westen im Grunde von Galina Ulanowa gar nicht zu sehen bekommen. Erst seit 1956, als 46jährige also, begann sie an den Siegeszügen des Moskauer Bolschoi-Balletts durch das staunende Europa und Amerika teilzunehmen. Sechs Jahre später schon zog sie sich endgültig von der Bühne zurück, nicht aber aus dem sowjetischen Ballettalltag. Die Ulanowa unterrichtete. Sie diskutierte, präsidierte, edierte, jurierte. Sie ist noch immer die heißestgeliebte Respektperson des russischen Tanzes.

Dabei war an großen Ballerinen in Rußland niemals ein Mangel. Die Ulanowa aber tanzte sich bei aller Konkurrenz mühelos in den Rang einer Staatsballerina hinauf – und dies ohne ideologisch-halsbrecherische Verrenkung. Sie war die lyrische Galionsfigur der späten, imperialen Stalinzeit, aber ihre Kunst war menschlich so eindringlich, mitfühlend, frei von Schuld, daß sie über Grauen und Düsternis um sie her hinwegzutrösten verstand. Ulanowas Kunst half in aller Bescheidenheit ganz einfach weiterzuleben.

Um sie war Licht: Das Leuchten nicht niederzuringender Humanität. Ihre Kunst griff ans Herz. Aus schlackenlos akademischem Tanz filterte Ulanowa die reichste Skala aller Gefühle. Darin blieb sie unübertroffen.

Sie stammt aus Sankt Petersburg, der östlichen Hauptstadt des Welt-Balletts noch zur Zarenzeit. Waganowa, die große Lehrmeisterin im späteren Leningrad, zog die junge Ulanowa künstlerisch groß. Das Wichtigste aber steuerte die Tänzerin bei aus eigener Kraft: eine einzigartige Gefühlsmacht, die sich in Leichtigkeit und Schönheit zu verschwenden verstand.

Zu den großen Rollen Ulanowas gehörten denn auch die ererbt klassischen wie Giselle, aber auch die sowjetischen Neo-Klassiker wie die Julia in Lawrowskys Version von Prokofieffs „Romeo und Julia", jahr*zehntelang* künstlerisches Pflichtstück der rauschenden moskowitischen Staatsempfänge. Ulanowa lebte, liebte, tanzte und starb darin für ihre Kunst – wie für die Sowjetunion. Sie scheffelte denn auch Stalin-Preise die Fülle. Keiner mißgönnte sie ihr.

Sie hatte ein paar der frühen sowjetischen Paradeballette uraufgeführt und durch ihre Kunst geadelt: Sacharows „Fontäne von Bachtschissarai" und später die Neufassung von Glières „Roter Mohn". Sie war Prokofieffs „Cinderella" und die Katerina in seiner „Steinernen Blume". Ihre Übersiedlung von Leningrad nach Moskau, ihr Wechsel vom Kirow-Bal*lett zum Bolschoi stieß die alte* Elite-Truppe an der Newa endgültig hinab auf den zweiten Rang. Wo Ulanowa hinfort tanzte, war die Hauptstadt des Weltballetts.

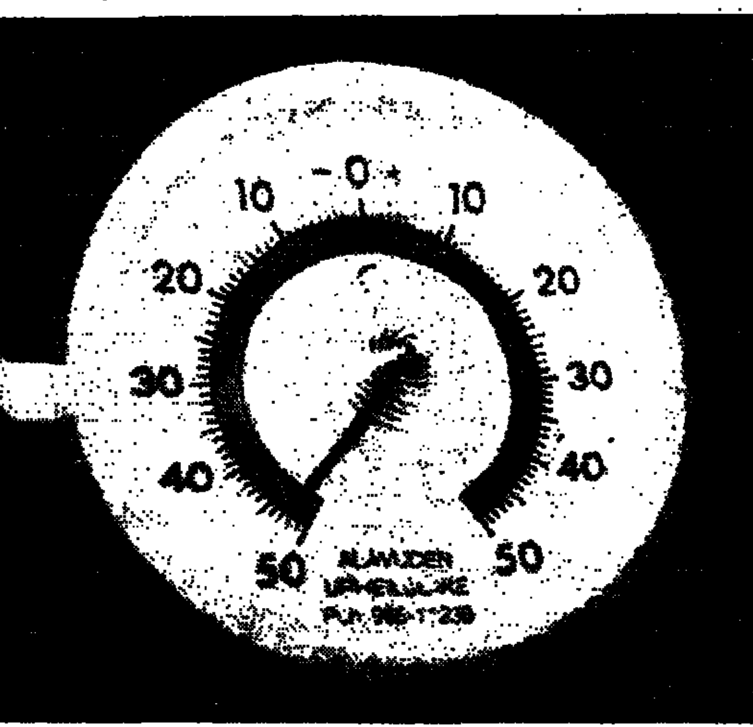
Sie hat es sich nicht nehmen lassen, ihre jüngeren Nachfolgerinnen einzuweisen in ihre einstigen Glanzrollen. Sie blieb eine scharfäugige Beobachterin der Ballett-Szene ihres Landes. Wo sie heutzutage erscheint, in Ost oder West, beugt man sich tief vor ihr in Liebe und Dankbarkeit.

KLAUS GEITEL



Wo sie tanzte, war die Hauptstadt des Weltballetts: Galina Ulanowa FOTO: DU VINAGE





Keine optische Täuschung waren gestern die 48 Grad Kälte der Ortschaft Salla im finnischen Lappland (Mitte). Die Gondeln in Venedig tragen derzeit genauso malerische Schleier wie die Fahrzeuge der Umschlagstelle Illingen im Enzkreis

FOTOS: AP/EPU/KRUG-LUFTBILD (FREI UNTER NR. 216/1181)

Freiwillige und NVA kämpfen in der „DDR" gegen den Stromausfall

Von TORSTEN W. KRAUEL

Jeden preußischen Stechschritt durften die Einheiten der Nationalen Volksarmee getrost vergessen: Jetzt heißt es nur noch schaufeln. Durch Schnee und Eis drohte dem Großkraftwerk Boxberg von Montag bis in die Nacht zu gestern wegen fehlender Kohle bereits der „zeitweilige Stillstand". „Werktätige anderer Betriebe" hielten mit Volkspolizei und Armee den Güterzügen aus den Tagebaugruben den Weg frei. Gestern wurde die Kohlezufuhr wieder stabilisiert. Dem wichtigen Gas-Kombinat „Schwarze Pumpe" im Bezirk Cottbus, wo mit 27 Grad Kälte die bisher niedrigste Temperatur dieses Jahres gemessen wurde, standen Armee-Einheiten offenbar nicht zur Verfügung. Die Partei teilte hier kurzerhand die Bauern der Nachbarschaft rund um die Uhr in Räumkolonnen ein. Stockungen in der Kohlezufuhr habe es bisher „kaum" gegeben, meldete die „Berliner Zeitung" mit unfrohem Optimismus. Immerhin wurde das Kraftwerk im Kombinat auf bisher noch nie erreichte 1 017 Megawatt heraufgefahren.

„Zeitweilige witterungsbedingte Unterbrechungen" gab es auch im Umschlag des Überseehafens Rostock. Trotz Kälte und sechzig Zentimeter Schnee arbeiten jedoch die Bausoldaten am Rügener Fährhafenprojekt Mukran weiter – die „Berliner Zeitung" hob ausdrücklich hervor, die Verladung von Baumaterialien „für Großbaustellen" gehe planmäßig voran. Auf dem Spree-Oder-Kanal erreichte ein letzter Schiffskonvoi mit polnischer Kohle und Erzen Berlin – anschließend wurde der gesamte Binnenschiffsverkehr in der „DDR" wegen Eisganges eingestellt. Die Ost-Berliner plagt darüber hinaus noch eine Sorge eigener Art: Für Sonntag hat die Partei schon vor längerer Zeit eine große „Kampfdemonstration" im Stadtzentrum angeordnet. Erscheinen ist Pflicht.

Schlimmer als die Berliner hat der Frost die Sowjetunion getroffen. Im mittelasiatischen Kasachstan stürzten die Temperaturen auf 50 Grad unter Null. In der Haupstadt Alma Ata sind Strom und Wasser in den Wohnungen ausgefallen. Auch im Ural herrscht im Gebiet um Swerdlowsk der Regierungszeitung „Iswestija" zufolge bereits „Alarmzustand".

Die Stadtverwaltung von Paris ließ am Dienstag bei minus elf Grad die Metrostationen „Luxembourg" und „Nation" zu Nachtasylen für die Clochards herrichten. Die Todesopfer in Frankreich sind ebenso wie die zehn Kältetoten in Spanien zumeist Landstreicher und Obdachlose. Nur: Die berühmten Pariser Stadtstreicher machten von dem Angebot kaum Gebrauch. Unbekannt blieb, wo sie die Nacht verbrachten, unwahrscheinlich aber ist, daß die Pariser Clochards so betucht wie ein amerikanischer Landstreicher waren, der gestern erfroren mit Wertpapieren, Schatzbriefen und Barschecks im Wert von umgerechnet 225 000 Mark in New Jersey aufgefunden wurde.

Die spanischen und südfranzösischen Landwirte stehen unterdessen vor einer Katastrophe bei der Ernte von Südfrüchten und Gemüse sowie den Rosenkulturen: Katalonien erlebte Tiefsttemperaturen von 19 Grad unter Null. Bitter wird der Winter jetzt auch für die Flamingos der französischen Camargue. Etwa zweihundert Tiere sind bereits im Eise erfroren.

In Deutschland wird ebenfalls zur Fütterung der Vögel und Tiere aufgerufen. Raubvögel gehen bereits an Aas heran. 34 frierende Jungrinder bei München erwartete allerdings ein anderes Schicksal: Von einem Feuerwehrkranwagen aus einem steckengebliebenen Lkw befreit, wurden sie gleich im Schlachthof abgeliefert.

Seit gestern beginnen nun auch der Chiem- und der Bodensee zuzufrieren. Berlin gab gestern wieder Smogalarm; Voralarm für Nordbayern einschließlich Nürnbergs hingegen konnte nach kurzer Dauer wieder aufgehoben werden. Altbundeskanzler Schmidt freut sich derweil an blühenden Oleandersträuchern und läßt es sich wohl sein auf den Kanarischen Inseln. Welch ein Glück, daß er nicht Mallorca zum Reiseziel wählte. Dort herrschen mit minus 15 Grad halb so viel Frostgrade wie auf der Zugspitze.

Gericht übernimmt Vormundschaft

DW. London

Das Oberste Gericht hat die Vormundschaft über das von einer Engländerin geborene Baby übernommen, das sie gegen Bezahlung für ein kinderloses amerikanisches Ehepaar austrug. Der High Court in London muß nun über das Schicksal des sechs Tage alten „Baby Cotton" entscheiden. Die Geschichte um das kleine Mädchen, das am vergangenen Freitag von der 28jährigen Kim Cotton als Leihmutter geboren wurde, zierte auch gestern die Titelseiten nicht nur der Boulevardpresse. Währenddessen warteten die potentiellen Eltern in einem Londoner Hotel auf die Entschließung der Behörden. In einer Fernsehdiskussion vertrat ein britischer Jurist die Auffassung, daß die künftigen Eltern das noch namenlose Kind wahrscheinlich adoptieren müssen. Die biologische Mutter war mit dem Samen des Mannes befruchtet worden, dessen Frau keine Kinder bekommen kann. Die Behörden in Großbritannien sehen sich einem Novum ausgesetzt. Nie zuvor haben Gerichte oder soziale Institutionen über einen solchen Fall entscheiden müssen. In der öffentlichen Auseinandersetzung werden nicht nur die ethischen Fragen diskutiert, sondern vor allem die Tatsache, daß dabei ein regelrechter Handel zwischen mehreren Personen und der Einschaltung einer Agentur zustande kam. Gegen ein Geschäft mit „Leihmüttern" hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktionsarbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit, Hermann Kroll-Schlüter, ausgesprochen.

Tod im Koffer

SAD, Los Angeles

Das Rätsel um eine Frauenleiche, die am Montag in einem Koffer auf einem Gepäckkarussell des Flughafens von Los Angeles entdeckt wurde, ist noch immer ungelöst. „Wir wissen bisher nur, daß die Frau erstickt ist", erklärte ein Polizeisprecher, „wir kennen weder ihren Namen noch ihren Heimatort." Offenbar wollte die Frau – eine Asiatin oder Lateinamerikanerin – auf diesem Weg illegal in die USA einreisen. Sie starb dann während des Fluges im ungeheizten Frachtraum der Maschine.

Neue Einzelheiten?

XHK. Baden-Baden

Die von einer Boulevardzeitung in großer Aufmachung verbreitete Theorie, wonach es im Falle des FDP-Politikers Hans-Otto Scholl möglicherweise einen „Doppelgänger" gebe, ist bei zuständigen Stellen auf Skepsis gestoßen. Der Leiter der Kriminalpolizei in Baden-Baden, Holweck, erklärte gestern gegenüber der WELT: „Ich halte nicht viel davon." Scholl, dem vorgeworfen wird, am 28. Dezember '84 in Baden-Baden ein Juweliergeschäft ausgeraubt zu haben, bestreitet weiterhin jede Tatbeteiligung. Morgen will die Staatsanwaltschaft weitere Einzelheiten zum Überfall bekanntgeben.

Seite 2: Der Fall Sch.

Verschoben

dpa, Washington

Die Nasa wird in diesem Jahr zwölf Flüge mit Raumfähren unternehmen, einen weniger als ursprünglich vorgesehen. Der für den 15. Oktober geplante Flug des Space Shuttle „Discovery" mit einer geheimen militärischen Nutzlast wurde gestern für mindestens drei Monate verschoben. Bei diesem Flug sollte erstmals eine Fähre von dem Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien starten.

Spenden veruntreut?

dpa, Bielefeld

Unter dem dringenden Verdacht, Spenden für Afrika gesammelt, diese aber überwiegend in die eigene Tasche gesteckt zu haben, ermittelt derzeit die Bielefelder Staatsanwaltschaft gegen die Inhaber von zwei Presse-Vertrieben in Bielefeld und Tönisveld (Kreis Viersen).

Brandursache entdeckt?

dpa, Berlin

Das Großfeuer in dem Berliner Einkaufszentrum Tegel-Center, das in der Silvesternacht 37 Geschäfte zerstörte und einen 30-Millionen-Mark-Sachschaden anrichtete, ist offenbar durch Feuerwerkskörper verursacht worden. Die Polizei fahndet nach zwei jungen Männern. Sie sollen kurz vor Mitternacht Feuerwerkskörper durch einen Spalt in der Tür eines Jeansshops gedrückt und angezündet haben.

Drei „Knöllchen" für Tote

AFP, Miami

Auch der Tod hat nicht verhindern können, daß eine amerikanische Politesse einer 45 Jahre alten Frau drei Strafzettel ausstellte. Carol Robbins hatte zwei Tage lang angenommen, die Frau schlafe in dem Wagen, der in einem Parkhaus zwei Stellflächen blockierte. Erst beim dritten Kontrollgang stellte sie fest, daß die Frau ihrem Leben mit einem Kopfschuß ein Ende gesetzt hatte.

ZU GUTER LETZT

„Modeschöpfer André Courreges zieht Roboter an", meldet der Springer-Auslandsdienst aus Paris.

Brandkatastrophe im Altersheim

Wahrscheinlich 42 Opfer / Präsident Mitterrand am Unglücksort / Großfeuer auch in Troyes

H. WEISSENBERGER, Beauvais

Mit bleichem, versteinertem Gesicht stand der französische Staatspräsident François Mitterrand gestern morgen vor den schwarzen, noch schwach rauchenden Resten des Alterheims von Grandvilliers in der Normandie, in dem in der Nacht wahrscheinlich 42 alte, hilflose Menschen lebendig verbrannt waren.

Der Präsident war in Begleitung mehrerer Minister im Hubschrauber nach Grandvilliers geflogen, als er vom Ausmaß der Brandkatastrophe unterrichtet worden war. Schweigend hörte er sich den Bericht des Präfekten Jean-Claude Quyollet an, ehe er sich zu Überlebenden des Brandes begab, die in einem stehengebliebenen Teil des Altersheims notdürftig untergebracht worden waren.

Gegen Mittag stand die Zahl der Opfer immer noch nicht genau fest. Lediglich drei verkohlte Leichen waren bis dahin geborgen worden, 39 Personen wurden noch vermißt. In dem Altersheim, einem einstöckigen Ziegelsteinbau, waren insgesamt 196 alte Menschen, die meisten von ihnen 75 bis 80 Jahre alt, untergebracht.

Viele von ihnen waren ganz oder teilweise gelähmt und bettlägerig. Das Feuer war in der Nacht zwischen ein und drei Uhr morgens im Dachgeschoß ausgebrochen. Das um diese Zeit anwesende Pflegepersonal konnte nicht rechtzeitig alle Insassen des Heims in Sicherheit bringen.

Die Ursache des Brands ist vermutlich ein Kurzschluß, ausgelöst durch den Bruch einer zugefrorenen Wasserleitung. Die Feuerwehren der umliegenden Orte hatten wegen der sibirischen Temperaturen und der vereisten Straßen größte Schwierigkeiten, rasch zum Einsatzort zu gelangen.

In dem Altersheim spielten sich in der von hochaufschießenden Flammen hell erleuchteten Nacht unbeschreibliche Panikszenen ab, aber auch Aktionen ergreifenden Mutes – aus den Nachbarorten waren Angehörige der alten Leute herbeigeeilt. Unter Mißachtung der Lebensgefahr holten sie Dutzende von Menschen aus dem brennden Inferno heraus.

Lange herrschte Unklarheit, wieviele Personen gerettet worden waren, da die Familien ihre Angehörigen zum Teil zu sich nach Hause brachten, zum Teil in Krankenhäuser der Kreisstadt Beauvais oder andere Krankenhäuser der Umgebung. Gegen Morgen stürzte mit Donnergetöse das Dach des Haupthauses ein und begrub das zum Leichenhaus gewordene Altersheim unter sich.

Nur die zwei Flügelgebäude, in denen die Wirtschaftsräume untergebracht waren, blieben stehen. Sie wurden in aller Hast zu Notunterkünften hergerichtet. Das vor etwa 50 Jahren erbaute Altersheim war erst vor fünf Jahren neu hergerichtet worden und entsprach in allem den geltenden Sicherheitsvorschriften. Eine Untersuchungskommission soll jetzt die genauen Umstände des Brandes klären.

In der gleichen Nacht konnte durch das sofortige Eingreifen der Feuerwehr und der Polizei in der ostfranzösischen Stadt Troyes eine möglicherweise noch schlimmere Katastrophe vermieden werden. Dort brannte ein ganzes Altstadtviertel nieder, doch die Hunderte von Bewohnern konnten sämtlich rechtzeitig evakuiert werden.

Zwischen der Präfektur und dem Rathaus von Troyes, der ehemaligen Hauptstadt der Provinz Champagne, gingen Dutzende von Häusern in Flammen auf. Bei einer Temperatur von minus 28 Grad froren der Feuerwehr die Schläuche ein, und die Leitern mußten mit Lötlampen angewärmt werden, damit sie ausgefahren werden konnten. Die Feuerwehrleute mußten in kürzesten Abständen abgelöst werden, da sie, völlig durchnäßt und steifgefroren, die Schläuche und ihre Werkzeuge nicht mehr halten konnten.

Erst nach mehreren Stunden gelang es der Feuerwehr, den Brand einzudämmen. Ganz Troyes wurde für jeglichen Verkehr gesperrt, und für einen großen Teil der Stadt wurde Strom, Gas und Wasser abgestellt.

Mit dem Brand in Granvilliers erhöht sich die Zahl der Opfer der Kältewelle in Frankreich dramatisch: Seit Einbruch des kalten Wetters wurden insgesamt über 70 Opfer gezählt, zum großen Teil „Clochards", Stadtstreicher, die im Freien nächtigten und erfroren. (SAD)

LEUTE HEUTE

Entrückt

Die Braut trug ein Kleid von Prinzessin **Dianas** Modeschöpfer **Emmanuel**, der Bräutigam einen eleganten Anzug. Beide schaukelten auf dem Rücken eines Elefanten durch den Dschungel von Nepal. Am Hinterteil des Dickhäuters baumelte ein Schild „just married". So gelangte Denver-Star **Pamela Bellwood** jetzt nach der Hochzeit mit **Nik Wheeler** zu einem Empfang in die Dschungel-Jagdhütte „Tigertops Jungle Lodge": „Es war ein unbeschreibliches Gefühl von Entrücktsein", erklärte die Darstellerin von Claudia Blaisdale.

Entlassen

Der New Yorker „U-Bahn-Rächer" **Bernhard Goetz** (37) wurde am Dienstag abend gegen eine Kaution von 50 000 Dollar vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Das Geld soll aus Spenden von Bürgern stammen, die seine Tat ausdrücklich billigen. Das Verfahren beginnt heute in Manhattan.

Entschlossen

Der frühere amerikanische Präsident **Richard Nixon** leidet seit Dezember unter einer schmerzhaften Gürtelrose. Der Ex-Präsident, der gestern 72 Jahre alt wurde, ist entschlossen, sein Buch („Keine Vietnams mehr"), fertigzustellen, an dessem letzten Kapitel er saß, als sich die Krankheit einstellte.

Was ist los bei Windsors?

Als sechster Mitarbeiter geht Prinz Charles' Privatsekretär

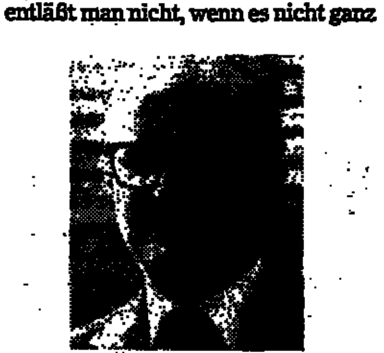
CLAUS GEISSMAR, London

Englands königliche Familie hat einen unruhigen Start ins Neue Jahr. Nach der Erkrankung von Prinzessin Margaret (54) ist die Queen von einer plötzlichen Kündigung überrascht worden. Edward Adeane (45), Privatsekretär von Thronfolger Prinz Charles (36), verläßt den Buckingham Palast. Adeane galt bisher als derjenige, der die Lebensaufgabe übernommen hatte, Charles auf seine künftige Rolle als König vorzubereiten.

Englands Presse hat mit erstaunlicher Unruhe auf diesen Abgang reagiert. Der „letzte der alten Garde verläßt seinen Posten im Palast", konnte man vom königstreuen Massenblatt „Daily Express" erfahren. Damit war gemeint: Seitdem Thronfolger Prinz Charles vor dreieinhalb Jahren „Lady Di" geheiratet hat, ist dies schon die sechste Kündigung eines Hofbeamten aus der näheren Umgebung des Thronfolgerpaars. Die Prinzessin von Wales (23), die erst kürzlich als die weltweit bekannteste Engländerin gefeiert wurde, ist im Privatleben offensichtlich schwieriger, als die glanzvollen Titelfotos erahnen lassen. Natürlich kann man im Buckingham Palast eine Kündigung nicht damit begründen, daß die Schwiegertochter der Queen zu schwierig ist. Der Junggeselle Edward Adeane geht deshalb auch „im gegenseitigen Einvernehmen".

Adeane, auf dem Eliteinternat Eton erzogen, war schon als Knabe ein Page der Königin. Bevor er den Dienst im Buckingham Palast begann, machte er eine kurze und steile Karriere als Rechtsanwalt. Sein Vater, Lord Adeane, diente der Königin von 1953 bis 1972 als Privatsekretär. Sein Urgroßvater Lord Stamfordham war Privatsekretär von Queen Victoria.

Söhne so verdienstvoller Familien entläßt man nicht, wenn es nicht ganz schwer wiegende Gründe gibt. Und auch der Kündigungstermin zum 31. März läßt ahnen, worum es geht: Adeane geht wenige Tage, bevor Charles und seine Frau vom Papst empfangen werden. Wollte Adeane nicht dabeisein, falls es die Prinzessin „vergißt", eine neue Frisur unter einem Schleier zu verstecken?

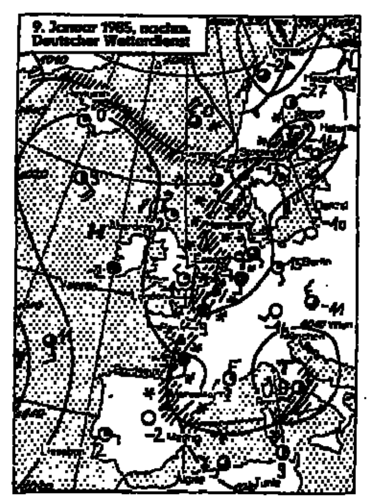


Edward Adeane

Adeane ist also schon der sechste „Abgang" aus der näheren Umgebung von Charles und Diana. Bei den Windsors ist es zur Zeit spannender als bei den Ewings oder Carringtons. (SAD)

WETTER: Sehr kalt

Wetterlage: Das Tief über Ostfrankreich verlagert sich südostwärts und verliert allmählich seinen Einfluß auf Deutschland. Das Tief über der Nordsee greift auf Nord- und Westdeutschland über.



Vorhersage für Donnerstag:

In Nord- und Westdeutschland Bewölkungszunahme und zeitweise Schneefall. Im Südwesten anfangs noch stark bewölkt und noch gelegentlich Schneefall. Tagestemperaturen im Westen minus 7 bis minus 10 Grad, im Osten minus 10 bis minus 15 Grad. Tiefstwerte der kommenden Nacht minus 10 bis minus 15 Grad, im Osten und Südosten bis minus 20 Grad.

Weitere Aussichten:

Weiterhin sehr kalt, gelegentlich Schneefall.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	-15°	Kairo	25°
Bonn	-8°	Kopenh.	-8°
Dresden	-14°	Las Palmas	19°
Essen	-7°	London	-1°
Frankfurt	-11°	Madrid	-2°
Hamburg	-9°	Mailand	-6°
List/Sylt	-9°	Mallorca	7°
München	-16°	Moskau	-13°
Stuttgart	-17°	Nizza	-4°
Algier	7°	Oslo	-10°
Amsterdam	1°	Paris	-9°
Athen	15°	Prag	-18°
Barcelona	-2°	Rom	0°
Brüssel	-6°	Stockholm	-13°
Budapest	-10°	Tel Aviv	26°
Bukarest	-5°	Tunis	9°
Helsinki	-16°	Wien	-11°
Istanbul	14°	Zürich	-20°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.23 Uhr, Untergang: 16.37 Uhr; **Mondaufgang:** 22.10 Uhr, Untergang: 11.06 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Von Ameisen und Großen Tieren der Weltpolitik

EVI KEIL, Bonn

„Am liebsten würde ich zwischendurch ein paar Kniebeugen machen", seufzte Richard von Weizsäcker. Doch vor „so vielen Fotografen" versagte sich der Präsident das sportliche Intermezzo gestern beim Neujahrsempfang in der Bonner Villa Hammerschmidt.

Grund, sich sportlich zu geben, hatte der Präsident dann doch Gelegenheit genug. Drei Stunden lang dauerte die Gratulationscour, die das Präsidenten-Ehepaar marleger, freundlich, bürgernah in einem Raum mit risiegem Gobelin durchstand.

Das Ehepaar Weizsäcker genoß ganz offensichtlich die Gespräche mit den Bürgern, von denen viele vorher nie in Bonn, geschweige denn in der Villa Hammerschmidt gewesen waren. Befangenheit ließ der neue Hausherr, eloquent wie seine Vorgänger, gar nicht erst aufkommen.

Daß ihn solche Begegnungen faszinieren, gibt Weizsäcker gerne zu: „Ich bin überrascht, mit wie vielen Themen die Bürger gekommen sind." Der Präsident war so angetan, daß er spontan etliche Verabredungen traf.

Erste Bürgerin Punkt 9.40 Uhr war Irmgard Bohlen aus Bonn. Ein fast mysteriöser Hinweis auf der Einladungsliste hatte die Neugier der Fotografen erregt: „Privater Wunsch des Herrn Bundespräsidenten", stand da zu lesen. Die Einladung entbehrt denn auch nicht der Kuriosität. Frau Bohlen und der Präsident hatten sich beim Parken ihrer Autos auf den letzten zwei freien Parkplätze vor einem Bonner Hallenbad kennengelernt, als der Präsident auf dem Weg in die dortige Sauna war. Irmgard Bohlen, die Gunst des Augenblicks nutzend, steckte dem Staatsoberhaupt ein Zettelchen hinter die Windschutzscheibe, sie „würde gern mal zu Besuch kommen".



Lohn einer mutigen Selbsteinladung: Die Bonner Hausfrau Irmgard Bohlen (rechts) im Gespräch mit dem Bundespräsidenten und Frau Marianne.

FOTO: SVEN SIMON

Irmgard Bott aus Marburg hingegen verdankt ihre Einladung den ganz persönlichen Interessen des Bundespräsidenten für alte Kirchen: Frau Bott hat als Mitbegründerin und Vorsitzende des „Förderkreises Alte Kirchen" in ihrer Heimatstadt 90 alte Kirchen vor dem Abriß bewahrt.

Zu Gast beim Staatsoberhaupt war auch Ursula Geuer aus St. Augustin. Die Mutter von drei Kindern wurde für ihr Engagement in der Interessengemeinschaft Stolberger Bürger geehrt. Die Initiative hat sich erfolgreich für die Beseitigung gesundheitsgefährdender Schwermetall-Abraumhalden der dortigen Bleihütte bemüht. Wie hoch Umweltschutzprobleme jetzt im Kurs stehen, ließ von Weizsäcker auch den gelernten Elektrotechniker Hans Steinmann wissen. Dieser hatte sich in St. Ingbert-Rohrbach für die Erhaltung seltener Ameisen eingesetzt.

Von der Ameise bis zu den Großen Tieren der Weltpolitik reicht nun einmal das Spektrum, das zum traditionellen Neujahrstreffen in Bonn gehört. Heute empfängt der Bundespräsident das Diplomatische Korps.